Montag, den 30. Januar 1922 — Einzelnummer 50 Pf. — 33. Jahrgang — Nr. 25

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.30 Mk., auswärts 1.55 Mk. Anzeigen unter Text 3.50 Mk., auswärts 4.— Mk. Familienanzeigen 0.60 Mk. Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 2.50 Mk., monatlich 10.50 Mk., vierteljährlich 32.50 Mark.

Was Deutschland bietet und fordert.

Was ist erreicht?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Steuerkompromiß zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, ist zustande gekommen. Die Sozialdemokratie mußte ihm zustimmen, weil das Kabinett Wirth, das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung, aus außen- und innerpolitischen Gründen erhalten bleiben muß. Wir mußten auch zustimmen, weil die Unabhängigen uns bei unseren Verbesserungsbestrebungen nicht unterstützten und bis zum vorletzten Tag erklärten, obwohl sie laufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wurden, sich erst entscheiden zu können, wenn das Ergebnis eines Kompromisses vorliegt. Als es dann einigermaßen greifbar vorlag, und in ihm die Zwangsanleihe in Höhe von einer Goldmilliarde im Mittelpunkt stand, lehnten sie ohne Debatte das Erreichte als ungenügend ab. Es war sehr einfach, die Verantwortung abzulehnen; falsch ist es aber, anzunehmen, daß die Möglichkeit bestanden hätte, einen Steuerkompromiß zu machen, der den Stempel beider sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen trug. Dazu wäre keine bürgerliche Partei bereit gewesen und der Erfolg konnte nur sein, daß das Kabinett Wirth beseitigt und ein rechts gerichtetes an dessen Stelle getreten wäre.

Ein Steuerkompromiß hat seine Schattenseiten, wie über einer Koalitionsregierung eben auch nicht die Sonne allgemeiner Zufriedenheit scheint. Wir geben zu, daß wir weit mehr erreichen wollten, und daß wir, wie das in den meisten wirtschaftlichen Kämpfen der Fall ist, einen Teil der Forderungen streichen mußten. Wir haben seit einem halben Jahre die Erfassung der Sachwerte gefordert.

Wir haben die Forderung aufgeschoben und mußten sie auch nach Ansicht hervorragend tätiger Unabhängiger aufschieben, weil es ein Programm ist, das erst nach sorgfältiger Vermögensprüfung mit gesetzlicher Kraft versehen werden kann. Das Reich braucht aber recht schnell große Beträge, denn der innere Etat muß in Ordnung gebracht und der Entente muß noch im Laufe der letzten Woche der Wille gezeigt werden, wie es seine harten Verpflichtungen erfüllen will.

Darum mußten wir nach einfacheren Mitteln Ausschau halten, um zu erreichen, daß den Besitzenden ein weithin sichtbares Opfer auferlegt wird. Wir schlugen daher vor, eine Goldanleihe in der Höhe einer Milliarde aufzulegen und die Verzinsung und Tilgung den Vereinigungen von Industrie, Banken, Handel, Landwirtschaft und den Kapitalbesitzern zu übertragen. Der Antrag scheiterte; nicht zuletzt an der Schwierigkeit schnell die nötigen Garantieorganisationen zu schaffen, und weil in den eigenen Kreisen angenommen wurde, daß die neu geschaffenen Steuerorganisationen politisch gefährliche Machtfaktoren werden können. So kam nach harten Kämpfen eine Verständigung dahin zustande, daß im Etatjahr 1922 eine Zwangsanleihe im Werte einer Goldmilliarde (das sind zurzeit rund 50 Papiermilliarden) aufgelegt werden muß. Die Anleihe wird vorläufig ausgegeben nach der Selbsteinschätzung zum Reichsnotopfer und sie wird endgültig umgelegt, wenn die neue Vermögenssteuereinschätzung zum Abschluß gebracht ist. Der besondere Erfolg besteht darin, daß die Anleihe in den nächsten drei Jahren völlig zinslos bleibt, und daß auch in den späteren Jahren nur ein Zinsfuß von 2 oder 2½ gegeben wird.

Das Reichsfinanzministerium verlangte ursprünglich neben den zahlreichen indirekten Steuern die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Nachkriegsgewinnsteuer und die Körperschaftssteuer, und fand sich später nur noch bereit, vorzuschlagen, daß das zweite Drittel des Reichsnotopfers zur Einhebung gebracht werden soll und zwar stark abgemildert bei allen Vermögen, die weniger als zehn Millionen Mark betragen.

Es ist der Zähigkeit der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß dafür die Zwangsanleihe erreicht worden ist. Der Erfolg wird gewiß dadurch etwas beeinträchtigt, daß die Nachkriegsgewinnsteuer fallen gelassen wurde, aber der Ausfall dürfte sich doch nur auf einige Milliarden Mark belaufen.

Die Vermögenssteuer, die in den nächsten 15 Jahren mit Zuschlägen erhoben werden soll, stellt die Ablösung des Reichsnotopfers dar und dürfte im Gesamtertrag, einschließlich der neuen Zahlungen, die an Reichsnotopfer noch zu leisten sind, erheblich über das Reichsnotopfer kommen. Es ist in den Verhandlungen leider nicht gelungen, den Höchstzuschlag von 300 Prozent festzusetzen. Eine geschlossene bürgerliche Mehrheit hat es hier bei den Beschlüssen des Reichsrats nämlich 200 Proz., belassen. Dagegen ist in den Verhandlungen erreicht, daß der stark abgemilderte Tarif des Ausschusses durch einen günstigeren, auf mittlerer Linie, ersetzt worden ist. Leider mußten wir auch in der Forderung auf Zugrundelegung des Gemeinwertes bei der Vermögensermittelung nachgeben. Zur Zeit gilt der Ertragswert als Maßstab für die Vermögensfeststellung.

Aber keine bürgerliche Partei war bereit, unsere Forderungen zu akzeptieren und deshalb mußten wir uns damit abfinden, daß in Zukunft der nachhaltige Ertragswert, bei dem die Erträge der letzten drei Jahre mit zu berücksichtigen sind, im Gesetz aufgenommen wird. Da die Vermögensabschätzung alle drei Jahre zu erfolgen hat und die Steuereinschätzungsausschüsse dahin streben werden, die Einkommen und Erträge der Landwirtschaft usw. schärfer zu erfassen, ergibt sich von selbst, daß die Vermögen und damit auch die Vermögenssteuern in die Höhe gehen.

Bei der Vermögenszuwachssteuer, die ein Ergebnis erst im Jahre 1926 zeitigen kann, hatte auch der Ausschuß den Tarif stark gemildert. Die Milderung ist aber in den Verhandlungen fast wieder beseitigt.

Die Körperschaftssteuer, die bisher 10 v. H. betrug, beträgt nunmehr 20 vom Gesamtgewinn und 15 v. H. des verteilten Reingewinns.

Ein stark umstrittenes Streitobjekt war die Umsatzsteuer. Die sozialdemokratische Fraktion bestand mit Nachdruck darauf, daß die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei der Warenvermittlung durch die Genossenschaften ein Besitzwechsel überhaupt nicht erfolgt. Der Ausschuß hat ja auch mit großer Mehrheit einen dahingehenden Antrag angenommen. Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien bestanden aber darauf, daß die Befreiung der Genossenschaften wieder aufgehoben wird. Die Regierung verlangte weiter mit Rücksicht darauf, daß in Frankreich eine Umsatzsteuer von 2,2 Prozent beschlossen werden soll, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 2¼ Prozent, und daß auch die Kohlensteuer von 30 auf 40 vom Hundert erhöht wird.

In den Verhandlungen mußte von uns die Absicht, die Befreiung der Genossenschaften zu erzielen, aufgegeben werden. Das Kompromiß dürfte daran nicht scheitern. Die Vereinbarung geht nun dahin, die Umsatzsteuer nur auf 2 Prozent zu erhöhen und daß die Kohlensteuer auf 40 v. H. erhöht wird.

Die Zuckersteuer, die in Rücksicht auf die starke Belastung des Zuckers in Frankreich auf 100 Mark pro Doppelzentner erhöht werden sollte, ist auf unser Verlangen hin auf 50 Mark pro Doppelzentner festgesetzt worden.

Entgegen dem ursprünglichen Verlangen der Regierung sind an den Steuern für Zigaretten und Tabak und an den Zollsätzen für Kaffee, Kakao und Tee noch erhebliche Abstriche gemacht worden.

Alles in allem genommen, darf von dem Steuerkompromiß gesagt werden, daß es eine günstige Wirkung auf den Wert der deutschen Mark ausüben muß, und daß dadurch gerade die arbeitenden Schichten den Vorteil haben müssen, indem sie nicht noch schärfer unter einer gewaltigen Preissteigerung zu leiden haben. Freilich kann das erst dann der Fall sein, wenn die neuen beträchtlichen Steuern sich volkswirtschaftlich ausgewirkt haben. Viel bedeutender aber dürfte die Wirkung in außenpolitischer Beziehung sein, denn die Entente und die ganze Welt darf sich der Ansicht nicht verschließen, daß hier die ernsteste Absicht gezeigt worden ist, sowohl die inneren Bedürfnisse als die äußeren Anforderungen nach Möglichkeit auszugleichen.

Amerika und Genua.

Ein offizieller Beschluß der amerikanischen Regierung über die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Genua-Konferenz liegt, wie jetzt bekannt wird, noch nicht vor. [illegible] Staatsdepartement hat lediglich die Nachricht bekanntgeben lassen, daß der amerikanische Botschafter in London, Harvey, den Standpunkt der amerikanischen Regierung in dieser Frage mitteilen würde.

Die deutsche Note an die Reparationskommission.

Berlin, 28. Januar. Die heute dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 13. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Fälligkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen vorläufigen Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien, b) ein vollständiges Programm für Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt. Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I. Reform des Haushalts und des Notenumlaufs.

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, welche dem deutschen Volk schwerste Opfer auferlegt, ist, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Einnahmen aufs äußerste gesteigert und die Ausgaben auf das stärkste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit als möglich durch Anleihen gedeckt werden.

1. Vermehrung der Einnahmen.

Das Aufkommen aus den Quellen der Besitzbesteuerung wird durch Ausbau des Steuersystems in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuern, Kapitalverkehrssteuern und Körperschaftssteuern) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfange die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des Einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauches verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1½ auf 2 Prozent und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 auf 40 Prozent erhöht werden soll, sind Produktion und Verbrauch in stärkstem Maße vorbelastet. In den zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwürfen sind wichtige Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der deutsche Verbrauch in Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Belastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist. Die Durchführung der Steuergesetze ist jetzt gesichert. Die notwendige Umstellung der einzelnen staatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. In weitem Umfange werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden Veranlagung und Erhebung der Steuern immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererklärungen herangerückt. Gegen Kapital und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das Bankgeheimnis durch Gesetz aufgehoben. Der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörde überwacht. Die durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtshilfeabkommen zu erfassen. Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage 1 erläutert. Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhungen gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt gesteigert: Im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15- bis 19fache, im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 27fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen. Die Zuschüsse für die Lebensmittel-Verbilligung werden nach einem besonderen Plane im Laufe des Rechnungsjahres 1922 beseitigt. Sie betrugen im Rechnungsjahre 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zweck vom 15. Februar 1922 ab weiter um 75 Prozent erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gesunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf 3 Milliarden Papiermark herabgesetzt. Bei den Verwaltungen der Post und der Eisenbahn sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so daß vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebseinnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind [illegible] des Kriegsstandes, während in der Vorkriegszeit 8 Prozent [illegible] aufgewandt werden mußten. Ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften die sparsame Aufstellung und genaue Einhaltung der Haushaltspläne. Auf diese

Weise bringt der Haushaltsplan des Reiches für 1922 zur Deckung der Ausgaben für die allgemeinen Zwecke des Friedensvertrages und die Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 16½ Milliarden Papiermark. 103,2 Milliarden in ordentlichen Einnahmen stehen 86,7 Milliarden in laufenden Ausgaben gegenüber.

3. Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs.

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auflegung einer inneren Anleihe versuchen. Die Ende 1919 aufgelegte Sparprämienanleihe hat dem Reiche trotz Ausstattung mit den mannigfachsten Vorteilen nur 1,3 Milliarden Bargeld zugeführt. Sie muß also als Mißerfolg betrachtet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird erst dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wiederhergestellt ist und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer fundierten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auflegung einer Zwangsanleihe schreiten, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können.

Dem Bedenken, daß die alliierten Regierungen wegen der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichskanzler gegen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zurzeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichskanzlers zu Eingriffen in die Geschäftsleitung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird. Ueber die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, ergeben die weiteren Anlagen dieser Note den erforderlichen Aufschluß. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß für die Einschränkung der schwebenden Schuld und die Stillegung der Notenpresse alles geschieht, was von der deutschen Regierung billigerweise erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblich gewesenen Weise veröffentlicht werden.

II. Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922.

Die vorstehend dargelegte Reform des Reichshaushalts gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen. Die Einnahmen des Reiches bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit welchem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark die Reparationszahlungen in Goldmark nicht geleistet werden können. Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Kraftanstrengung zurzeit unmöglich machen, die gesagten Reparationsleistungen aufzubringe. In der Hauptsache sind dafür folgende Faktoren bestimmend: Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohlen nur noch wenig. Die Produktivität, insbesondere in der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich je 2½ Milliarden Goldmark. Der Wert der Ausfuhr ist von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark gefallen. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktspreise eine Verminderung der Ausfuhr auf etwas mehr als den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege. Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund zwei Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine anhaltende Festigung der Mark nicht möglich. Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Markkurses. Gleichzeitig entwertet sie alle inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für eine längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922,

von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien.

Die deutsche Regierung verfügt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß. Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Cannes für die Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen wurden: 720 Millionen Goldmark an Barzahlungen und bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen. Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum großen Teil nur durch Erhöhung der schwebenden Schuld beschafft werden können, und daß sie mit Rücksicht hierauf bitten muß, die deutschen Barzahlungen nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Beträge festzusetzen. Gleichviel wie die Festsetzung der Reparationsleistung für das Jahr 1922 erfolgen mag, schlägt die deutsche Regierung auf Grund der Vorbesprechungen folgendes Programm für die Art und Weise der Erfüllung vor:

a) **Auf die festzusetzenden Beträge werden Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fälligkeit vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind und noch bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach noch zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.**

b) **Die in fremder Währung zu erstattenden Besatzungskosten werden auf die Gesamtleistung des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Besatzungskosten werden bedeutend ermäßigt.**

c) **Die übrigen in fremder Währung zu tilgenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere die Lasten auf Grund des Ausgleichsverfahrens, werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.**

Was die Sachleistungen anlangt, gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste wurde das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit den anderen alliierten Regierungen ein Abkommen über die Sachlieferungen abzuschließen. Bei der Bemessung der Sachlieferungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch sie Goldzahlungen erfordern, soweit dazu ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung bittet, daß die Sachleistungen für jedes beteiligte Land getrennt festgesetzt, und daß sie nur insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden können.

III.

Die deutsche Regierung ist der Meinung,

daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage auf längere Zeit Vorsorge zu treffen. Dies sollte schleunigst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder lähmenden Einfluß ausübt. Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Zurzeit aber wird die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen, noch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bestimmungen wirtschaftlich so zu erstarken, daß es als zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist Vorbedingung für die befriedigende Lösung des Problems. Die deutsche Regierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wieder herstellt und eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken möglich macht.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Dr. Wirth.

* * *

Anlagen: 1. Uebersicht über das Steuersystem, Durchführung der Steuergesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht mit Tabellen über die steuerliche Belastung im Vergleich mit England und Frankreich. 2. Uebersicht über den Abschluß des Haushaltsplanes für 1922. 3. Uebersicht über die bei der Post und Eisenbahn durchgeführten und geplanten Reformen. 4. Programm für die Beseitigung der Zuschüsse für eine Verbilligung der Lebensmittel.

Die Aufnahme der Note.

Sonntag mittag 2 Uhr ist die Note der deutschen Regierung dem Präsidenten Dubois in Paris übergeben worden. Nach einer Mitteilung des „Oeuvre" hat der Vorsitzende der Reparationskommission Poincaré gegenüber von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung über die deutschen Vorschläge gesprochen. Dubois soll der Meinung sein, daß eine Entscheidung über die Note dem Obersten Rat überlassen ist, da die Vollmachten der Reparationskommission in diesem Falle zur Herbeiführung eines Beschlusses nicht reichen würden.

Der Reparationsausschuß will bereits heute zu einer Sitzung zusammentreten, um von der Note Kenntnis zu nehmen und den Regierungen Vorschläge zu machen. Eine endgültige Stellungnahme wird nach der „Liberté" heute noch nicht erfolgen. Die wichtigste Frage sei, ob die Regierungen der Alliierten selbst die Entscheidung treffen oder ob sie den Reparationsausschuß damit beauftragen würden.

Der Pariser „Temps" erkennt die aufrichtigen Bemühungen der deutschen Regierung und der Führer der Mehrheitsparteien an, indem er an einzelnen Beispielen zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die von Deutschland verlangte Finanzreform verbunden ist. Nur eine große internationale Kreditoperation kann Deutschland helfen. Das habe die deutsche Regierung offenbar erkannt, denn ihre Antwort spreche von einer internationalen Anleihe. U. a. heißt es noch in dem Artikel des „Temps" wörtlich:

„Wer aber würde diese Anleihe zum größten Teil, wenn nicht ganz, bewilligen müssen? Dieselben Länder, die auf den Weltmärkten die Hauptkonkurrenten Deutschlands sind. Hier ist vielleicht die größte aller Schwierigkeiten des Wiedergutmachungsproblems zu suchen. Der wahre Interessenkonflikt besteht nicht zwischen Deutschland und seinen Hauptgläubigern, sondern zwischen Deutschland und seinen evtl. Darlehnsgebern."

Der Reichshaushalt 1922.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922 zugegangen. Der dem Gesetz als Anlage beigefügte Reichshaushaltsplan umfaßt drei Teile, nämlich Allgemeine Reichsverwaltung, Betriebsverwaltung, Ausführung des Friedensvertrages.

Laut § 1 des Entwurfes weist der Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 auf Millionen abgerundet für die allgemeine Reichsverwaltung an Einnahmen und Ausgaben 288 424 000 000 Mark, für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung 18 781 000 000, für die Reichsdruckerei 499 000 000, für die Verwaltung der Reichsbahnen 78 788 000 000, für die Ausführung des Friedensvertrages 187 522 000 000 Mark auf.

Laut § 2 wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 183 366 000 000 Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen. Zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel ist aus der Hauptkasse ein Betrag bis zu 18 800 000 000 Mark Schatzanweisungen auszugeben und sind zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen.

Laut § 6 darf von den im Reichshaushaltsplan für 1920 vorgesehenen planmäßigen Beamtenstellen im Falle ihres Freiwerdens nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden, bis ein Viertel der da selbst bewilligten Stellen der gleichen Gattung fortgefallen ist. Dies gilt nicht nur für einige Kategorien hoher Staatsbeamten, deren Stellen jedoch nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers wieder besetzt werden dürfen.

Der erste Teil der allgemeinen Reichsverwaltung weist an fortdauernden Ausgaben u. a. folgende Positionen auf: Reichspräsident 2 643 000 Mark, Reichstag 28 887 000 Mark, Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei 4 420 000 Mk., Auswärtiges Amt 734 508 000 Mark, Reichswehrministerium: a) Reichswehrminister 4 483 000 Mark, b) Heerwesen 3 862 000 000 Mark, c) Heeres-Friedenskommission 2 380 000 Mark, d) Marine 855 312 000 Mark, insgesamt für das Reichswehrministerium 4 425 000 000 Mark.

Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert 27 946 000 000 Mark.

Unter den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes werden die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuern, Zölle, und sonstige Abgaben) auf 88 464 000 000 Mark veranschlagt. Unter den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes findet sich die anfangs erwähnte 165-Milliarden-Anleihe unter dem Titel „Reichsschuld".

Der zweite Teil, die Betriebsverwaltung, weist auf für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 16 325 000 000 Mark. Es ist zu dieser Position ein Gesamtzuschuß des Reiches von 2 406 000 000 Mark erforderlich. Die Reichsdruckerei weist auf an Einnahmen 499 000 000 Mark. Das bedeutet ein Betriebsüberschuß von 3 435 000 Mark. Die Verwaltung der Reichsbahn weist an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts auf 72 005 000 000 Mark. Zu dieser Position ist ein Gesamtzuschuß des Reichs von 6 782 000 000 Mark erforderlich.

Der dritte Teil, Ausführung des Friedensvertrages, weist im ordentlichen Haushalt in fortdauernden Ausgaben eine Summe von 147 687 000 000 und im außerordentlichen Haushalt eine Ausgabe von 39 244 000 000 Mark auf.

Die polnisch-französischen Verträge.

Warschau, 28. Januar. (Drahtbericht.) Noch vor dem 1. Februar soll der polnische Gesandte in Paris den längst ausgearbeiteten polnisch-französischen Handelsvertrag unterzeichnen. Die Verzögerung ist erfolgt, weil der ursprüngliche Handelsvertrag, der auf dem Kontingentierungssystem in Polen beruhte, nunmehr dem in Polen eingeführten Freihandel angepaßt werden mußte. Nach Unterzeichnung des polnisch-französischen Handelsvertrages werden auch die anderen im vorigen Jahre zwischen Frankreich und Polen abgeschlossenen Verträge in Kraft treten.

Spuren im Schnee.

30] Von Sven Elvestad.

Autorisierte Uebersetzung. —— (Nachdruck verboten.)

„Punkt 9", sagte der Kapitän. „Doktor Flodin hat gegen Ende November Selbstmord begangen, und Apotheker Frykmann ist am ersten Dezember ermordet worden. Ein roter Mann kann nicht einen Mord begehen".

„Aber Sie müssen doch einräumen, daß der Selbstmord sehr dramatisch in Szene gesetzt wurde", wandte der Detektiv ein. „Es war gerade, als wolle er die ganze Welt darauf aufmerksam machen, daß jetzt Doktor Flodin in den Tod gehe".

„Allerdings", gab der Kapitän zu. „Aber in solchen Augenblicken denkt man nicht über die Wirkung nach".

„Hat Doktor Flodin vielleicht Mitschuldige gehabt?" fragte der Detektiv plötzlich.

„Das weiß man nicht".

„Wie hoch belief sich die Summe, um die er die Bank betrogen hat?"

„Sie ist jetzt auf dreißig- bis vierzigtausend Kronen berechnet worden".

„Für eine so große Summe kann man sich schon Mitschuldige halten", meinte der Detektiv. „Da niemand von uns in jener verhängnisvollen Nacht auf der Fähre von Malmö gewesen ist, so können wir nicht wissen, was wirklich vorging. Ich verlasse mich nie fest auf Zeugenaussagen. Ich verlasse mich nur auf meine eigenen Augen".

Nun lag das ganze Zimmer im Dunkel, und um die beiden herrschte eine eigentümliche feierliche Stille. Von der Straße herauf ertönte kein einziger Schritt, das Haus war wie ausgestorben, keine Tür knarrte. Kein Schatten zeigte sich auf den Fenstern, die im letzten Schein des sterbenden Winterabends noch matt erglänzten. Nur die Gesichter der beiden Menschen waren in dem geräumigen dunklen Zimmer noch undeutlich zu unterscheiden, wie zwei blasse Flecken, die sich vom Dunkel abhoben. Das Gesicht des Kapitäns bewegte sich mit dem Schaukeln des Stuhles auf und ab, während das des Detektivs unbeweglich ruhig blieb, beleuchtet von dem schwachen Tagesschimmer, der noch durchs Fenster hereinfiel.

Da erhob sich der Kapitän.

„Es ist Zeit, die Lampe anzustecken", sagte er.

Als er eben mit seinen Fingern den Glaszylinder umklammert hielt, und das brennende Streichholz an den Docht führte, ging L. vom Fenster weg und setzte sich in einen der Lehnstühle am Tisch. Der Kapitän sah nicht nach ihm hin, aber der Zylinder fing plötzlich an, klirrend gegen das Milchglas zu schlagen.

„Warum starren Sie mich so an?" fragte der Kapitän.

Der andere gab keine Antwort; er betrachtete unablässig des Kapitäns Handgelenk. Um die hochhängende Lampe anzünden zu können, mußte der Kapitän den Arm so hoch in die Höhe strecken, daß der Rockärmel bis beinahe an den Ellbogen zurückglitt. Der Kapitän beeilte sich sehr, die Lampe anzuzünden, und im aufflammenden Licht sah er plötzlich auffallend blaß aus.

„Sie haben mich die ganze Zeit über so sonderbar angesehen", bemerkte er.

„Durchaus nicht", erwiderte L. „Ich habe nur gedacht, ich möchte Sie gern etwas fragen."

„Was denn? Fragen Sie nur", sagte der Kapitän.

„Falls ich einmal Doktor Flodin treffen sollte, so möchte ich gern wissen, wie er aussieht, damit ich ihn gleich erkenne", sagte L. „Wie war er denn gekleidet?"

Es entstand eine lange Pause, dann sagte der Kapitän:

„Als ich ihn das letzte Mal sah, hatte er seinen Pelzmantel an. Ich erinnere mich noch ganz genau, der Mantel hatte einen grauen Pelzkragen. Und auf dem Kopf trug er einen hohen Hut mit einem Trauerflor. Seine Schwester war vor kurzer Zeit gestorben."

L. stand auf.

„Auf Wiedersehen morgen!" sagte er. „Ich gehe jetzt aus in der Dunkelheit, um nach dem Mörder zu suchen, denn nur in der Dunkelheit kann dieser Mörder gefunden werden."

Sechzehntes Kapitel.

Als der Kapitän am nächsten Morgen erwachte, erstaunte er sehr, da er im Hause Stimmen vernahm. Er setzte sich im Bett auf und horchte. Was gesagt wurde, konnte er nicht verstehen, er hörte nur die Stimmen, und als er endlich den Schlaf vollständig abgeschüttelt hatte, merkte er, daß die Stimmen aus dem Wohnzimmer kamen.

Zuerst war er sich nicht im Klaren darüber, warum er über diese Stimmen so erstaunt war. Vielleicht deshalb, weil je selten Stimmen in seinem Hause ertönten, aber weil diese Stimmen in Beziehung zu etwas standen, das er ganz kürzlich erst erlebt hatte? Während des Erwachens hatte er das Gefühl, als werde plötzlich eine Decke vor ein Dasein gezogen, in dem er gelebt hatte, von dem ihm nun aber keine Erinnerung mehr geblieben war. Und in diesen Stimmen, die er vernahm, meinte er einen Nachklang aus jenem Dasein zu hören, eine schwache, schwindende Erinnerung, — es war, als glitte ein fremdartiger Traum von ihm weg in immer weitere Ferne, und die letzten Worte, die er in diesem Traume gehört hatte, verschmolzen mit den ersten Worten, die er nun in wachem Zustand hörte. In einem winzigen Bruchteil eines Augenblicks wallte in seinem Unterbewußtsein eine schleierhafte, unbestimmte Erinnerung auf an das, was er in diesem Traume gesehen und gehört hatte, aber im nächsten Augenblick war sie wieder weg und sobald er die Stimmen draußen im Wohnzimmer erkannte, war alles wie verweht. Aber dennoch blieb er zurückgelehnt im Bett sitzen mit weit offenen, ins Leere starrenden Augen und mit dem Gefühl, er sei ganz wo anders gewesen und habe Stimmen von Menschen gehört, an deren Namen und Aussehen er sich jetzt nicht mehr erinnerte. Denn die Stimmen, die er nun hörte, klangen anders; das war ja Maria, die mit dem Detektiv redete.

Er klingelte, und der Glockenton riß die Unterredung draußen jäh ab; es trat Stille ein.

Maria kam mit dem Kaffee ins Zimmer. Sie war heute redseliger als gewöhnlich.

„Das ist ein lebhafter Herr, den der Herr Kapitän da im Hause haben, ein umgänglicher und liebenswürdiger Herr", sagte sie. „Denken Sie nur, er ist schon seit heute morgen um sieben Uhr auf. Er muß ans Frühaufstehen gewöhnt sein."

„Wenn der Herr liebenswürdig gegen Sie gewesen ist, hat er etwas von Ihnen wissen wollen", behauptete der Kapitän, erstaunt über die Mitteilung der Haushälterin. „Hat er Sie irgend etwas gefragt?"

„Nein, nicht gerade; er hat von allerlei geredet."

„So."

„Und er muß ein guter Freund vom Herrn Kapitän sein, denn er spricht sehr freundlich von Ihnen, wirklich herzlich."

„Wirklich?"

„Er sagt, es tue ihm so leid, daß der Herr Kapitän von Schlaflosigkeit geplagt seien, und das meine ich ja auch. Er ist auch der Ansicht, der Herr Kapitän dürften nicht so viel im Stuhl schlafen, sondern sollten lieber abends richtig zu Bett gehen. Ich bin überzeugt, der Herr Kapitän haben heute nacht im Bett gut geschlafen."

Der Reichstag

beschäftigte sich am Sonnabend mit dem

Waggonmangel der Reichseisenbahn.

Genosse Schumann, der für die Sozialdemokratie sprach, wies darauf hin, daß der Rheinisch-Westfälische Zementverband trotz des Waggonmangels seine 380 Waggons mit Zement in das Ausland verschoben hat. Mit aller Entschiedenheit wies er die Beschuldigungen, daß das Personal seine Pflicht nicht erfülle, zurück, zeigte andererseits aber auch an Beispielen, daß die Landwirtschaft zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten beitrage, indem sie ihre Produkte zu einer Zeit verfrachtet, wo eine ausreichende Waggongestellung nicht möglich ist. Nicht auf den Achtstundentag seien die Stockungen zurückzuführen, sondern auf das vergangene System, das während des Krieges durch den Militarismus die Bahnen heruntergewirtschaftet habe. Gerade jene Kreise, die heute Beschwerde über die Eisenbahn erheben, seien es gewesen, die die schwierigen Zustände verursacht haben. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums teilte dann an Hand statistischen Materials mit, daß die Klagen über Wagengestellung vielfach sehr übertrieben werden. Im April, Mai und Juni sei z. B. bei der Wagengestellung an der Ruhr gar kein Ausfall eingetreten.

In der weiteren Debatte sprach der Reichsverkehrsminister mehrfach, um Beschuldigungen der Rechten wegen zu rücksichtsvollen Vorgehens bei dem sächsischen Eisenbahnerstreik zurückzuweisen. Groener teilte mit, daß sich der Eisenbahnpräsident in Dresden nicht im Rahmen seiner Richtlinien gehalten habe und die Angelegenheit zu milde erledigte.

Angenommen wird eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, den Entschließungen des Reichstages zum Besoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920 betr. Aufstellung von Grundsätzen für die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schleunigst Folge zu leisten. Nach 1½stündiger Sitzungsdauer wurde die Tagung bereits beendet, und die nächste Sitzung auf Montag, 2 Uhr, anberaumt.

Aus dem Landtag.

Bevor die zweite Rednerreihe zum Etat zu Wort kam, nahm am Freitag

der Minister des Innern, Genosse Severing,

das Wort. Er setzte sich zunächst mit den Deutschnationalen auseinander. Gegenüber der deutschnationalen Behauptung von der Abhängigkeit der Regierung von der Straße, verwies er darauf, daß im alten Preußen die Regierung viel abhängiger von Wirtschaftsorganisationen wie „vom Bund der Landwirte und dem Zentralverband der Industriellen" gewesen sei, als das von irgend einer späteren Zeit behauptet werden könnte. Der Beamtenvermehrung wird nach den Mitteilungen des Ministers künftig Einhalt geboten werden. Gerade die Deutschnationalen hätten viel unnütze Arbeit und Kosten, so mit kleinen Anfragen, die viel Geld schlucken und zwecklos sind, verursacht. Die Untergrabung der Disziplin und der Autorität des Staates, über welche die Deutschnationalen klagen, erfolge durch nichts mehr, als durch die deutschnationale Hetze. Die Disziplin in der Schupo sei heute besser als je zuvor. Wo sie untergraben werde, geschehe das durch Beamte, die ihre Aufgabe im Sinne des Rekrutendrills auffaßten, statt im Sinne der Beamtenerziehung zu wirken. Es sei unglaublich, was in einzelnen Fällen passiere. Er werde solche Art nicht dulden und unnachsichtlich alle diejenigen Beamten zur Entlassung bringen, die vor versammelter Mannschaft die Beamten menschenunwürdig beschimpfen usw. Wenn die Beamten als Kamele, Schweinehunde oder mit anderen gar nicht wiederzugebenden Ausdrücken angeredet werden, dürfe man sich nicht wundern, daß diese Art auf den Verkehr der Beamtenschaft mit dem Publikum zurückwirke, und es könne nicht das Ziel erreicht werden, die Beamten zu Helfern des Publikums zu machen. Die steigende Kriminalität sei nicht eine Hege sozialdemokratischer Wirtschaft, sondern des Krieges, sie stieg, je länger der Krieg dauerte, und stieg natürlich auch noch nach dem Kriege infolge der durch diesen bewirkten Verrohung. Wilde Streiks seien zu verurteilen, sie seien aber heute nicht mehr so häufig wie vor ein paar Jahren, und hätten stets wirtschaftliche Not als Ursache. Sie seien immer zu bedauern, aber schärfer zu verurteilen seien Wucher und Zurückhaltung von Lebensmitteln. Die Wucherbekämpfung, die Bekämpfung der Schlemmerei durch Polizeimaßnahmen sei gut, aber besser noch die Erfassung des Besitzes durch kräftige Steuern!

Genosse Krüger

stellte fest, daß auch der sanftmütige, deutschnationale Wallraff wesentliche Einwände gegen die Koalitionspolitik nicht gemacht habe. Die Koalition sei ein notwendiges Uebel, das uns nicht hindere, nach größerer, nach alleiniger Macht zu streben; aber

auch, wenn wir eine sozialistische Regierung hätten, könnte keine rein sozialistische Politik getrieben werden,

da wir zu sehr vom Diktat des Auslandes abhängig seien. Deshalb wäre die Taktik der USP. verkehrt, die es immer noch ablehnt, sich an der Regierung zu beteiligen. Noch heute verteidige die „Freiheit" die Politik Wirths rückhaltslos, und sie sei recht froh, daß er nicht gestürzt wurde.

Dallmer (Dntl.) antwortete recht wirkungslos.

Lauscher, vom Zentrum, wandte sich scharf gegen seine Glaubensgenossen auf der Rechten und betonte die Verfolgung und Nichtbeachtung der katholischen Volksteile im alten Preußen. Preußens Verdienste um das Rheinland würden reichlich aufgewogen durch die reichen Mittel, die der Staat aus den katholischen Provinzen gezogen habe. Das Zentrum sei eine feste Stütze des Deutschtums am Rhein:

so lange feindliche Heere dort ständen, denke es nicht an die Trennung der Provinz von Preußen und lehne die Anwendung des § 18 der Reichsverfassung ab.

Der Kommunist Schlette glaubte, sich gleichfalls an der SPD. reiben zu dürfen und benutzte zu dieser Gelegenheit ein Zitat aus den „Monatsheften", an dem er nachweisen wollte, daß die SPD. für die Verlängerung der Arbeitszeit eintrete!

Zum Schluß der Sitzung begründete der Finanzminister in einer längeren Rede den Grundsteuergesetzentwurf.

Die Preußische Grundsteuer.

Hatte schon in der Freitagssitzung des preußischen Landtages der Finanzminister bei der Einbringung der Grundsteuervorlage erklärt, daß er sich alle Einzelheiten des Entwurfes seines Amtsvorgängers Sämisch nicht zu eigen mache, so gilt das in verstärktem Maße für unsere Fraktion. In der Sonnabendsitzung des preußischen Landtages erklärte denn auch Genosse Hauschild, daß wir zwar dem Entwurf grundsätzlich zustimmen, um endlich aus der Defizitwirtschaft herauszukommen, gab dann aber einen kurzen Ueberblick über diejenigen Punkte, wo der Sozialdemokratie eine gründliche Abänderung des Entwurfes notwendig erscheint. Wir fordern vor allen Dingen eine Staffelung der Steuersätze nach sozialen Gesichtspunkten.

Wir fordern weiter Vergünstigungen für die Kleinsiedler und für die Grundstücke, auf denen sich Mietshäuser befinden.

Ferner muß nach unserer Auffassung der Wertbemessung der Grundstücke der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Schließlich verlangen wir Kautelen gegen die Abwälzbarkeit der Steuern auf die Verbraucher. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Abgeordneten Grefe (Ztr.), Dr. Breyer (Dn.), Dr. Leidig (DVP.), Dr. Höpker-Aschhoff (Dem.) erhoben natürlich ein großes Geschrei über die Steuer, die wieder einmal die Produktivität der Wirtschaft nach ihrem Urteil erdrücke. Dagegen vertraten der Unabhängige Wick und der Kommunist Katz die Anschauung, daß diese Steuer im Grunde eine Verbrauchs- und Mietssteuer sei.

Das äußerst schwach besetzte Haus verwies die Vorlage schließlich an einen Ausschuß von 29 Mitgliedern. Das Plenum des Hauses wird erst am 7. Februar wieder zusammentreten, um die Vorlage der Gemeinden zu besprechen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der neueste Stand der Besoldungsfrage.

Genosse Th. Koxur schreibt uns:

Die im Laufe der Zeit in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe bieten dem Leser nur sehr schwer eine allgemeine Uebersicht über den augenblicklichen Stand. Nur zu oft werden die Lohn- und Gehaltsbewegungen und ihre Ergebnisse je nach der politischen Färbung der Presse zu einer Stimmungsmache benutzt. Darunter leidet natürlich die objektive Berichterstattung und so kommt es, daß die der Bewegung fernstehenden Zeitungsleser sich kein klares Bild von dem Stande der Besoldungsverhältnisse des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe machen können. Ja selbst unter den von der Bewegung Betroffenen entsteht dadurch die größte Verwirrung, die sich dann in übereilten Streikbeschlüssen, mindestens aber in einem sogenannten Ultimatum kundgibt. Die in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit übermittelten Streikandrohungen sind dafür der beste Beweis. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, in aller Kürze einmal festzustellen, wie sich die Einkommensverhältnisse augenblicklich gestalten.

Für die Lohnempfänger gelten Lohntarifverträge, die durchweg im Jahre 1921 abgeschlossen wurden und inzwischen ohne besondere Kündigung mehreren Lohnveränderungen unterworfen waren.

Die Beamten erhalten ihre Bezüge auf Grund des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920, das seit dieser Zeit ebenfalls wiederholt geändert wurde.

Das gesamte Personal wird unter Berücksichtigung der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse in 5 Ortsklassen eingeteilt mit der Maßgabe, daß für die Beamten in der Ortsklasse E bei dem niedrigsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe I) jährlich 1200 Mark und in der Ortsklasse A bei dem höchsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe XIII) 6000 Mark Ortszulage in Betracht kommen. Aus diesen Unterschieden erklärt sich auch das Streben der Beamten der vier untersten Ortsklassen nach Höherstufung. Der mit den Beamtenfragen weniger Vertraute kann sich kaum eine Vorstellung machen von den Kämpfen um das neue Ortsklassengesetz, das am 1. März 1922 die endgültige Fassung erhalten wird. Beamte der Orte, die jetzt noch höher gestuft werden, erhalten dann eine Nachzahlung des Differenzbetrages für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. März 1922, also für rund 2 Jahre.

Eisenbahn und Postverwaltung haben jetzt mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 das für die Beamten geltende Ortsklassengesetz auf die unter die Lohntarife fallenden Lohnempfänger übertragen. Damit wird eine wesentliche Beruhigung in den Kreisen der letzteren eintreten, wird doch endlich eine gleichmäßige Behandlung in den einzelnen Orten herbeigeführt. Die Lohnspannung zwischen der höchsten und niedrigsten Ortsklasse für die Lohnempfänger beträgt 1,80 Mark pro Stunde. Die für einzelne teure Orte im Bereiche der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Ueberteuerungszuschüsse in Höhe von 1,10 bis 1,40 Mark pro Stunde vergrößern allerdings die Spannung noch ganz erheblich. Trotzdem soll das System der Ueberteuerungszuschüsse bei den am 23. Januar beginnenden Verhandlungen wesentlich ausgebaut und damit eine Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die vielfach bedeutend höheren Löhne der Privatarbeiter erreicht werden. Auch die Frage, welche Lohnempfänger außer den Eisenbahnern Ueberteuerungszuschüsse erhalten sollen und ob das System für die Beamten anwendbar ist, steht mit zur Debatte.

Die eigentlichen Stundenlöhne der Reichsarbeiter sind außer nach Ortsklassen noch nach dem Lebensalter und der Qualität abgestuft. Für männliche Arbeiter kommen 7 Lohngruppen in Betracht, wobei der 18 Jahre alte Arbeiter in Ortsklasse A und Lohngruppe I auf 7,85 Mark, der 24 Jahre alte auf 9,05 Mark, in Lohngruppe VII dagegen der erstere auf 6,65 Mark, der letztere auf 8,45 Mark kommt. Dazu wird eine Kinderzulage von 80 Pfennig pro Stunde und Kind gezahlt. In zahlreichen Eisenbahnwerkstätten erhöht sich der Stundenlohn noch um einen Gedingeverdienst, dessen Höhe sehr verschieden ist. Er schwankt zwischen 10 und 30 Prozent.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß in den genannten Lohnsätzen die Teuerungszulage bereits eingerechnet ist und daß es sich um den neuesten Stand ab 1. Januar 1922 handelt. Nach der Auffassung der Regierung berücksichtigt diese Lohnhöhe schon die im Februar zu erwartende Brotpreissteigerung.

Das Grundgehalt der Beamten beginnt in der Besoldungsgruppe I mit 7500 Mark pro Jahr und steigt in 18 Jahren auf 12 000 Mark. Dazu kommt ein Ortszuschlag von 1200 bis 6000 Mk. im Anfangsgehalt und 1500 bis 4000 Mark im Endgehalt. Zu Grundgehalt und Ortszuschlag gesellt sich ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent für die ersten 10 000 Mark Diensteinkommen und 20 Prozent für den Rest. Je nach der Beamtenqualität bewegen sich Grundgehälter, Orts- bezw. Teuerungszuschläge in 13 Besoldungsgruppen und teilweise als Einzelgehälter in aufsteigender Linie.

Für die Diätare gilt eine Diätenordnung. Die darin enthaltenen, verhältnismäßig niedrigen Diätensätze werden aber durch Ausgleichszulagen in der Weise erhöht, daß ein Diätar im ersten und zweiten Diätariendienstjahr je 95 und im dritten 98 Prozent der Bezüge des planmäßigen Beamten seiner Gruppe erhält.

Schließlich sei noch erwähnt, daß den Beamten Kinderzulagen gewährt werden, die pro Kind bis zum 6. Lebensjahre 2160 Mark, bis zum 14. 2880 Mark und bis zum 21. 3600 jährliches Mehreinkommen ergeben.

Der Reichstag hat soeben den 4. Nachtrag zum Etat für 1921 angenommen und damit die mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vereinbarte Gehaltsverbesserung sanktioniert. Wie schon betont, sind in den vorstehenden Lohn- und Gehaltssätzen die Neuregelungen bereits berücksichtigt, wesentlich ist daß die Regierung dem Reichstag versprochen hat, sobald wie möglich in eine Erörterung über alle aktuellen Beamtenfragen: Grundgehaltslöhne, gleitende Skala usw. einzutreten. Damit ist die Möglichkeit noch immer offen, endlich zu einer Regelung zu kommen, die den berechtigten Wünschen des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe entspricht.

Wilder Eisenbahnerstreik und Regierungsorgane.

Der „Vorwärts" schreibt:

Der im Hirsch-Dunckerschen Fahrwasser segelnde Allgemeine Eisenbahner-Verband übermittelt uns einen Waschzettel, in dem unter der Ueberschrift: „Förderung wilder Eisenbahnerstreiks durch Regierungsorgane" darüber Beschwerde geführt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband durch die Eisenbahnverwaltung begünstigt wird. Zu dieser Auffassung kommt der Verband durch einen Vorgang, der sich am 23. Januar in der Eisenbahndirektion Breslau abgespielt hat. Der Eisenbahndirektionspräsident hatte die Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung über die Streikfolgen und zur Feststellung des Begriffes des gewalttätigen Eingriffes in den Betrieb eingeladen. In dem Waschzettel wird nun über den Verlauf der Sitzung gesagt, die Vertreter der anderen Eisenbahnerverbände hätten erklärt, mit Vertretern des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht zu verhandeln, weil dieser polizeilichen Schutz für die arbeitswilligen Mitglieder seiner Organisation nachgesucht hatte. Daraufhin habe der Direktionspräsident die Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nach Hause geschickt, indem er ihnen ein Protokoll über die Sitzung und eine spätere persönliche Aussprache in Aussicht stellte. Wörtlich heißt es dann:

„Der Mann also, der während der wilden Streikbewegung seine Pflicht gegenüber der Eisenbahn und gegenüber dem Vaterlande erfüllte, mußte auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung dafür die Sitzung verlassen, und diejenigen, die in unverantwortlicher Weise den wilden Streik propagierten, durften triumphierend zurückbleiben".

Zum Schluß wird die Frage aufgeworfen, ob die Regierung ein derartiges Verhalten ihrer Organe, das geradezu fördernd auf wilde Streiks wirke, billigt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes stellt hierzu fest, daß der geschilderte Vorgang in der Eisenbahndirektion sich wie folgt zugetragen hat:

„Der Eisenbahndirektionspräsident Vogt hatte am 17. Januar an der vom Minister Gröner einberufenen Präsidentenbesprechung in Berlin teilgenommen, die sich mit dem letzten Eisenbahnerstreik beschäftigte, und nach seiner Rückkehr die Organisationsvertreter zu sich geladen, um über den Begriff gewalttätiger Eingriffe in den Betrieb zu verhandeln. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes verlangte nun, daß nur am Streik beteiligte Organisationen zugelassen werden, weil doch nicht gut Arbeitswillige über die Streikenden zu Gericht sitzen könnten. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hatte sich am Streik nicht beteiligt, hatte deshalb auch kein Recht, zu verlangen, in dieser Angelegenheit gehört zu werden."

Dazu teilt uns die hiesige Ortsgruppe des „Deutschen Eisenbahner-Verbandes" mit, daß der Vorgang am 23. Januar bei der Eisenbahndirektion Breslau sich genau so abspielte, wie der Zentralvorstand in Berlin dem „Vorwärts" mitteilte. Auch handelt es sich nicht um einen wilden Streik, sondern die Bewegung war vom Zentralvorstand genehmigt und finanziert. Wie korrekt der DEV. handelte, geht daraus hervor, daß Tausende von Mitgliedern des „Allgemeinen Eisenbahnerverbandes" zum DEV. übertraten. Daran ändert nichts die Tatsache, daß Vorstandmitglieder des AEV. im Lande herumreisen und zu retten versuchen, was zu retten ist.

Streikdrohung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Meldungen, daß der Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten bereits heute nach erledigter Vorbereitung zum Ausbruch kommt, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Reichsgewerkschaft hat ihren erweiterten Vorstand zum kommenden Mittwoch erneut nach Berlin berufen, wo jedenfalls der endgültige Beschluß, ob Streik oder Nichtstreik, gefaßt werden soll. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen traten am Sonntag zu unverbindlichen Vorbesprechungen zusammen. Ein Beschluß wurde vertagt, bis die Reichsgewerkschaft offiziell zu der Haltung der Regierung Stellung genommen hat. An amtlichen Stellen, vor allem im Reichsverkehrsministerium, gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Streik nicht zum Ausbruch kommt.

Inzwischen hat der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin einen Aufruf an die Eisenbahner seines Bezirkes erlassen, in dem auf die schweren Folgen eines Streikes hingewiesen und u. a. auch auf die Folgen für den Streikenden und seine Familie aufmerksam gemacht wird. Zum Schluß des Aufrufes wird an das Treueverhältnis zum Staate gemahnt und der Bitte Ausdruck gegeben, den Streik abzulehnen.

Vor der Beendigung der Aussperrung im Eulengebirge.

Die unter Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Dr. Fischer-Breslau am Montag, den 16. Januar, vertagten Verhandlungen wurden am Montag, den 23. Januar, im Regierungsgebäude fortgesetzt. Ein hartes Ringen war es, was am Verhandlungstische geführt wurde; denn länger als zwei Tage, am Dienstag bis nach 12 Uhr nachts, wurde verhandelt. Die Arbeitgeber wollten zunächst eine Lohnerhöhung erst ab 15. Februar zugestehen und dann so minimal, daß eine Aussicht auf Einigung aussichtslos erschien; denn sie boten ab 15. Februar Spitzenlohn Männern über 25 Jahre 70 Pfennig und Frauen 50 Pfennig Zuschlag. Gesagt wurde von dem Vertreter der Arbeitgeber, daß sie, die Unternehmer, mit der Lohnaufbesserung im voraus seien, da der Reichsindex für die Teuerung 1921 nur um 64 Prozent gestiegen sei, während die Lohnerhöhungen schon 78,2 Prozent betrügen. Daß nebenbei im Bezirk die höchsten Löhne gezahlt werden, wurde wiederum als Argument vorgeführt. Andere wichtige Fragen nahmen einen breiten Raum ein, z. B. die Fragen der Ueberstundenleistung, der Vorlage der Webereitabelle, Akkordüberverdienste, ja sogar etliche Maßregelungen fehlten nicht. Und wie die Unternehmer mit mehreren Syndizis herausschälten was sie erstreben, nur ein Beispiel. Es wurden oft schriftliche Erklärungen gewechselt. Eine davon hatte u. a. folgende Stelle: „Wenn die Arbeitgeber erneut dem Wunsche nach Erhöhung des Tariflohnes ab 1. Februar Ausdruck verliehen haben, so müssen die Arbeitgeber ein Eingehen darauf als ganz besonderes Entgegenkommen ihrerseits bewerten. Die Gründe für die Auffassung der Arbeitgeber dürften ohne weitere Erklärung klar zu Tage treten. Die Arbeitgeber sind bereit, ab 1. Februar in gewissem Umfange eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Eine ziffernmäßige Bemessung der Erhöhung kann jedoch erst erfolgen, wenn Einigkeit über die ab 15. Februar zu zahlenden Löhne besteht." So ging es Stunde um Stunde, bis in später Nachtstunde eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kam:

ab 1. Februar	1922	männl.	0,80 Mk.,	Ecklohn	=	7,80 Mk.
„ 1. „	1922	weibl.	0,30 „	„	=	6,70 „
„ 15. „	1922	männl.	1,— „	„	=	8,50 „
„ 15. „	1922	weibl.	0,70 „	„	=	7,10 „
„ 1. März	1922	männl.	1,70 „	„	=	9,— „
„ 1. „	1922	weibl.	1,40 „	„	=	7,80 „

Staffelung der anderen Altersklassen entsprechend.

In einer Vertrauensleutesitzung des Bezirks am Mittwoch war man sich schlüssig, daß eine Abstimmung in Mitgliederversammlungen und Betriebsversammlungen erfolgen solle.

Die Löhne der Handwerker sind noch nicht geregelt, da man in Breslau so weit nicht gekommen ist.

Erst wenn die Unternehmer eine Einigung mit den Handwerkern ermöglichen, stehen bei Zustimmung der Ausgesperrten über die obigen Zugeständnisse der Wiederaufnahme der Arbeit nur noch technische Fragen im Wege.

Wir werden nach der Abstimmung weiter berichten.

Aus aller Welt.

Die Ostsee vereist!

Durch den anhaltenden Frost ist die Ostsee-Schiffahrt äußerst gestört. Im Stettiner Hafen hat das Eis bereits eine Stärke von 9 Zoll erreicht. Die Oberschiffahrt ruht völlig, was für die Kohlenversorgung von den bedenklichsten Folgen begleitet ist. Die großen Segelschiffe können in dem Stettiner Hafen nur mit Hilfe großer Eisbrecher und Schlepper verkehren. Die Ostsee selbst ist von einer kilometerbreiten Eisdecke bedeckt. Zwischen Stralsund und der Insel Rügen hat sich eine Eisbrücke gebildet, so daß der Verkehr bereits mit Schlitten aufgenommen wurde. Der Kieler Dampfer „Senta" ist in der Nähe von Saßnitz im Eise eingeschlossen.

Theaterbrand in Newyork. Einem Newyorker Funkspruch der Montagpost zufolge brach am Sonnabend abend während der Vorstellung im Knickerbocker Theater in Newyork Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und das ganze Theater alsbald in ein Flammenmeer hüllte. Bis Sonntag früh 3½ Uhr waren aus dem Theater 40 Leichen geborgen. Die Zahl der tödlich Verunglückten wird auf 50 bis 100, die der Verletzten auf 100 bis 200 geschätzt.

Todesurteil im Heidelberger Prozeß. Der Schmied Giesert wurde gestern vom Schwurgericht in Heidelberg wegen Mordes an den Bürgermeistern Werner und Bulle zweimal zum Tode und wegen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. In der Anklage wegen Raubmordversuches an dem Ingenieur Link erfolgte Freisprechung.

Familiennachrichten

Am 26. Januar, abends 9 Uhr, verstarb nach langem, schweren Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Else Wrzsniovski

im 22. Lebensjahre.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma H. Meinecke A.-Ges., Breslau-Carlowitz.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der neuen Leichenhalle in Oswitz statt. 11360

Nach fast 8jährig. ärztlicher Tätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der inneren Medizin und der Kinderheilkunde, zuletzt Univ.-Kinderklinik Breslau (Dir. Prof. Dr. Stolte) u. Städt. Säuglingsheim Breslau (Primärarzt Dr. Freund) habe ich mich als

Spezialarzt für Kinderkrankheiten

niedergelassen. – Sprechstunden: **Montag–Freitag 11–12 Uhr, Sonnabend u. Sonntag 9–10 Uhr** und nach Verabredung. 11358

Ich beteilige mich auch an Kassenpraxis.

Dr. med. M. Falk, Königsplatz 3b

Ecke Friedr.-Wilhelmstr. – Telefon Ring 2911.

Bekanntmachung.

Körperschaftssteuer.

I. Aufforderung zur Anmeldung steuerlich wichtiger Vorgänge.

Die körperschaftssteuerpflichtigen Personenvereinigungen und Zweckvermögen, die im Bezirke des Finanzamts Breslau Stadtkreis den Ort der Leitung oder, wenn der Ort der Leitung im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71 der Reichsabgabenordnung bestellten Vertreter oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, folgende für die Steuerpflicht wichtige Vorgänge jeweils binnen drei Wochen nach ihrem Eintritt dem unterzeichneten Finanzamt anzuzeigen:

1. ihre Gründung, sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben,
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Uebergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere, sowie die Verschmelzung (Fusion) mit einer anderen Gesellschaft,
3. die Verlegung des Ortes der Leitung oder des Sitzes in das Inland, sowie die Verlegung beider in das Ausland,
4. die Beschlußfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen,
5. die Beendigung der Vermögensauseinandersetzung (Liquidation) und die Löschung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

Die Pflicht zur Anzeige trifft die gesetzlichen Vertreter, Vorstände, Geschäftsführer oder, wo solche bei Personenvereinigungen nicht vorhanden sind, die Mitglieder oder Beteiligten (§§ 81, 98 der Reichsabgabenordnung).

Die Unterlassung der Anzeige ist nach § 27 des Körperschaftssteuergesetzes und § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 100 Mark bedroht. Sie kann eine Haftung für den Steuerausfall zur Folge haben (§ 90 der Reichsabgabenordnung).

Körperschaftssteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbautreibende rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe (gewerblicher, kaufmännischer, land- und forstwirtschaftlicher Art), deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),
2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechtes, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen,
4. juristische Personen des öffentlichen Rechtes, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen
5. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckvermögen mit Ausnahme der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebes anzusehen sind.

Liegt der Sitz und der Ort der Leitung im Ausland, so beschränkt sich die Steuerpflicht auf das Einkommen aus inländischem Grundbesitz und aus einem Gewerbebetriebe, für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß sie jeweils nach Ablauf ihres Geschäftsjahrs (Wirtschaftsjahrs) eine Steuererklärung abzugeben haben. Wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu nicht zugeht, ist die Steuererklärung binnen der Frist von drei Monaten nach Ablauf des Tages abzugeben, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluß) von den zuständigen Organen festgestellt worden ist.

II. Vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer.

(Gesetz vom 26. März 1921, Reichsgesetzblatt Seite 342.)

Die Erwerbsgesellschaften zu 1 (Absatz 4 Nr. 1) haben ohne besondere Aufforderung binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz oder des sonstigen Abschlusses durch die zuständigen Organe

zehn v. H.

des Reingewinns als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer zu entrichten. Die Beträge sind an die Finanzkasse, Breslau-Stadt, Neue Taschenstraße 2, Postscheckkonto Nr. 42 000, abzuführen. Die vorläufige Zahlung wird auf die endgültig festgesetzte Körperschaftssteuer bei der Veranlagung zur Körperschaftssteuer angerechnet. Nicht rechtzeitige Entrichtung hat einen Zuschlag von zwanzig v. H. der endgültig festgesetzten Steuer zur Folge.

Erwerbsgesellschaften, bei denen der Sitz und der Ort der Leitung im Ausland liegt, haben die in den §§ 1, 2 des Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer vom 26. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 342) vorgeschriebenen Zahlungen zu entrichten

bei Einkommen aus inländischem, selbstbewirtschaftetem Grundbesitz von dem Betriebsgewinne (§§ 32, 33a des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes),

bei Einkommen aus sonstigem inländischem Grundbesitz von den Einnahmen im Sinne des § 8 Nr. 1, 4, § 31 des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes,

bei Einkommen aus einem Gewerbebetriebe, für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird, von dem Betriebsgewinne dieser Betriebsstätte (§§ 33, 33a des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes).

Erwerbsgesellschaften haben auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die zwei Zahlung auf die Körperschaftssteuer von dem Gewinn zu entrichten, der in den nach dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgestellten Bilanzen, den Eröffnungsbilanzen, ausgewiesen wird.

Finanzamt Breslau-Stadt.

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Hans Heiling.
Dienstag 7 Uhr: Margarethe.
Mittwoch 7 Uhr: Die Zauberflöte.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Heute u. tägl. 7½ Uhr:
Die Straßensängerin.
Dienstag 7½ Uhr:
Die Tanzgräfin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.

Kroll's Weinrestaurant
Montag Donnerstag Sonntag
TANZ

PALAST Theater
Von Montag bis Donnerstag!
Der große Erfolg!
Im Reich der abertausend Lebenslichter 6 Akte
Die Geschichte dreier Lebenslichter nach dem Roman: 5236
Der müde Tod.
Kalifornische — Mexikanische — Schlitzaugenrache
Außerdem:
Heiratsbüro Sählein
3 teile Akte.

Maurer
der ehemaligen Augenklinik.
Die Auszahlung findet am **2. März, vormittags von 9–12 Uhr, Meßergasse 28,** im Zweiflügel Rentamt statt.
Die Liquidatoren.
Jahn u. Rose.

Möbel
auf Kredit
einzelne Stücke
ganze Einrichtungen
preiswert u. gediegen
Karsunky & Co.,
Barbarastraße 2.1

Wir empfehlen für
Grog Punsch
und zum
Tee
Jamaika-Rum-Verschnitt
„Grünkapsel"
Liter-Fl. 60.— Mk.
" 31.— "
„Reisigel"
Liter-Fl. 72.— Mk.
" 37.— "
Stiebler's Weinbrand-Verschnitt
Liter-Fl. 48.— Mk.
" 25.— "
Stiebler's Weinbrand „3 Kronen"
Liter-Fl. 62.50 Mk.
" 32.— "
Stiebler's „Rüdesheimer" Qualität Weinbrand
Liter-Fl. 82.— Mk.
" 42.— "
Rum- und Weinbrandpreise werden eine empfindliche Erhöhung durch Zoll- u. Monopolzuschläge erfahren! 3227
Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5 und Filialen.

Parteifreunde
kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Tel. R. 6774. **Thalia-Theater.**
Montag, 30. Januar, 7½ Uhr: „Maria Stuart"
Dienstag, 31. Jan., 7½ Uhr: (Kunstgemeinde Gruppe G) „Der Feldherrnhügel"
Montag, 30. Januar, 7½ Uhr Gastspiel Oskar Willi „Im weißen Rößl" Ermäßigte Preise!
Dienstag, 31. Jan., 7½ Uhr: „Gretchen"

Zum Jahrmarkt im Riesengebirge !!
der am 11361
11. und 13. Februar
in den im Gebirgscharakter dekorierten Sälen des Gewerkschaftshauses stattfindet, sind alle Freunde eines wirklichen Volksvergnügens eingeladen vom
Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Karten bei den Mitgliedern, in den Vorwärts-Konsumlagern und im Gewerkschaftshause.

CIRCUS BUSCH
Tägl. 7½, Sonntags auch 3 Uhr. 5223
Noch 2 Tage der Januar-Spielplan.
Neue Ueberraschungen!
Besuchen Sie gleich Circus Busch, die volkstümliche Unterhaltung Breslaus.
Vorverkauf: Barasch und Circuskasse.
Der Circus ist gut geheizt.

SCHAUBURG | **DK**
In beiden Theatern ab 1/5 Uhr!
2 sensationelle Erstaufführungen!
Stuart Webbs
der Meisterdetektiv
in dem Kriminal-Drama
Das Rätselwort — 6 Akte — oder:
Die Räucherkammer der Apachenzentrale 5295
Außerdem: Noch nie in Breslau gezeigt!
Maciste in Ehefesseln – 5 Akte
Der immer Hilfsbereite in Angesicht des Todes durch Frauenhand dem Leben wiedergewonnen
Ab Dienstag:
Die Schlußepisoden des Riesen-Amerikaners
Der geheimnisvolle Dolch 8 Akte.
Der menschliche Fisch — Im Kampf mit Haifischen unter Wasser. — Unter Bestien im Dschungel.
Scala: — Varietéschau — DK-Theater:
Miss Volta das elektr. Wunder. | **M. Ecknitz** die Original-Type.
Ab Freitag: Gastspiel Irene Fidler.

Jede Nähmaschine
neu, alt oder reparaturbedürftig 10852
kauft sofort
zu höchsten Preisen
Oppermann, Große Groschengasse 9, III.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kurzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6

Bei Lungenleiden, Tuberkulose, Husten, Heiserkeit und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane (gesetzl. geschützt) in kurzer Zeit Hilfe. Der schleichende Reizhusten und der lästige Auswurf verschwinden, der Appetit hebt sich und die schädlichen Bazillen werden vernichtet. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, dringlich empfohlen und empfohlen. Zahlreiche Anerkennungen. Preis M. 32.—. Große Flasche M. 55.—. Nur zu beziehen durch die Kynochenung-Apotheke, München-Kynochenung L. 134. 8703

Soeben erschienen!
Hungerland
Sozialer Roman
aus dem Leben der Bergarbeiter
von **Georg Werner.**
Preis Mk. 4.–
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 4.

Alle Achtung, wie vorteilhaft . . .
Ja, und dabei selbst geschneidert nach Vobach-Schnitt A 5409. Es war so einfach in der Herstellung und spart uns obendrein 'ne Menge Geld.

VOBACH-SCHNITTE
sind zu haben bei
Karl Wiesner, Breslau, Gräbschener Straße 75a
„Kaufhaus Merkur" Kurt Goerke, Breslau, Matthiasstraße 51
„Kaufhaus Süd-Ost" Adolf Herzfeld, Breslau, Bohrauer Straße 47

Die allerbilligsten Anzüge Cutaways gestr. Hosen
kaufen Sie am besten direkt aus der Werkstatt im 11306
Herren-Bekleidungshaus Nikolaistraße 48 am Königsplatz
Inh.: Herm. Partetzke.

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Zu kaufen gel.
Alt-Metalle
kauft u. zahlt höchst. Preis 10200 Otto, Kohlenstr. 8.

Grammophon platten, auch Stück, kauft à Kilo 20 M., auch tausch in günst. Bedg. M. Liedecke, Strehlgasse 1.

Arbeitsmarkt

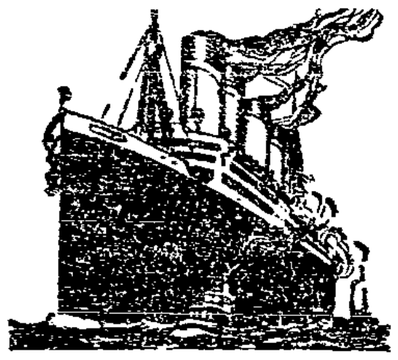
Ehrliches Mädchen
nicht unter 18 Jahren, sofort tagsüber für Haushalt und Kind gesucht. 10354
Mark, Kaiser Wilhelm-Platz 2, 3. Stage, Vorbereingang.

Lehrling
mit guter Schulbildung zum 1. April cr. suchen
Hahn & Schöttan
Handschuhe, Strümpfe
Trikotagen en gros
Graupenstr. 1

Junges Mädchen zu leichter sauberer Arbeit den Tag über z. 1. Febr. gesucht. Helmuz, Gräbsch.-Wilhelmstr. 34, II.

11357
Verein Breslauer Detaillisten E. V.
Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, Neue Börse:
Haupt-Versammlung.
Jahresbericht. — Vorstandswahl. — Statutenänderung.

U·S·LINES



Regelmäßige Abfahrten
BREMEN NEW YORK
Verzügliche Reisegelegenheit mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America" u. a. ab **deutschem Hafen**
Auskunft und Fahrscheine durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Breslau: Norddeutscher Lloyd Generalagentur: 11359
Neue Schweidnitzerstr. 6 (Hansa-Haus).

Zeitungsträgerinnen
für Gräbschener- u. Ohlauer-Tor
sofort gesucht
Expedition der „Volkswacht", Flurstr. 4 6.

Für unsere Kammgarnspinnerei, Lorenzgasse 19, suchen wir zum sofortigen Antritt, für vorübergehende Beschäftigung 11358
ca. 150 gelernte Arbeiterinnen
Schoeller'sche u. Eitorfer Kammgarnspinnerei

Verantwortlicher Redakteur: Emil Zimmer. — Redaktion: Flurstraße 4. — Zeitungsexpedition: Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute, abends 7½ Uhr, wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre der Abteilungen Odertor, Sandtor und innere Stadt.

Alle Parteifunktionäre der übrigen Abteilungen Dienstag, den 31. Januar, abends 7½ Uhr, in nachstehenden Lokalen:

Nikolaitor, bei Sambal, Friedrich-Karlstraße 26;
Pöpelwitz, bei Springer, Promnitzstraße 54;
Scheitnig, bei „Schwarzer Paul", Paulstraße 42;
Ohlauer Tor, bei Görlich, Löschstraße 13;
Strehlener Tor, bei Schmidt, Hubenstraße 50,
Süden, bei Kirchner, Goethestraße 104;
Südwest, Gräbschen, bei Klante, Hochstraße 7.

Sämtliche Funktionäre der Partei müssen anwesend sein.

Engerer Parteivorstand Sitzung, Mittwoch, den 1. Februar, um 6 Uhr.

Der Arbeiterjugendverein hält seine nächste Funktionärbesprechung am Sonnabend, den 11. Februar, abends 7½ Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses ab! Erscheinen aller ist Pflicht!

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft findet am Sonnabend, den 18. Februar 1922, abends 7 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses statt.

Mieter-Protestversammlung.

Die Mieter Breslaus hatten sich am Sonntag vormittag außerordentlich zahlreich bei „Exner" versammelt, um gegen die Forderung der Breslauer Hausbesitzer auf Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen energisch zu protestieren.

Der Vorsitzende der Schlesischen Mieterschutzvereine, Oberbergamtssekretär Moeller, wandte sich zunächst mit aller Schärfe gegen die Berichterstattung in der „Schlesischen Zeitung", die ganz einseitig zugunsten der Hausbesitzer Stellung nahm und betonte, daß die Mieter den Hausbesitzer durchaus nicht bekämpfen wollen. Hätten sich die Hausbesitzer mit den Mietern an einen Tisch gesetzt, so wäre gewiß eine Verständigung erzielt worden. So lassen sich aber die Hausbesitzer von den Großkapitalisten und Bodenspekulanten vor ihren Wagen spannen, damit sie ihre Ziele erreichen und die Hausbesitzer merken dies Manöver garnicht. Allerdings ist der Hausbesitz kein Gewerbe und kein Beruf, sondern nur eine Kapitalsanlage, woraus ihnen natürlich kein besonderer Nutzen zugestanden werden kann. Folgende Entschließung wurde angenommen:

Die heute im Gesellschaftshause „Bratislawia" versammelten Breslauer Mieter haben Kenntnis genommen von den Entschließungen der Breslauer Hausbesitzer vom 15. Januar d. J.

Die Breslauer Mieter fordern:

1. Unbedingte Festhaltung an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, solange das Angebot von Wohnungen hinter der Nachfrage zurückbleibt.
2. Festhaltung an der Grundmiete, welche nur zur Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals, soweit es die übliche Belastung nicht übersteigt, dient.
3. Ausbau der bestehenden Mietseinigungsämter und Verweisung aller Mietsstreitsachen an diese.
4. Aufmerksamkeit der Behörden auf das als geradezu hochverräterisch zu bezeichnende Treiben von Hausbesitzern in führenden Stellen der Hausbesitzerorganisationen, welche mit Anrufung der Entente zur Aufhebung der Zwangswirtschaft drohen.
5. Die Mieter sind bereit, den Hausbesitzern zu zahlen, was zur Verwaltung des Hauses notwendig ist.

Sie fordern aber als Gegenleistung ein Mitbestimmungsrecht und ein Kontrollrecht über die Verwendung der von ihnen aufgebrachten erheblichen Mittel.

Von einer Vergewaltigung und Erpressung gegenüber dem Hausbesitzer-„Stand" kann gar keine Rede sein. Einen „Stand" der Hausbesitzer gibt es nicht. Das in Hausbesitz angelegte Kapital darf keine anderen Vorrechte genießen, als das Kapital jedes anderen Sparers.

Gegenüber der Drohung der Hausbesitzer auf Einstellung der Zahlung von Steuern und Abgaben, fordert die Mieterschaft tatkräftiges Vorgehen der zuständigen Behörden, Beschlagnahme der Mieten und Zuschläge und sofortige Einsetzung von Zwangsverwaltern.

Die jammervolle Lage der Privatschwestern.

Uns wird geschrieben:

In der Oeffentlichkeit wird man wohl der Meinung sein, daß die Schwestern sehr gut leben können und daß sie hohe Löhne beziehen. Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, sollen nachstehende Zeilen beweisen.

Jeder Mensch wird zugeben müssen, daß man, um all den Anforderungen dieser schweren Zeit gerecht werden zu können, ein Existenzminimum haben muß. In unserem Berufe ist es aber leider anders. Da gibt es nur ein kleines Trinkgeld — denn Lohn kann man es nicht nennen — als Bezahlung für diese so schwere aufopfernde Tätigkeit. Wir können nicht sagen, jetzt ist die Frühstücks- oder Mittagspause, oder jetzt sind meine acht Stunden herum; nein, Tag und Nacht geht es oft ohne Unterbrechung. An Schlaf und regelmäßiges Essen ist fast nicht zu denken, so daß vollständige Zerrüttung des ganzen Nervensystems der Enderfolg ist. Da sich bis jetzt weder Staat noch Kommune dazu haben bewegen lassen, in eigener Regie die Vermittelung und Unterbringung des weiblichen Krankenpflegepersonals zu übernehmen, so sind wir noch verpflichtet, in den sogenannten „Schwesternhäusern" unsere Zuflucht zu nehmen, wo wir bis aufs Blut ausgesogen werden.

Für diese oben geschilderte aufreibende Tätigkeit zahlen diese privatkapitalistischen Unternehmungen Monatsgehälter von „80 Mark" nebst einem Pflegegeld von „5 Mark pro Tag" (der Tag mit 24 Stunden gerechnet). Auf Rechnung werden dem Patienten 25 Mark, 30 Mark oder auch mehr gesetzt. Ohne also einen Finger krumm zu machen, verdient so ein Institut das Fünf- und Mehrfache. Gewöhnlich kommt, wenn wir volle dreißig Pflegetage haben, ein Monatsgehalt von 230 Mk. zusammen. Zieht man die ortsüblichen Beiträge und Steuern ab, so verbleiben noch ungefähr 184 Mark. Da nun einmal von einer Krankenschwester peinlichste Sauberkeit auf Kleidung verlangt wird, so müssen wir mindestens jede acht Tage ein Kleid und je nach Bedarf 1 bis 2 Schürzen täglich in die Wäsche geben, was wiederum nicht ganz 100 Mark ausmacht, so daß ungefähr 84 Mark für den ganzen Monat verbleiben. An Neuanschaffungen ist garnicht zu denken, das Geld reicht kaum für Schuhreparaturen. So also geht es uns, so werden wir in diesen Schwesterhäusern ausgepowert, und es findet sich kein Mensch, keine Behörde, um diesem skandalösen Treiben ein Ende zu machen. (Das ist ein Irrtum. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat eine Sektion, die auch die in Privatkrankenhäusern beschäftigten Schwestern erfaßt. D. Red.) Das beste Mittel zur Behebung dieser traurigen Zustände wäre die Schließung dieser Institute und Uebernahme in staatliche Regie. Hoffentlich werden die maßgebenden Stellen durch diese Zeilen aufmerksam gemacht, sich bald mit dieser Materie zu beschäftigen.

Auch wäre wohl der Zusammenschluß sämtlicher Privatschwestern zu einer Organisation zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für uns von großem Nutzen. Denn nur geschlossen können wir etwas erreichen. Darum auf, Kolleginnen, ans Werk! Es geht um unsere Existenz, es geht um unsere Zukunft.

Sport am Sonntag

Fußball-Sport.

F.-A. Süd — S.-C. Sparta 2—4 (1—3).

Auf dem Gandauerplatz standen sich obige Vereine gegenüber. Der Kreismeister mußte sich der tüchtigen Spartamannschaft beugen. Nach Anstoß hatte Sparta mehr vom Spiel, ist zeitweise überlegen und kann bis Halbzeit 3 Tore erzielen, dem Süd nur eins entgegensetzen kann.

Nach der Pause ist Süd zeitweise überlegen, das Heiligtum Spartas wird öfters bedrängt und kann Süd noch einen Erfolg aufholen. Sparta gibt sich aber nicht zufrieden und nach kurzem Drängen ist ihnen noch ein Erfolg vergönnt.

Zwei völlig gleichwertige Gegner standen sich gegenüber und dürfte Süd den Kampf von vornherein zu leicht genommen haben. Sparta verbessert zusehend seine Form, leider zu spät. Der Schiedsrichter hatte das Spiel völlig in der Hand.

Sturm I — Silesia I 4—1 Halbzeit (2—0).

In Leerbeutel führten Silesia und Sturm ein interessante Momente zeigendes Spiel vor. Silesia gab alles aus sich heraus, um vom letzten Platz wegzukommen. Doch konnte der Torwächter nicht verhindern, daß Sturm vor Halbzeit zweimal erfolgreich ist. Zwei gut getretene Ecken für Sturm werden vom Tormann hervorragend abgewehrt. Nach Halbzeit erzielt Silesia das Ehrentor und mit frischem Mut greifen sie an. Doch Sturm vereitelt jeden Erfolg.

Indessen ist aber Sturm nicht müssig und ist es ihnen vergönnt, noch zweimal einzusenden und so den Sieg sicherzustellen. Leider verhinderte der auf dem Silesiaplatz liegende hohe Schnee jede technische Feinheiten.

Der Unparteiische leitete in einwandsfreier Weise das Spiel.

Stern I — F.-T. Oels I 5—2 Halbzeit 2—0.

Am Sonntag langte Stern in Oels an und trug zwei Spiele gegen die Oelser Turner aus.

Stern mit 3 Mann Ersatz antretend, hatte Anstoß und ist gleich vor dem Heiligtum Oels, kann aber nichts erreichen, denn Verteidigung und Tormann von den Turnern sind auf der Hut. Nach ungefähr einer Viertelstunde Spieldauer kann der Mittelstürmer von Stern durch langen Schuß das erste Tor erzielen. Kurz darauf verhilft ein Elfmeter zum zweiten Erfolg.

Mit diesem Resultat geht es in die Pause. Oels nimmt nun Umstellung vor, kann aber nicht verhindern, daß Stern dauernd vor sein Heiligtum zieht und bald sitzt auch Numero 3. Nun besinnt sich Oels, daß es auch dabei ist und durch tadellosen Schuß des Halbrechten erzielt es den ersten Erfolg. Stern stößt an und ist wieder überlegen und kann noch zweimal erfolgreich sein. Kurz vor Schluß rollt ein dem Stern-Tormann zurückgegebener Ball über die Hände desselben und Oels hatte schmunzelnd den zweiten Erfolg.

Die zweite Mannschaft von Stern gewann 6—0 gegen Oels II.

West I — F.-T. Brieg I 4:2 Halbzeit 0:0

West war mit 2 Mannschaften in Brieg zu Gast. 12 Uhr trafen sich die zweiten Mannschaften und konnte hier Brieg einen 4 : 1 Erfolg erzielen.

Um 2 Uhr traten die ersten Mannschaften an. Hier entwickelte sich ein schönes technisches Spiel. Beide Mannschaften äußerst schnell, lieferten sich einen zähen Kampf, bis Halbzeit war das Spiel vollständig offen und keine Partei konnte etwas zählbares erreichen.

Nach Halbzeit wird West merklich überlegen und der Sturm bringt den Ball in schönem Kombinationsspiel immer wieder vor das Heiligtum von Brieg.

Die Brieger sind das erste Mal erfolgreich, der Gegner läßt aber unmittelbar den Ausgleich erfolgen. Brieg ist wieder dran und schon sitzt das Leder im Westtor. West läßt sich nicht entmutigen und in kurzer Zeit ist wieder der Ausgleich geschaffen.

Nun klappt Brieg zusammen. West ist nun dauernd überlegen und kann nach schönem Zuspiel noch 2 Mal erfolgreich sein. Brieg stellte eine gute schnelle Mannschaft. West dagegen verlegt sich auf gutes Kombinationsspiel, was manchmal schon an Ueberkombination grenzt. Besonders vor dem Tore wird zu wenig geschossen. Erfreulich an der Mannschaft ist die Geschlossenheit des vorgehenden Sturmes.

Resultate:

Sonderklasse:

Stern I	— T. T. Oels I	5:2
Stern II	— T. T. Oels II	6:0
Sparta I	— F. V. Süd I	4:2
Sparta II	— F. V. Süd II	kampflos für Sparta
West I	— F. T. Brieg I	4:2
West II	— F. T. Brieg II	1:4
Sturm I	— Silesia I	4:1
Sturm II	— Silesia II	kampflos für Sturm

A-Klasse:

Diana I	— Kickers I	6:1

B-Klasse.

Eichenlaub I	— Hellas I	14:0

III. Bezirksmannschaften:

Britannia III	— Vorwärts III	5:1
West III	— Kickers III	6:0

Britannia-Breslau gegen Vorwärts-Kreuzburg Resultat: 6:1 für Britannia. Halbzeit 3:1.

Ein schönes Spiel, in dem sich allerdings die Breslauer überlegen zeigten. Die Vorwärtsmannschaft hat bei ihren guten Fähigkeiten Zukunft.

Stadtverordneter Professor Dr. Wohlauer †.

Soeben nach Redaktionsschluß erreicht uns die Nachricht, daß Professor Dr. Wohlauer heute morgen in der 10. Stunde auf dem Wege zum Stadtverordnetenbüro auf der Treppe einen Schlaganfall erlitt, der inzwischen den Tod herbeigeführt hat.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Sorgt für Besuch der Kinderveranstaltungen in der Margaretenschule!

Am letzten Mittwoch, wo wir zum Märchenerzählen, Geschichtenvorlesen, Rätselraten usw. auch in die Margaretenschule,

Tauentzienstraße 82, fast Ecke Grünstraße,

kamen, waren dort sehr wenige Kinder. Wenn Eltern und Kinder von der Grün-, Palm-, Paradies-, Vorwerk-, Clausewitz-, Taschen-, Feldstraße usw. nicht dafür sorgen, daß am kommenden Mittwoch um 5½ Uhr die Veranstaltung in der Margaretenschule besser besucht wird, dann werden wir diese Schule wieder aufgeben und lieber eine zweite Schule in der Westendgegend hinzunehmen.

Für die Margaretenschule gibt es von 5 Uhr ab die 20-Pfg.-Eintrittskarten am Eingang in den Zeichensaal.

Religion des Sozialismus.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses sprach im Auftrage des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft Herr Dr. Hoffmann über „Religion des Sozialismus". In den Mittelpunkt seiner von warmem Pathos getragenen Rede stellte er das Prinzip der Einheit der Persönlichkeit in der Gesamtheit, die allein zu wahrer Freiheit führen könne. Der Weg zu dieser Freiheit ist Kampf, und zwar Kampf im Innern wie Kampf nach Außen.

Damit ein jeder ein positives Ganzes in der Allgemeinheit sein könne, müsse er zunächst wirtschaftlich frei sein. Die Voraussetzung für eine solche wirtschaftliche Freiheit sei die Sozialisierung, die wirtschaftlich egoistische Triebe immer mehr unmöglich mache. Der Mensch müsse ferner geistig frei sein, er dürfe nicht verkümmern in ihm fremdem Tun. Zu der wirtschaftlichen und geistigen Freiheit müsse seelische Freiheit hinzukommen, die das frohe Genießen alles Schönen, was Natur, Kunst, Familie bietet, ermögliche. — Wir brauchen ein wahrhaft natürliches, religiöses Erleben, das nur möglich ist in einer harmonisch ausgeglichenen Welt. Die Welt von heute steht unter dem Bann des Egoismus. Daher sei eine Umstellung des heutigen Lebens nötig, um zu einer Welt der Natürlichkeit zu kommen. Natürlich muß die Justiz werden, d. h. Richter, die aus dem Volke hervorgegangen sind, müssen nach dem gesunden Sinn des Volkes richten. Ebenso sei eine Umgestaltung der Verwaltung, für die die organisatorischen Kräfte, die unten im Volke schlummern, nutzbar gemacht werden müßten und eine Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens notwendig. Die Natur will die Heraushebung der Einzelpersönlichkeit, doch in dem Sinn, daß die Persönlichkeit um ihrer selbst willen gepflegt werde; nicht der Besitz soll beglücken, sondern das Glück muß in uns selbst liegen. Wir brauchen eine proletarische Naturreligion, in der das Gefühl nicht durch dogmatische Fesseln eingeengt wird: „Das ganze Leben muß zur Religion werden durch tätiges Schaffen für die Menschheit". Dies ist eine Religion, die Herz und Hirn befriedigt. Ihr Ziel ist die Freiheit aller Menschenbrüder. Unschätzbar ist das Erleben in dem Kampf um das Bruderium, auch im äußeren, politischen und gewerkschaftlichen Kampf. Dort kann sich wahre proletarische Treue bewähren. Nicht zu unterschätzen ist der Wert der Organisation, die richtig aufgefaßt, einen Kämpferbund für Freiheit und Brüderlichkeit darstellt.

Die rege Beteiligung an der sich an den Vortrag anschließenden Debatte bewies, daß die Arbeiterschaft an solchen Fragen aufs lebhafteste interessiert ist und neben dem äußeren Kampf die inneren, tiefen Werte des Sozialismus erkennt.

Der verwegene Kassenraub im Eisenbahnwerkstättenamt.

Eine unerwartete Wendung.

Bei der Zeugenvernehmung am Sonnabend meldete sich mittags gegen 2 Uhr Amtsgerichtsrat Schmidt aus Gottesberg bei dem Staatsanwalt. Er ersuchte um Vernehmung als Zeuge, da er wichtige Angaben zu machen habe. Bei seiner sofortigen Vernehmung machte nun Amtsgerichtsrat Schmidt die Angabe, daß im Gerichtsgefängnis in Gottesberg eine Anzahl Untersuchungsgefangener sitze, die der Brandstiftung und des Mordes beschuldigt sind. Einer der Gefangenen hatte nun bei seiner Vernehmung gestanden, daß er, in Gemeinschaft mit den anderen, auch den Kassenraub im Eisenbahn- und Werkstättenamt in Breslau ausgeführt habe. Nach der Vernehmung des Amtsgerichtsrats Schmidt, vertagte das Gericht die Verhandlung, um nach dieser Richtung hin, Ermittelungen anzustellen. Da nun kein dringender Verdacht für die Täterschaft für die Angeklagten mehr vorliegt, beschloß das Gericht, die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Unter den Untersuchungsgefangenen in Gottesberg befindet sich auch ein Mann namens Wilhelm König.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche

Donnerstag, den 2. Februar, von ½4—½5 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* **Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion** hält Dienstag, abends 8 Uhr, ihre Sitzung im Gewerkschaftshause ab.

* **Zu den Entlassungen in den Vereinigten Theatern.** Von Frl. Hertha Nordheim erhalten wir folgende Zuschrift: Im Anschluß an die Notiz, daß ich von der Direktion Barnay entlassen sei, gestatte ich mir, Ihnen höflichst mitzuteilen, daß ich infolge andauernder unfachgemäßer Beschäftigung vor 8 Tagen bereits schriftlich um meine Entlassung gebeten habe. Wegen meines angeblichen Kontraktbruches werde ich beim Schiedsgericht vorstellig werden.

Direktor Barnay und das Stadttheater. Der Direktor der Vereinigten Theater, Herr Paul Barnay, bittet uns, festzustellen, daß die Nachricht, er hätte sich um die Pacht des Stadttheaters in Breslau beworben, nicht zutrifft.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Vereinigte Theater. Am Montag abend wird „Maria Stuart" gespielt; in der Titelrolle gastiert Fräulein Charlotte Pils auf Anstellung, ferner wird in dieser Aufführung der Mortimer zum ersten Male von Rudolf Renfer, der Dawison von Herbert Böhme dargestellt.

Für das Thalia-Theater wird als nächste Neuheit die überall mit ungemeinem Erfolg aufgenommene Familienkomödie „Doktor Stieglitz", in einer Inszenierung von Wilhelm Lichtenberg vorbereitet. Kunstgemeinde im Lobe-Theater. (Serienfolge siehe Inserat.)

Ball der Presse. Der „Ball der Presse" am kommenden Dienstag ist völlig ausverkauft; es gelangen am Montag zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags nur noch die vorbestellten, bisher noch nicht abgeholten Karten zur Ausgabe. Da zum „Ball der Presse" nur geladene Gäste Zutritt haben, ist der Eintritt ohne Karten nicht möglich; sich am Festabend ohne Karte um Eintritt zu bemühen, ist daher zwecklos. Eine sogenannte Abendkasse findet nicht statt. Das Etablissement „Rappenhof" ist am Balltage für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Firma [illegible] bereitet durch diesen Zug [illegible] dem dankbaren Kreise von Breslauer Freunden [illegible] Nach spielt das erfolgreiche Januar-Programm aber nur [illegible] Morgen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Groß-Mossburn. Elternversammlung. Eine sehr große Anzahl Eltern unserer Gemeinde hatten sich, einer Einladung des Elternbeirats der evangelischen Schule folgend, am Donnerstag den 26. Januar, im Schreierschen Lokal versammelt, um über die Zukunft unserer Schule zu beraten. Es waren zwei Vorträge über den Nutzen der verschiedenen Systeme angekündigt worden. Als erster Redner kam der Pastor Dr. Haak von der Pauluskirche in Breslau zum Worte. Er schilderte in einem einstündigen Vortrage seine Weltanschauung und ihre Nutzanwendung auf die Schule. Seine Ausführungen, welche den Beifall der Anwesenden nicht zu finden scheinen, gipfelten in der Aufforderung, alle Anwesenden möchten in einen zu gründenden Elternbund mit dem Ziele, eine reine Bekenntnisschule zu verlangen, eintreten. Dann kam der Lehrer Genosse Kaufmann, Breslau zum Worte. Schon am Anfange seines gut durchdachten Vortrages ging der wirkliche Freund und genaue Kenner der Volksschule hervor. Seine Ausführungen, die im klaren Bekenntnis zur weltlichen Schule gipfelten, waren denn auch allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Um aber unter den gegenwärtigen Umständen für die Schule am Orte einen Fortschritt zu erreichen, schlug er vor, dieselbe in eine Simultanschule umzuwandeln, um auch den Freunden der Bekenntnisschule gerecht zu werden. Außer dem Ortsgeistlichen, der in nicht sehr geschickter Weise für die Religionsschule sprach, fand sich kein einziger für eine solche. Die Lehrer traten warm für eine voll ausgebaute Simultanschule ein und auch der Gemeindevorsteher empfahl sie aus finanziellen Gründen. Eine darauf folgende Auseinandersetzung zwischen den Geistlichen und einzelnen Rednern über das Wesen der Religion bestärkte die Versammlung noch mehr in ihrem Wunsche, festzuhalten an der Simultanschule. Die Herren Pastoren dürften die Ueberzeugung mit nach Hause genommen haben, daß in unserem Dorfe kein Boden für ihre Bestrebungen ist. Hoffen wir, daß sie auch die nötigen Lehren ziehen und uns in Zukunft in Ruhe lassen. Wenn aber nicht, sind wir zur Abwehr bereit und es dürfte sich zeigen, wer den Kürzeren zieht. Wir haben den Kampf nicht zu fürchten.

Aus der Provinz Schlesien.

Die Not der Flüchtlingsbeamten und -Lehrer

Anläßlich der Behandlung einer großen Anfrage betreffend die Verhältnisse Oberschlesiens sollte im Preußischen Landtage die traurige Lage der oberschlesischen Flüchtlingsbeamten und -Lehrer mit zur Beratung kommen. Aus allgemeinen politischen Gesichtspunkten heraus wurde jedoch vom Hause die ganze Angelegenheit bis auf weiteres zurückgestellt. Um nun aber die vielen durchaus berechtigten Klagen der Flüchtlingsbeamten und namentlich der Flüchtlingslehrer zu beheben, kamen alle Parteien des Landtages ausschließlich der Kommunisten dahin überein, im Beisein zuständiger Regierungsvertreter Maßnahmen zu verabreden, um das Los der Flüchtlinge tunlichst zu erleichtern und die Ursachen der Klagen zu beseitigen. Mit der Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion wurde Genosse Abgeordneter Gaertig beauftragt. In einer am 25. Januar abgehaltenen interfraktionellen Konferenz, an der u. a. auch die Regierungsräte Dankwerts und Schwedendieck teilnahmen, wurden im wesentlichen folgende Vereinbarungen getroffen:

Die Rückberufung eines Flüchtlingsbeamten oder -Lehrers in das abgetretene Gebiet kann nur mit seinem Einverständnis erfolgen. Um festzustellen, ob der betreffende Beamte oder Lehrer als „gefährdet" zu gelten hat, sind auch von ihm vorgeschlagene Zeugen zu vernehmen. Grundsätzlich werden Personen- und Sachschäden nach dem jeweiligen Valutastande berechnet. Sind Ersatzansprüche übermäßig lange unberücksichtigt geblieben, dann kann eine Neuaufstellung erfolgen. Neue, ausreichende Vorschüsse werden in Aussicht gestellt, falls die Nachprüfung der angemeldeten Schäden länger auf sich warten läßt. Bei der Vertretung der Flüchtlinge in Fürsorgeämtern werden die Wünsche der Beteiligten weitgehend berücksichtigt werden. Um das entsetzliche Wohnungselend der Flüchtlinge zu mildern, soll auf Inhaber größerer Wohnungen von Seiten der Behörden und mit Hilfe charitativer Organisationen eingewirkt werden, jedoch dürfte eine günstige Regelung dieser Frage an der allgemeinen Wohnungsnot scheitern.

Als letzter und wichtigster Punkt stand zur Besprechung ein gemeinsames Vorgehen aller genannten Landtagsfraktionen bei den Reichstagsfraktionen zwecks Herbeiführung eines Gesetzes, das die übrigen Länder zwingen soll, Flüchtlingsichter anzustellen. Durch den Verlust fast ausschließlich von Katholiken bewohnter Provinzen sind überwiegend katholische Lehrkräfte frei geworden. Preußen ist bei seiner verhältnismäßig geringen Anzahl von katholischen Lehrerstellen nicht in der Lage, über 4000 katholische Flüchtlingslehrer in auch nur entfernt absehbarer Zeit anzustellen und doch wird erst bei den Flüchtlingen dann volle Ruhe und Befriedigung eintreten, wenn sie wieder beruflich tätig sein können. Gütliche Verhandlungen mit den Ländern — Bayern, Württemberg, Baden, Hessen — haben u keinem Ergebnis geführt. Es bleiben nur gesetzliche Maßnahmen übrig. Ein dahingehender Antrag des Abgeordneten Gaertig fand einstimmige Annahme.

Nun erscheint aber die letztgenannte Aktion durch ein geradezu unverständliches Vorgehen des deutschnationalen Abgeordneten Herrn Lukassowitz stark gefährdet. Aus rein parteiagitatorischen Gründen hat genannter Herr die in der Besprechung vom 25. Januar gewonnenen Ergebnisse schnell in einer Kleinen Anfrage zusammengestellt, um wohl aller Welt zu zeigen: Nur die Deutschnationalen wollen die Not der Flüchtlingslehrer und Beamten beseitigen. Bei allen Parteien hat diese Handlungsweise starke Entrüstung hervorgerufen. Die Leidtragenden können unter Umstande die Flüchtlinge sein; zum mindesten ist die schnelle Einbringung des oben kurz skizzierten Gesetzes in Frage gestellt.

Es zeigt sich doch immer wieder: Ein ernstes, erfolgversprechendes Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen ist nur möglich. Worte und Gesten, Versprechungen und Verdächtigungen sind ihre stärkere Seite.

Eingemeindungsfragen.

Einem Wunsche des Verbandes der preußischen Landkreise entsprechend, hatte der Vorsitzende des Gemeindeausschusses des Preußischen Landtages am 25. d. Mts., abends, im Festsaal des Abgeordnetenhauses eine allgemeine Besprechung über Eingemeindungsfragen anberaumt.

Zu dieser Besprechung waren außer den Mitgliedern des Gemeindeausschusses und des Verbandes der Landkreise sämtliche Abgeordnete des Landtages, die Staatsregierung und der Städtetag eingeladen. Den Vertretern der Landkreise war hier Gelegenheit geboten, im Anschluß an die Erörterung eines konkreten gegenwärtig schwebenden Eingemeindungsplanes die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen der Landkreise für die Praxis der Eingemeindung von kreisangehörigen Gemeinden in benachbarte Stadtkreise und für eine Neuregelung des gesetzlichen „Eingemeindungsrechtes" vorzutragen. Im Laufe der nach mannigfachster Richtung anregenden Aussprache wurde von dem Landkreisvertreter gefordert, daß die Landkreise als den Stadtkreisen völlig gleichberechtigt von vornherein an den Eingemeindungsverhandlungen beteiligt, daß ihre Verhältnisse in derselben Weise wie die der eingemeindenden Stadtkreise geprüft und gegen Leistungsunfähigkeit und Zerstückelung geschützt werden.

Diese Forderungen wollen die Landkreise bei der bevorstehenden Reform der preußischen Gemeinde-Verfassungsgesetze berücksichtigt sehen. Sie hoffen, daß ihnen auch schon vorher von der Staatsregierung und dem Parlament bei schwebenden Eingemeindungsfällen Rechnung getragen wird.

Liegnitz. Eisenbahnunglück. Dienstag nacht 1 Uhr 54 Minuten überfuhr der Güterzug 5024 das „Halt" zeigende Einfahrsignal auf Bahnhof Oberleschen und fuhr auf den am Bahnhof stehenden Güterzug 5664 auf, wobei etwa zehn Wagen entgleisten und einige zertrümmert wurden. Zwei Zugbeamte sind leicht verletzt. Der Zugverkehr ist nicht gestört. — Tödlich abgestürzt ist in einem hiesigen Lichtspieltheater die Platzanweiserin, eine Witwe Hüttner. Die Frau fiel über die Brüstung des Balkons in die Stuhlreihen so unglücklich herab, daß der Tod sofort eintrat.

Beim Nachfüllen von MAGGI's Würze

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden.

In den meisten Fällen Schmerzloses Zahnziehen! R. Barthelt, Poststr. 1 Ecke Ohlauerstraße 10054

Frauen erlangen sofort bei krankhaften Störungen und Unregelmäßigkeiten meine altbewährten Präparate Preis 25.— und 32.— Mk. Viele freiwillige Dankschreiben. Ferner: 10059 Gummiwaren jeder Art, Spülspritzen, Irrigatoren, Leib- und Monats-Binden. Katalog gegen 2.— Mk. Frau A. Gebauer Breslau 6 V, Dessauerstr. 1, II. Ecke Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Anzüge Große Auswahl Leo Nathan Neue Schweidnitzerstr. 6

Bis 50% Kochgasersparnis erzielt man beim Gebrauch der 11356 Gehl-Kochgas-Spardüse Vom Sachverständigen u. von der Presse glänzend begutachtend u. empfohlen! Abertausende von prima Privatreferenzen! Patente in sämtlichen Kulturstaaten der Welt angemeldet. Alles staunt über die hervorragenden Eigenschaften der Gehl-Kochgas-Spardüse Der größte Millionenschlager auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1921 An jeden Gasherde anzubringen, ob neu oder alt! Kein Zurückschlagen der Flamme! — Kein rußen! Die „Gehl-Kochgas-Spardüse" ist eine Erfindung von volkswirtschaftlicher Bedeutung! In kurzer Zeit über 4 000 000 Stück verkauft.

Sozialdemokratie u. Kirchentum Preis 45 Pfg. — auswärts 10 Pfg. Porto Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

All-n denen, welche an Husten, Hals, Brust, Lungen leiden, kann Obermeyer's Medizinalkräuter bestens empf. werden. J. Hackert, Steinau Zur Nachbehdlg. Herba-Creme bes. zu empf. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien. 5108

Frauen-Artikel Spülspritzen Irrigatoren 16063 Leib- und Monatsbinden Gummiwaren für Damen und Herren. Katalog kostenlos gegen 50 Pfg.-Marke. Fr. Barthel Breslau 7, V. Sadowastr. 67

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 4 mal monatlich. — Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Canth
Lebensm., Glas-, Porzellanwaren
Kogel, Viktor, Ring 34

Cawallen
Gastwirtschaft
J. Siegesfäule Inh. R. Kuche
Besitzer-Seal Garten-Etabl.

Dyhernfurt
Kolonialwaren, Decl., Fruchtw.
Meinow, Ferd., Telephon 23
Uhren, Goldwaren
Fichtner, Oskar, Nr. 30

H.-Haze, Stabsoffiz, Reisen, Gelegenheitskäufe
Arbeiter-Bekleidung, Schuhwaren
Brauer, Kaufhaus Breslauerstr. 19
Bäckereien
Friedrich, B., Breslauerstr. 12
Gunther, Carl, Stabelwitz
Lund Josef, Krampitzerstr. 23
Eisen- und Stahlwaren
Kuhr, Paul, Breslauerstr. 27
Fahrräder, Nähmasch., Installation
Lux, Friedrich, Breslauerstraße 4.
Gastwirtschaften
Kaschke, Otto, Deutsch-Otto
Hiller, Hermann, Inh. H. Hiller
„Kaiserkrone" Besitzer: J. B. Tenner
Jeden Sonntag Tanz

Salbenwarenfabrik Müller, C., G., Breslauerstr.
Kolonialwaren
Hellwig, F., Breslauerstr. 23
Kracker, R., Breslauerstr. 37
Witt, Carl, Kirchstraße 2.
Uhren, Goldwaren
Herrmann, R., Breslauerstr. 35
Otto, Oskar, Breslauerstraße 31
Wall-, Woll-, Kurz-, Spielwaren
Willsch, B., Kirchstraße 2

Frankenstein i. Schl.
Herren- und Knabenkleiderfabrik Spez.: Anfertigung nach Mal
Schneider, Alfred Ring 13
Kolonialwaren, Weine, Liköre, Schokoladen
L. Seibt, Inhaber: H. Seibt
Kunstleder-, Wollwar., Modewar.
H. Königer, Ring
Schreibmaschinen, Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen
Klar, Carl, Ring-Ecke
Schuhmacherbedarf
Rosenberg, Ludwig, Ring
Tapeten, Kurz-, Woll-, Wollwar.
Siegert, O., Inhab. A. Rosicke
Uhren, Goldw., Optik, Reparat.
Klar, Carl, Ring-Ecke

Glatz
Fleischerei u. dem Schlachtgewerbe
Hauser, G., Bleiche 1
Herrengarderob. u. Kaufhaus
Klein, Jul., Klitzi. Nr. 2
Kaufhaus
G. Glücksmann
Lederwaren, Kur- und Wollwaren

Erscheint 4 mal monatlich.

Eisenwaren, Werkzeuge, Kinderwag.
Gebrüder Böhm, Schmiedestr. 8
Leder, Paul Blücherstraße 51
Kurzw. jeder Art. Spez.: Nähseide
Spezialh. f. Nähmaschinen, Fahrräder, Reparaturen
Besuch, Th., Mühlstraße 6
Spezialgeschäft für Bandagisten, Orthopäden und Instrumente
J. Reichmann jun., Ring
Spezialh. f. Handschuhe, Herrenartikel, Bandagen
Rose, Alfred, Sandstraße
Spezialhaus für Bürsten-, Galanterie-, Kurzwaren
Laldenitt, J., Brückenberg Nr. 1
Uhren, Goldw., Reparat.
Hampel, Franz, Schmiedebergerstr. 8

Grottkau
Gastwirtschaft
Jones, Konzert u. Fremdenzimmer
Herrmannsdorf
Bäckerei
Kipper, Fritz, Kunstdenkmäler
Beil, Gottfried
Herrnprotsch
Fleischerei
Fischer, Emil
Gastwirtschaften
„Deutsches Haus", Inh. A. Gaertner
Konditorei und Fleischerei
Gerl, Magdalene
Gemischtwaren
Klatte, Hermann

Hundsfeld
Bäckerei u. Konditorei
Kogel, Julius, Breslauerstr. 17
Fleischerei u. Wurstfabrik
Bartsch, Adolph, Nr. 3
Sanft, Fritz, Trebnitzer Str. 17
Gastwirtschaften
Matzwald, G., Trebnitzer Str. 21
Gemischtwaren
Kupke's Nfl., Oder Str. 4
Kolonialwaren
Seifert, Fritz, Sarau
Wenke, Rud. vormals R. Sperlich
Restaurationen
Bauer Hugo, Inh. G. Mengel, Sarauer Weg
Kaffeehaus Garten
Garten-Etabl. Inh. P. Scholz
Wasch- u. Badesalon
Jeden Sonntag Tanzkränzchen
Koberwitz
Bäckereien
Langer, Magdalene
Bäckerei, Kolonialwaren
Bätzel, O., Kreitmitz bei Koberwitz
Gemischtwaren
Steinberg, Wilhelm
Lasdehne-Bechern
Bäckerei
Dittrich, Ernst
Putz- und Modewaren
Rodnig, Ernst
Mettsch
Bäckereien
Gerabei, Richard

Kolonialwar., Eisenwar.
Kleden, Fritz
Konfektion, Putz- und Schnittwaren
Neumann, D. Kaufhaus
Margareth
Gastwirtschaften
„Jägerheim", B. Kretschmer
Gastw. „Zum Stern" Inh. Kretschmer
Maria-Höfchen
Gastwirtschaften
Müller's Gasthaus
Jeden Sonntag: Tanz.
Gemischtwaren
Tige, Julius
Kl.-Mochbern
Gastwirtschaften
Ullrich's Gasthaus
Jeden Sonntag: Tanz.
Nonnmarkt
Fahrradhandlung, Schlosserei
Reinwald, Gustav
Fahrräder u. Nähmaschinen
Gemischtwaren, Julius Breslauerstraße 8
Leder- und Bandagen
Sorg, Max Breslauerstraße 20 Telephon 100
Schuhwaren, Schuhreparat.
Seifermann, Walter, Ring 65

Neukirch
Fleischereien
Geisler, R.
Gastwirtschaften
Gastwirtsch. „Zur Eisenbahn"
„Waidmannsruh"
„Deutsches Haus"
Gemischtwaren
Fritsch, Anna
Schreiber, Reinhold
Kolonialwaren
Fischer, Herm., Inhaber: Fr. Gusinde.
Obernigk
Gastwirtschaften
„Germania", Villenstraße 24
Oppeln
Eisenwaren, Werkzeuge
A. J. Berg, vorm. Friedmann, Karlstr. 15
Spezialhaus für Korbwaren und Kinderwagen
Schreier, Anton Carlstr. 9
Polizei-Zentralrat
Kurz-, Woll-, Wollwar., Bettwäsche
Klinzert, Schwig, Gnadenfeld
Uhren, Goldwaren, Optik
Bartels, Julius, Gnadenfeld
Bäckerei u. Mech.-Betrieb
Bäckerei
Klinzle, Paul, Nr. 22

Gastwirtschaften
J. Waldesgrund, Inh. Richter
Reichenbach
Klempnerei, Installation
Krause, Adolf, Trenkstr. 6
Mode-Bazar
Danziger, Ludw., Ring Tel. 328
Modewaren, Damenbekleidung, Pelzwaren, Wäsche
Rothsürben
Bäckerei
Igel, Reinhold
Gemischtwaren
Elsner, Paul, Nr. 58
Saal- u. Garten-Etabl.
Deutsches Haus, Gasthof
Schmolz
Bäckerei- und Gemischtwaren
Eltner, Paul
Gastwirtschaft
Kabitz, Otto
Kolonialwaren- u. Schuhhandlung
Ritter, Paul
Steine
Bäckerei
Scheler, Alfred
Gemischtwaren
Baumgert, Max
Zimmermann, Richard
Gastwirtschaft
Paul Grocholl
Steinau a. d. Oder
Bäckerei
Ulbrich, Richard
Fahrräder Nähmaschinen Sprechapparate
Seeger, Carl
Gemischtwaren, Tabakwaren
Kaisergartz, Inh. Schipke

Trachenberg
Destillat. Likörfabr., Kolonialwar.
Rohdeutscher, R. Telephon 56
Eisenhandlung, Baumaterialien, Haus- und Küchengeräte
Berger, Ernst Ring 18
Groß-Destillation
Rißmann, Erich
Kolonialwaren, Zigarren
Tittler, Max, Langestr. 38
Modewarenhaus
Jung, H. Nachflg. Inh. L. Fischel
Modewaren u. Konfektion
Müller, S.
Schuhwaren
Scheguile, Max
Trebnitz
Groß-Destillation
Hiller, W., Langestraße 45
Gastwirtschaften
Konzerthaus, Inh. Kapa
Sitzungslokal Familienlokal
Jeden Sonntag: Elite-Ball
Modewaren, Konfektion
Herzel, R., Langestr. 36
Kurbe, E., Inh.: Reippert
Wohlau
Fruchtsäfte aller Art
Fabrikstadt, Reparaturwerkstatt
Fünig, Bernh., Siegesstr. 20
Zubehör, Garten, Stiftel
Gastwirtschaften
Ehrlich, Karl, Gasthof
Kolonialwaren, Delikatessen, Drogen
Zertel, R. C.

Montag, den 30. Januar 1922 — Einzelnummer 50 Pf. — 33. Jahrgang — Nr. 25

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.30 Mk., auswärts 1.55 Mk. Anzeigen unter Text 3.50 Mk., auswärts 4.— Mk. Familienanzeigen 0.60 Mk. Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und wird durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 2.50 Mk., monatlich 10.80 Mk., vierteljährlich 32.30 Mark.

Was Deutschland bietet und fordert.

Was ist erreicht?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Steuerkompromiß zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, ist zustande gekommen. Die Sozialdemokratie mußte ihm zustimmen, weil das Kabinett Wirth, das Kabinett der versuchten Vertragserfüllung, aus außen- und innerpolitischen Gründen erhalten bleiben muß. Wir mußten auch zustimmen, weil die Unabhängigen uns bei unseren Verbesserungsbestrebungen nicht unterstützten und bis zum vorletzten Tag erklärten, obwohl sie laufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet wurden, sich erst entscheiden zu können, wenn das Ergebnis eines Kompromisses vorliegt. Als es dann einigermaßen greifbar vorlag, und in ihm die Zwangsanleihe in Höhe von einer Goldmilliarde im Mittelpunkt stand, lehnten sie ohne Debatte das Erreichte als ungenügend ab. Es war sehr einfach, die Verantwortung abzulehnen; falsch ist es aber, anzunehmen, daß die Möglichkeit bestanden hätte, einen Steuerkompromiß zu machen, der den Stempel beider sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen trug. Dazu wäre keine bürgerliche Partei bereit gewesen und der Erfolg konnte nur sein, daß das Kabinett Wirth beseitigt und ein rechts gerichtetes an dessen Stelle getreten wäre.

Ein Steuerkompromiß hat seine Schattenseiten, wie über einer Koalitionsregierung eben auch nicht die Sonne allgemeiner Zufriedenheit scheint. Wir geben zu, daß wir weit mehr erreichen wollten, und daß wir, wie das in den meisten wirtschaftlichen Kämpfen der Fall ist, einen Teil der Forderungen streichen mußten. Wir haben seit einem halben Jahre die Erfassung der Sachwerte gefordert.

Wir haben die Forderung aufgeschoben und mußten sie auch nach Ansicht hervorragend tätiger Unabhängiger aufschieben, weil es ein Programm ist, das erst nach sorgfältiger Vermögensprüfung mit gesetzlicher Kraft versehen werden kann. Das Reich braucht aber recht schnell große Beträge, denn der innere Etat muß in Ordnung gebracht und der Entente muß noch im Laufe der letzten Woche der Wille gezeigt werden, wie es seine harten Verpflichtungen erfüllen will.

Darum mußten wir nach einfacheren Mitteln Ausschau halten, um zu erreichen, daß den Besitzenden ein weithin sichtbares Opfer auferlegt wird. Wir schlugen daher vor, eine Goldanleihe in der Höhe einer Milliarde aufzulegen und die Verzinsung und Tilgung den Vereinigungen von Industrie, Banken, Handel, Landwirtschaft und den Kapitalbesitzern zu übertragen. Der Antrag scheiterte; nicht zuletzt an der Schwierigkeit schnell die nötigen Garantieorganisationen zu schaffen, und weil in den eigenen Kreisen angenommen wurde, daß die neu geschaffenen Steuerorganisationen politisch gefährliche Machtfaktoren werden können. So kam nach harten Kämpfen eine Verständigung dahin zustande, daß im Etatjahr 1922 eine Zwangsanleihe im Werte einer Goldmilliarde (das sind zurzeit rund 50 Papiermilliarden) aufgelegt werden muß. Die Anleihe wird vorläufig ausgegeben nach der Selbsteinschätzung zum Reichsnotopfer und sie wird endgültig umgelegt, wenn die neue Vermögenssteuereinschätzung zum Abschluß gebracht ist. Der besondere Erfolg besteht darin, daß die Anleihe in den nächsten drei Jahren völlig zinslos bleibt, und daß auch in den späteren Jahren nur ein Zinsfuß von 2 oder 2½ gegeben wird.

Das Reichsfinanzministerium verlangte ursprünglich neben den zahlreichen indirekten Steuern die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Nachkriegsgewinnsteuer und die Körperschaftssteuer, und fand sich später nur noch bereit, vorzuschlagen, daß das zweite Drittel des Reichsnotopfers zur Einhebung gebracht werden soll und zwar stark abgemildert bei allen Vermögen, die weniger als zehn Millionen Mark betragen.

Es ist der Zähigkeit der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken, daß dafür die Zwangsanleihe erreicht worden ist. Der Erfolg wird gewiß dadurch etwas beeinträchtigt, daß die Nachkriegsgewinnsteuer fallen gelassen wurde, aber der Ausfall dürfte sich doch nur auf einige Milliarden Mark belaufen.

Die Vermögenssteuer, die in den nächsten 20 Jahren mit Zuschlägen erhoben werden soll, stellt die Ablösung des Reichsnotopfers dar und dürfte im Gesamtertrag, einschließlich der neuen Zahlungen, die an Reichsnotopfer noch zu leisten sind, erheblich über das Reichsnotopfer kommen. Es ist in den Verhandlungen leider nicht gelungen, den Höchstzuschlag von 300 Prozent festzusetzen. Eine geschlossene bürgerliche Mehrheit hat es hier bei den Beschlüssen des Reichsrats nämlich 200 Proz., belassen. Dagegen ist in den Verhandlungen erreicht, daß der stark abgemilderte Tarif des Ausschusses durch einen günstigeren, auf mittlerer Linie, ersetzt worden ist. Leider mußten wir auch in der Forderung auf Zugrundelegung des Gemeinwertes bei der Vermögensermittelung nachgeben. Zur Zeit gilt der Ertragswert als Maßstab für die Vermögensfeststellung.

Aber keine bürgerliche Partei war bereit, unsere Forderungen zu akzeptieren und deshalb mußten wir uns damit abfinden, daß in Zukunft der nachhaltige Ertragswert, bei dem die Erträge der letzten drei Jahre mit zu berücksichtigen sind, im Gesetz aufgenommen wird. Da die Vermögenseinschätzung alle drei Jahre zu erfolgen hat und die Steuereinschätzungsausschüsse dahin streben werden, die Einkommen und Erträge der Landwirtschaft usw. schärfer zu erfassen, ergibt sich von selbst, daß die Vermögen und damit auch die Vermögenssteuern in die Höhe gehen.

Bei der Vermögenszuwachssteuer, die ein Ergebnis erst im Jahre 1926 zeitigen kann, hatte auch der Ausschuß den Tarif stark gemildert. Die Milderung ist aber in den Verhandlungen fast wieder beseitigt.

Die Körperschaftssteuer, die bisher 10 v. H. betrug, beträgt nunmehr 20 vom Gesamtgewinn und 15 v. H. des verteilten Reingewinns.

Ein stark umstrittenes Streitobjekt war die Umsatzsteuer. Die sozialdemokratische Fraktion bestand mit Nachdruck darauf, daß die Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bei der Warenvermittlung durch die Genossenschaften ein Besitzwechsel überhaupt nicht erfolgt. Der Ausschuß hat ja auch mit großer Mehrheit einen dahingehenden Antrag angenommen. Die Regierung und alle bürgerlichen Parteien bestanden aber darauf, daß die Befreiung der Genossenschaften wieder aufgehoben wird. Die Regierung verlangte weiter mit Rücksicht darauf, daß in Frankreich eine Umsatzsteuer von 2,2 Prozent beschlossen werden soll, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf mindestens 2¼ Prozent, und daß auch die Kohlensteuer von 30 auf 40 vom Hundert erhöht wird.

In den Verhandlungen mußte von uns die Absicht, die Befreiung der Genossenschaften zu erzielen, aufgegeben werden. Das Kompromiß dürfte daran nicht scheitern. Die Vereinbarung geht nun dahin, die Umsatzsteuer nur auf 2 Prozent zu erhöhen und daß die Kohlensteuer auf 40 v. H. erhöht wird.

Die Zuckersteuer, die in Rücksicht auf die starke Belastung des Zuckers in Frankreich auf 100 Mark pro Doppelzentner erhöht werden sollte, ist auf unser Verlangen hin auf 50 Mark pro Doppelzentner festgesetzt worden.

Entgegen dem ursprünglichen Verlangen der Regierung sind an den Steuern für Zigaretten und Tabak und an den Zollsätzen für Kaffee, Kakao und Tee noch erhebliche Abstriche gemacht worden.

Alles in allem genommen, darf von dem Steuerkompromiß gesagt werden, daß es eine günstige Wirkung auf den Wert der deutschen Mark ausüben muß, und daß dadurch gerade die arbeitenden Schichten den Vorteil haben müssen, indem sie nicht noch schärfer unter einer gewaltigen Preissteigerung zu leiden haben. Freilich kann das erst dann der Fall sein, wenn die neuen beträchtlichen Steuern sich volkswirtschaftlich ausgewirkt haben. Viel bedeutender aber dürfte die Wirkung in außenpolitischer Beziehung sein, denn die Entente und die ganze Welt darf sich der Ansicht nicht verschließen, daß hier die ernsteste Absicht gezeigt worden ist, sowohl die inneren Bedürfnisse als die äußeren Anforderungen nach Möglichkeit auszugleichen.

Amerika und Genua.

Ein offizieller Beschluß der amerikanischen Regierung über die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Genua-Konferenz liegt, wie jetzt bekannt wird, noch nicht vor. Das Washingtoner Staatsdepartement hat lediglich die Nachricht dementieren lassen, daß der amerikanische Botschafter in London, Harvey, den Standpunkt der amerikanischen Regierung in dieser Frage mitteilen würde.

Die deutsche Note an die Reparationskommission.

Berlin, 28. Januar. Die heute dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 13. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Fälligkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen vorläufigen Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien, b) ein vollständiges Programm für Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt. Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I. Reform des Haushalts und des Notenumlaufs.

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, welche dem deutschen Volk schwerste Opfer auferlegt, ist, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Einnahmen aufs äußerste gesteigert und die Ausgaben auf das stärkste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit als möglich durch Anleihen gedeckt werden.

1. Vermehrung der Einnahmen.

Das Aufkommen aus den Quellen der Besitzbesteuerung wird durch Ausbau des Steuersystems in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuern, Kapitalverkehrssteuern und Körperschaftssteuern) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfange die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des Einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauches verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1½ auf 2 Prozent und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 auf 40 Prozent erhöht werden soll, sind Produktion und Verbrauch in stärkstem Maße vorbelastet. In den zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwürfen sind wichtige Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der deutsche Verbrauch in Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Belastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist. Die Durchführung der Steuergesetze ist jetzt gesichert. Die notwendige Umstellung der einzelnen staatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. In weitem Umfange werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden Veranlagung und Erhebung der Steuern immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererklärungen herangerückt. Gegen Kapital und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das Bankgeheimnis durch Gesetz aufgehoben. Der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörde überwacht. Die durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtshilfeabkommen zu erfassen. Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage 1 erläutert. Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhungen gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt gesteigert: Im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15- bis 19fache, im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 27fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen. Die Zuschüsse für die Lebensmittel-Verbilligung werden nach einem besonderen Plane im Laufe des Rechnungsjahres 1922 beseitigt. Sie betrugen im Rechnungsjahre 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zweck vom 15. Februar 1922 ab weiter um 75 Prozent erhöht. Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gesunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf 3 Milliarden Papiermark herabgesetzt. Bei den Verwaltungen der Post und der Eisenbahn sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so daß vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebseinnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp als möglich bemessen. Sie betragen nur ein Drittel Prozent des Anlagewertes, während in der Vorkriegszeit 8 Prozent dafür aufgewandt werden mußten. Ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften die sparsame Aufstellung und genaue Einhaltung der Haushaltspläne. Auf diese

Weiter bringt der Haushaltsplan des Reiches für 1922 zur Deckung der Ausgaben für die allgemeinen Zwecke des Friedensvertrages und die Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 16½ Milliarden Papiermark. 103,2 Milliarden in ordentlichen Einnahmen stehen 86,7 Milliarden in laufenden Ausgaben gegenüber.

3. Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs.

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auflegung einer inneren Anleihe versuchen. Die Ende 1919 aufgelegte Sparprämienanleihe hat dem Reiche trotz Ausstattung mit den mannigfachsten Vorteilen nur 1,3 Milliarden Bargeld zugeführt. Sie muß also als Mißerfolg betrachtet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird erst dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wiederhergestellt ist und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer fundierten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auflegung einer Zwangsanleihe schreiten, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können.

Dem Bedenken, daß die alliierten Regierungen wegen der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichskanzler hegen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zurzeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichskanzlers zu Eingriffen in die Geschäftsleitung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird. Ueber die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, ergeben die weiteren Anlagen dieser Note den erforderlichen Aufschluß. Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß für die Einschränkung der schwebenden Schuld und die Stillegung der Notenpresse alles geschieht, was von der deutschen Regierung billigerweise erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblich gewesenen Weise veröffentlicht werden.

II. Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922.

Die vorstehend dargelegte Reform des Reichshaushalts gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen. Die Einnahmen des Reiches bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit welchem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark die Reparationszahlungen in Goldmark nicht geleistet werden können. Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Kraftanstrengung zurzeit unmöglich machen, die gesagten Reparationsleistungen aufzubringe. In der Hauptsache sind dafür folgende Faktoren bestimmend: Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohlen nur noch wenig. Die Produktivität, insbesondere in der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich je 2½ Milliarden Goldmark. Der Wert der Ausfuhr ist von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark gefallen. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktspreise eine Verminderung der Ausfuhr auf etwas mehr als den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege. Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund zwei Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine anhaltende Festigung der Mark nicht möglich. Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Markkurses. Gleichzeitig entwertet sie alle inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für eine längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922,

von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien.

Die deutsche Regierung verschließt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß. Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Cannes für die Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen wurden: 720 Millionen Goldmark an Barzahlungen und bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen. Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum großen Teil nur durch Erhöhung der schwebenden Schuld beschafft werden können, und daß sie mit Rücksicht hierauf bitten muß, die deutschen Barzahlungen nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Beträge festzusetzen. Gleichviel wie die Festsetzung der Reparationsleistung für das Jahr 1922 erfolgen mag, schlägt die deutsche Regierung auf Grund der Vorbesprechungen folgendes Programm für die Art und Weise der Erfüllung vor:

a) **Auf die festzusetzenden Beträge werden Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fälligkeit vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind und noch bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach noch zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.**

b) **Die in fremder Währung zu erstattenden Besatzungskosten werden auf die Gesamtleistung des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Besatzungskosten werden bedeutend ermäßigt.**

c) **Die übrigen in fremder Währung zu tilgenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere die Lasten auf Grund des Ausgleichsverfahrens, werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.**

Was die Sachleistungen anlangt, gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste wurde das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit den anderen alliierten Regierungen ein Abkommen über die Sachlieferungen abzuschließen. Bei der Bemessung der Sachlieferungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch sie Goldzahlungen erfordern, soweit dazu ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung bittet, daß die Sachleistungen für jedes beteiligte Land getrennt festgesetzt, und daß sie nur insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden können.

III.

Die deutsche Regierung ist der Meinung,

daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage auf längere Zeit Vorsorge zu treffen. Dies sollte schleunigst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder lähmenden Einfluß ausübt. Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Zurzeit aber wird die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen, noch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bestimmungen wirtschaftlich so zu erstarken, daß es als zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist Vorbedingung für die befriedigende Lösung des Problems. Die deutsche Regierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wieder herstellt und eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken möglich macht.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Dr. Wirth.

* * *

Anlagen: 1. Ueberblick über das Steuersystem, Durchführung der Steuergesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht mit Tabellen über die steuerliche Belastung im Vergleich mit England und Frankreich. 2. Uebersicht über den Abschluß des Haushaltsplanes für 1922. 3. Uebersicht über die bei der Post und Eisenbahn durchgeführten und geplanten Reformen. 4. Programm für die Beseitigung der Zuschüsse für eine Verbilligung der Lebensmittel.

Die Aufnahme der Note.

Sonntag mittag 2 Uhr ist die Note der deutschen Regierung dem Präsidenten Dubois in Paris übergeben worden. Nach einer Mitteilung des „Oeuvre" hat der Vorsitzende der Reparationskommission Poincaré gegenüber von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung über die deutschen Vorschläge gesprochen. Dubois soll der Meinung sein, daß eine Entscheidung über die Note dem Obersten Rat überlassen ist, da die Vollmachten der Reparationskommission in diesem Falle zur Herbeiführung eines Beschlusses nicht reichen würden.

Der Reparationsausschuß will bereits heute zu einer Sitzung zusammentreten, um von der Note Kenntnis zu nehmen und den Regierungen Vorschläge zu machen. Eine endgültige Stellungnahme wird nach der „Liberté" heute noch nicht erfolgen. Die wichtigste Frage sei, ob die Regierungen der Alliierten selbst die Entscheidung treffen oder ob sie den Reparationsausschuß damit beauftragen würden.

Der Pariser „Temps" erkennt die aufrichtigen Bemühungen der deutschen Regierung und der Führer der Mehrheitsparteien an, indem er an einzelnen Beispielen zeigt, mit welchen Schwierigkeiten die von Deutschland verlangte Finanzreform verbunden ist. Nur eine große internationale Kreditoperation kann Deutschland helfen. Das habe die deutsche Regierung offenbar erkannt, denn ihre Antwort spreche von einer internationalen Anleihe. U. a. heißt es noch in dem Artikel des „Temps" wörtlich:

„Wer aber würde diese Anleihe zum größten Teil, wenn nicht ganz, bewilligen müssen? Dieselben Länder, die auf den Weltmärkten die Hauptkonkurrenten Deutschlands sind. Hier ist vielleicht die größte aller Schwierigkeiten des Wiedergutmachungsproblems zu suchen. Der wahre Interessenkonflikt besteht nicht zwischen Deutschland und seinen Hauptgläubigern, sondern zwischen Deutschland und seinen evtl. Darlehnsgebern."

Der Reichshaushalt 1922.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922 zugegangen. Der dem Gesetz als Anlage beigefügte Reichshaushaltsplan umfaßt drei Teile, nämlich Allgemeine Reichsverwaltung, Betriebsverwaltung, Ausführung des Friedensvertrages.

Laut § 1 des Entwurfes weist der Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 auf Millionen abgerundet für die allgemeine Reichsverwaltung an Einnahmen und Ausgaben 288 424 000 000 Mark, für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung 18 781 000 000, für die Reichsdruckerei 499 000 000, für die Verwaltung der Reichsbahnen 78 788 000 000, für die Ausführung des Friedensvertrages 187 532 000 000 Mark auf.

Laut § 2 wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben 183 365 000 000 Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen. Zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel ist aus der Hauptkasse ein Betrag bis zu 18 300 000 000 Mark Schatzanweisungen auszugeben und sind zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen.

Laut § 6 darf von den im Reichshaushaltsplan für 1920 vorgesehenen planmäßigen Beamtenstellen im Falle ihres Freiwerdens nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden, bis ein Viertel der da selbst bewilligten Stellen der gleichen Gattung fortgefallen ist. Dies gilt nicht nur für einige Kategorien hoher Staatsbeamten, deren Stellen jedoch nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers wieder besetzt werden dürfen.

Der erste Teil der allgemeinen Reichsverwaltung weist an fortdauernden Ausgaben u. a. folgende Positionen auf: Reichspräsident 2 643 000 Mark, Reichstag 28 887 000 Mark, Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei 4 420 000 Mk., Auswärtiges Amt 734 598 000 Mark, Reichswehrministerium: a) Reichswehrminister 4 483 000 Mark, b) Heerwesen 3 352 000 000 Mark, c) Heeres-Friedenskommission 2 380 000 Mark, d) Marine 835 312 000 Mark, insgesamt für das Reichswehrministerium 4 425 000 000 Mark.

Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert 27 946 000 000 Mark.

Unter den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes werden die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuern, Zölle, und sonstige Abgaben) auf 88 461 000 000 Mark veranschlagt. Unter den Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes findet sich die anfangs erwähnte 165-Milliarden-Anleihe unter dem Titel „Reichsschuld".

Der zweite Teil, die Betriebsverwaltung, weist auf für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 16 325 000 000 Mark. Es ist zu dieser Position ein Gesamtzuschuß des Reiches von 2 406 000 000 Mark erforderlich. Die Reichsdruckerei weist auf an Einnahmen 499 000 000 Mark. Das bedeutet ein Betriebsüberschuß von 3 435 000 Mark. Die Verwaltung der Reichsbahn weist an Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts auf 72 005 000 000 Mark. Zu dieser Position ist ein Gesamtzuschuß des Reichs von 6 782 000 000 Mark erforderlich.

Der dritte Teil, Ausführung des Friedensvertrages, weist im ordentlichen Haushalt in fortdauernden Ausgaben eine Summe von 147 687 000 000 und im außerordentlichen Haushalt eine Ausgabe von 39 244 000 000 Mark auf.

Die polnisch-französischen Verträge.

Warschau, 28. Januar. (Drahtbericht.) Noch vor dem 1. Februar soll der polnische Gesandte in Paris den längst ausgearbeiteten polnisch-französischen Handelsvertrag unterzeichnen. Die Verzögerung ist erfolgt, weil der ursprüngliche Handelsvertrag, der auf dem Kontingentierungssystem in Polen beruhte, nunmehr dem in Polen eingeführten Freihandel angepaßt werden mußte. Nach Unterzeichnung des polnisch-französischen Handelsvertrages werden auch die anderen im vorigen Jahre zwischen Frankreich und Polen abgeschlossenen Verträge in Kraft treten.

Spuren im Schnee.

30] Von Sven Elvestad.

Autorisierte Uebersetzung. (Nachdruck verboten.)

„Punkt 9", sagte der Kapitän. „Doktor Flodin hat gegen Ende November Selbstmord begangen, und Apotheker Frykmann ist am ersten Dezember ermordet worden. Ein toter Mann kann nicht einen Mord begehen".

„Aber Sie müssen doch einräumen, daß der Selbstmord jetzt dramatisch in Szene gesetzt wurde", wandte der Detektiv ein. „Es war gerade, als wolle er die ganze Welt darauf aufmerksam machen, daß jetzt Doktor Flodin in den Tod gehe".

„Allerdings", gab der Kapitän zu. „Aber in solchen Augenblicken denkt man nicht über die Wirkung nach".

„Hat Doktor Flodin vielleicht Mitschuldige gehabt?" fragte der Detektiv plötzlich

„Das weiß man nicht".

„Wie hoch belief sich die Summe, um die er die Bank betrogen hat?"

„Sie ist jetzt auf dreißig- bis vierzigtausend Kronen berechnet worden".

„Für eine so große Summe kann man sich schon Mitschuldige halten", meinte der Detektiv. „Da niemand von uns in jener verhängnisvollen Nacht auf der Fähre von Malmö gewesen ist, so können wir nicht wissen, was wirklich vorging. Ich verlasse mich nie fest auf Zeugenaussagen. Ich verlasse mich nur auf meine eigenen Augen".

Nun lag das ganze Zimmer im Dunkel, und nur die beiden herrschte eine eigentümliche feierliche Stille. Von der Straße herauf ertönte kein einziger Schritt, das Haus war wie ausgestorben, keine Tür knarrte. Kein Schatten zeigte sich auf den Fenstern, die im letzten Schein des sterbenden Wintertages noch matt erglänzten. Nur die Gesichter der beiden Menschen waren in dem gerümmigen dunkeln Zimmer noch undeutlich zu unterscheiden, wie zwei blasse Flecken, die sich vom Dunkel abhoben. Das Gesicht des Kapitäns bewegte sich mit dem Schaukeln des Stuhles auf und ab, während das des Detektivs unbeweglich ruhig blieb, beleuchtet von dem schwachen Tagesschimmer, der noch durchs Fenster hereinfiel.

Da erhob sich der Kapitän.

„Es ist Zeit, die Lampe anzuzünden", sagte er.

Als er eben mit seinen Fingern den Glaszylinder umklammert hielt, und das brennende Streichholz an den Docht führte, ging X. vom Fenster weg und setzte sich in einen der Lehnstühle am Tisch. Der Kapitän sah nicht nach ihm hin, aber der Zylinder fing plötzlich an, klirrend gegen das Milchglas zu schlagen.

„Warum starren Sie mich so an?" fragte der Kapitän.

Der andere gab keine Antwort; er betrachtete unablässig des Kapitäns Handgelenk. Um die hochhängende Lampe anzünden zu können, mußte der Kapitän den Arm so hoch in die Höhe strecken, daß der Aermel bis beinahe an den Ellbogen zurückglitt. Der Kapitän beeilte sich sehr, die Lampe anzuzünden, und im aufflammenden Licht sah er plötzlich auffallend blaß aus.

„Sie haben mich die ganze Zeit über so sonderbar angesehen", bemerkte er.

„Durchaus nicht", erwiderte X. „Ich habe nur gedacht, ich möchte Sie gern etwas fragen."

„Was denn? Fragen Sie nur", sagte der Kapitän.

„Falls ich einmal Doktor Flodin treffen sollte, so möchte ich gern wissen, wie er aussieht, damit ich ihn gleich erkenne", sagte X. „Wie war er denn gekleidet?"

Es entstand eine lange Pause, dann sagte der Kapitän:

„Als ich ihn das letzte Mal sah, hatte er seinen Pelzmantel an. Ich erinnere mich noch ganz genau, der Mantel hatte einen grauen Pelzkragen. Und auf dem Kopf trug er einen hohen Hut mit einem Trauerflor. Seine Schwester war vor kurzer Zeit gestorben."

X. fuhr auf.

„Auf Wiedersehen morgen!" sagte er. „Ich gehe jetzt aus in der Dunkelheit, um noch dem Mörder zu suchen, denn nur in der Dunkelheit kann dieser Mörder gefunden werden."

Sechzehntes Kapitel.

Als der Kapitän am nächsten Morgen erwachte, erstaunte er sehr, da er im Hause Stimmen vernahm. Er setzte sich im Bett auf und horchte. Was gesagt wurde, konnte er nicht verstehen, er hörte nur die Stimmen, und als er endlich den Schlaf vorläufig abgeschüttelt hatte, merkte er, daß die Stimmen aus dem Wohnzimmer kamen.

Zuerst war er sich nicht im Klaren darüber, warum er über diese Stimmen so erstaunt war. Vielleicht deshalb, weil so leise Stimmen in seinem Hause erklangen, aber weil diese Stimmen in Beziehung zu etwas standen, das er ganz kürzlich erst erlebt hatte? Während des Erwachens hatte er das Gefühl, als werde plötzlich eine Decke vor ein Dasein gezogen, in dem er gelebt hatte, von dem ihm nun aber keine Erinnerung mehr geblieben war. Und in diesen Stimmen, die er vernahm, meinte er einen Nachklang aus jenem Dasein zu hören, eine schwache, schwindende Erinnerung, — es war, als glitte ein fremdartiger Traum von ihm weg in immer weitere Ferne, und die letzten Worte, die er in diesem Traume gehört hatte, verschmolzen mit den ersten Worten, die er nun im wachem Zustand hörte. In einem winzigen Bruchteil eines Augenblicks wallte in seinem Unterbewußtsein eine schleierhafte, unbestimmte Erinnerung auf an das, was er in diesem Traume gesehen und gehört hatte, aber im nächsten Augenblick war sie wieder weg und sobald er die Stimmen draußen im Wohnzimmer erkannte, war alles wie verweht. Aber dennoch blieb er zurückgelehnt im Bett sitzen mit weit offenen, ins Leere starrenden Augen und mit dem Gefühl, er sei ganz wo anders gewesen und habe Stimmen von Menschen gehört, an deren Namen und Aussehen er sich jetzt nicht mehr erinnerte. Denn die Stimmen, die er nun hörte, klangen anders; das war ja Maria, die mit dem Detektiv redete.

Er klingelte, und der Glockenton riß die Unterredung draußen jäh ab; es trat Stille ein.

Maria kam mit dem Kaffee ins Zimmer. Sie war heute redseliger als gewöhnlich.

„Das ist ein lebhafter Herr, den der Herr Kapitän da im Hause haben, ein umgänglicher und liebenswürdiger Herr", sagte sie. „Denken Sie nur, er ist schon seit heute morgen um sieben Uhr auf. Er muß ans Frühaufstehen gewöhnt sein."

„Wenn der Herr liebenswürdig gegen Sie gewesen ist, hat er etwas von Ihnen wissen wollen", behauptete der Kapitän, erstaunt über die Mitteilung der Haushälterin. „Hat er Sie irgend etwas gefragt?"

„Nein, nicht gerade; er hat von allerlei geredet."

„So."

„Und er muß ein guter Freund vom Herrn Kapitän sein, denn er spricht sehr freundlich von Ihnen, wirklich herzlich."

„Wirklich?"

„Er sagt, es tue ihm so leid, daß der Herr Kapitän von Schlaflosigkeit geplagt seien, und das meine ich ja auch. Er ist auch der Ansicht, der Herr Kapitän dürften nicht so viel im Stuhl schlafen, sondern sollten lieber abends richtig zu Bett gehen. Ich bin überzeugt, der Herr Kapitän haben heute nacht im Bett gut geschlafen."

Der Reichstag

beschäftigte sich am Sonnabend mit dem

Waggonmangel der Reichseisenbahn.

Genosse Schumann, der für die Sozialdemokratie sprach, wies darauf hin, daß der Rheinisch-Westfälische Zementverband trotz des Waggonmangels seine 360 Waggons mit Zement in das Ausland verschoben hat. Mit aller Entschiedenheit wies er die Beschuldigungen, daß das Personal seine Pflicht nicht erfülle, zurück, zeigte andererseits aber auch an Beispielen, daß die Landwirtschaft zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten beitrage, indem sie ihre Produkte zu einer Zeit verfrachtet, wo eine ausreichende Waggongestellung nicht möglich ist. Nicht auf den Achtstundentag seien die Stockungen zurückzuführen, sondern auf das vergangene System, das während des Krieges durch den Militarismus die Bahnen heruntergewirtschaftet habe. Gerade jene Kreise, die heute Beschwerde über die Eisenbahn erheben, seien es gewesen, die die schwierigen Zustände verursacht haben. Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums teilte dann an Hand statistischen Materials mit, daß die Klagen über Wagengestellung vielfach sehr übertrieben werden. Im April, Mai und Juni sei z. B. bei der Wagengestellung an der Ruhr gar kein Ausfall eingetreten.

In der weiteren Debatte sprach der Reichsverkehrsminister mehrfach, um Beschuldigungen der Rechten wegen zu rücksichtsvollen Vorgehens bei dem sächsischen Eisenbahnerstreik zurückzuweisen. Groener teilte mit, daß sich der Eisenbahnpräsident in Dresden nicht im Rahmen seiner Richtlinien gehalten habe und die Angelegenheit zu milde erledigte.

Angenommen wird eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, den Entschließungen des Reichstages zum Besoldungsgesetz vom 17. Dezember 1920 betr. Aufstellung von Grundsätzen für die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schleunigst Folge zu leisten. Nach 1½stündiger Sitzungsdauer wurde die Tagung bereits beendet, und die nächste Sitzung auf Montag, 2 Uhr, anberaumt.

Aus dem Landtag.

Bevor die zweite Rednerreihe zum Etat zu Wort kam, nahm am Freitag

der Minister des Innern, Genosse **Severing**,

das Wort. Er setzte sich zunächst mit den Deutschnationalen auseinander. Gegenüber der deutschnationalen Behauptung von der Abhängigkeit der Regierung von der Straße, verwies er darauf, daß im alten Preußen die Regierung viel abhängiger von Wirtschaftsorganisationen wie „vom Bund der Landwirte und dem Zentralverband der Industriellen" gewesen sei, als das von irgend einer späteren Zeit behauptet werden könnte. **Der Beamtenvermehrung** wird nach den Mitteilungen des Ministers künftig **Einhalt** geboten werden. Gerade die Deutschnationalen hätten viel unnütze Arbeit und Kosten, so mit kleinen Anfragen, die viel Geld schlucken und zwecklos sind, verursacht. **Die Untergrabung der Disziplin und der Autorität des Staates**, über welche die Deutschnationalen klagen, erfolge durch nichts mehr, als durch die deutschnationale Hetze. Die Disziplin in der Schupo sei heute besser als je zuvor. Wo sie untergraben werde, geschehe das durch Beamte, die ihre Aufgabe im Sinne des Rekrutendrills auffaßten, statt im Sinne der Beamtenerziehung zu wirken. Es sei unglaublich, was in einzelnen Fällen passiere. Er werde solche Art nicht dulden und unnachsichtlich **alle diejenigen Beamten zur Entlassung bringen, die vor versammelter Mannschaft die Beamten menschenunwürdig beschimpfen** usw. Wenn die Beamten als Kamele, Schweinehunde oder mit anderen gar nicht wiederzugebenden Ausdrücken angeekelt werden, dürfe man sich nicht wundern, daß diese Art auf den Verkehr der Beamtenschaft mit dem Publikum zurückwirke, und es könne nicht das Ziel erreicht werden, die Beamten zu Helfern des Publikums zu machen. Die steigende Kriminalität sei nicht eine Hetze sozialdemokratischer Wirtschaft, sondern des Krieges, sie stieg, je länger der Krieg dauerte, und stieg natürlich auch noch nach dem Kriege infolge der durch diesen bewirkten Verrohung. Wilde Streiks seien zu verurteilen, sie seien aber heute nicht mehr so häufig wie vor ein paar Jahren, und hätten stets wirtschaftliche Not als Ursache. Sie seien immer zu bedauern, aber schärfer zu verurteilen seien Wucher und Zurückhaltung von Lebensmitteln. Die Wucherbekämpfung, die Bekämpfung der Schlemmerei durch Polizeimaßnahmen sei gut, aber besser noch die Erfassung des Besitzes durch kräftige Steuern!

Genosse Krüger

stellte fest, daß auch der sanftmütige, deutschnationale Walkraff wesentliche Einwände gegen die Koalitionspolitik nicht gemacht habe. Die Koalition sei ein notwendiges Uebel, das uns nicht hindere, nach größerer, nach alleiniger Macht zu streben; aber

auch, wenn wir eine sozialistische Regierung hätten, könnte keine rein sozialistische Politik getrieben werden,

da wir zu sehr vom Diktat des Auslandes abhängig seien. Deshalb wäre die Taktik der USP. verkehrt, die es immer noch ablehnt, sich an der Regierung zu beteiligen. Noch heute verteidige die „Freiheit" die Politik Wirths rückhaltslos, und sie sei recht froh, daß er nicht gestürzt wurde.

Dallmer (Dntl.) antwortete recht wirkungslos.

Lauscher, vom Zentrum, wandte sich scharf gegen seine Glaubensgenossen auf der Rechten und betonte die Verfolgung und Nichtbeachtung der katholischen Volksteile im alten Preußen. Preußens Verdienste um das Rheinland würden reichlich aufgewogen durch die reichen Mittel, die der Staat aus den katholischen Provinzen gezogen habe. Das Zentrum sei eine feste Stütze des Deutschtums am Rhein:

so lange feindliche Heere dort hausen, denke es nicht an die Trennung der Provinz von Preußen und lehne die Anwendung des § 18 der Reichsverfassung ab.

Der Kommunist **Schlette** glaubte, sich gleichfalls an der SPD. reiben zu dürfen und benutzte zu dieser Gelegenheit ein Zitat aus den „Monatsheften", an dem er nachweisen wollte, daß die SPD. für die Verlängerung der Arbeitszeit eintrete!

Zum Schluß der Sitzung begründete **der Finanzminister** in einer längeren Rede den **Grundsteuergesetzentwurf.**

Die Preußische Grundsteuer.

Hatte schon in der Freitagssitzung des preußischen Landtages der Finanzminister bei der Einbringung der Grundsteuervorlage erklärt, daß er sich alle Einzelheiten des Entwurfes seines Amtsvorgängers Sämisch nicht zu eigen mache, so gilt das in verstärktem Maße für unsere Fraktion. In der Sonnabendsitzung des preußischen Landtages erklärte denn auch Genosse Hauschild, daß wir zwar dem Entwurf grundsätzlich zustimmen, um endlich aus der Defizitwirtschaft herauszukommen, gab dann aber einen kurzen Ueberblick über diejenigen Punkte, wo der Sozialdemokratie eine gründliche Abänderung des Entwurfes notwendig erscheint. Wir fordern vor allen Dingen eine Staffelung der Steuersätze nach sozialen Gesichtspunkten.

Wir fordern weiter Vergünstigungen für die Kleinsiedler und für die Grundstücke, auf denen sich Mietshäuser befinden.

Ferner muß nach unserer Auffassung der Wertbemessung der Grundstücke der gemeine Wert zugrunde gelegt werden. Schließlich verlangen wir Kautelen gegen die Abwälzbarkeit der Steuern auf die Verbraucher. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Abgeordneten Grefe (Ztr.), Dr. Preyer (Dn.), Dr. Leidig (DVP.), Dr. Höpker-Aschhoff (Dem.) erhoben natürlich ein großes Geschrei über die Steuer, die wieder einmal die Produktivität der Wirtschaft nach ihrem Urteil erdrücke. Dagegen vertraten der Unabhängige Wick und der Kommunist Katz die Anschauung, daß diese Steuer im Grunde eine Verbrauchs- und Mietssteuer sei.

Das äußerst schwach besetzte Haus verwies die Vorlage schließlich an einen Ausschuß von 29 Mitgliedern. Das Plenum des Hauses wird erst am 7. Februar wieder zusammentreten, um die Notlage der Gemeinden zu besprechen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der neueste Stand der Besoldungsfrage.

Genosse Th. Kotzur schreibt uns:

Die im Laufe der Zeit in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe bieten dem Leser nur sehr schwer eine allgemeine Uebersicht über den augenblicklichen Stand. Nur zu oft werden die Lohn- und Gehaltsbewegungen und ihre Ergebnisse je nach der politischen Färbung der Presse zu einer Stimmungsmache benutzt. Darunter leidet natürlich die objektive Berichterstattung und so kommt es, daß die der Bewegung fernstehenden Zeitungsleser sich kein klares Bild von dem Stande der Besoldungsverhältnisse des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe machen können. Ja selbst unter den von der Bewegung Betroffenen entsteht dadurch die größte Verwirrung, die sich dann in übereilten Streikbeschlüssen, mindestens aber in einem sogenannten Ultimatum kundgibt. Die in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit übermittelten Streikandrohungen sind dafür der beste Beweis. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, in aller Kürze einmal festzustellen, wie sich die Einkommensverhältnisse augenblicklich gestalten.

Für die Lohnempfänger gelten Lohntarifverträge, die durchweg im Jahre 1921 abgeschlossen wurden und inzwischen ohne besondere Kündigung mehreren Lohnveränderungen unterworfen waren.

Die Beamten erhalten ihre Bezüge auf Grund des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920, das seit dieser Zeit ebenfalls wiederholt geändert wurde.

Das gesamte Personal wird unter Berücksichtigung der örtlichen Wirtschaftsverhältnisse in 5 Ortsklassen eingeteilt mit der Maßgabe, daß für die Beamten in der Ortsklasse E bei dem niedrigsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe I) jährlich 1200 Mark und in der Ortsklasse A bei dem höchsten Grundgehalt (Besoldungsgruppe XIII) 8000 Mark Ortszulage in Betracht kommen. Aus diesen Unterschieden erklärt sich auch das Streben der Beamten der vier untersten Ortsklassen nach Höherstufung. Der mit den Beamtenfragen weniger Vertraute kann sich kaum eine Vorstellung machen von den Kämpfen um das neue Ortsklassengesetz, das am 1. März 1922 die endgültige Fassung erhalten wird. Beamte der Orte, die jetzt noch höher gestuft werden, erhalten dann eine Nachzahlung des Differenzbetrages für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. März 1922, also für rund 2 Jahre.

Eisenbahn und Postverwaltung haben jetzt mit Wirkung ab 1. Oktober 1921 das für die Beamten geltende Ortsklassengesetz auf die unter die Lohntarife fallenden Lohnempfänger übertragen. Damit wird eine wesentliche Beruhigung in den Kreisen der letzteren eintreten, wird doch endlich eine gleichmäßige Behandlung in den einzelnen Orten herbeigeführt. Die Lohnspannung zwischen der höchsten und niedrigsten Ortsklasse für die Lohnempfänger beträgt 1,80 Mark pro Stunde. Die für einzelne teure Orte im Bereiche der Eisenbahnverwaltung festgesetzten Ueberteuerungszuschüsse in Höhe von 1,10 bis 1,40 Mark pro Stunde vergrößern allerdings die Spannung noch ganz erheblich. Trotzdem soll das System der Ueberteuerungszuschüsse bei den am 23. Januar beginnenden Verhandlungen wesentlich ausgebaut und damit eine Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die vielfach bedeutend höheren Löhne der Privatarbeiter erreicht werden. Auch die Frage, welche Lohnempfänger außer den Eisenbahnern Ueberteuerungszuschüsse erhalten sollen und ob das System für die Beamten anwendbar ist, steht mit zur Debatte.

Die eigentlichen Stundenlöhne der Reichsarbeiter sind außer nach Ortsklassen noch nach dem Lebensalter und der Qualität abgestuft. Für männliche Arbeiter kommen 7 Lohngruppen in Betracht, wobei der 18 Jahre alte Arbeiter in Ortsklasse A und Lohngruppe I auf 7,85 Mark, der 24 Jahre alte auf 9,65 Mark, in Lohngruppe VII dagegen der erstere auf 6,65 Mark, der letztere auf 8,45 Mark kommt. Dazu wird eine Kinderzulage von 80 Pfennig pro Stunde und Kind gezahlt. In zahlreichen Eisenbahnwerkstätten erhöht sich der Stundenlohn noch um einen Gedingeverdienst, dessen Höhe sehr verschieden ist. Er schwankt zwischen 10 und 30 Prozent.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß in den genannten Lohnsätzen die Teuerungszulage bereits eingerechnet ist und daß es sich um den neuesten Stand ab 1. Januar 1922 handelt. Nach der Auffassung der Regierung berücksichtigt diese Lohnhöhe schon die im Februar zu erwartende Brotpreissteigerung.

Das Grundgehalt der Beamten beginnt in der Besoldungsgruppe I mit 7500 Mark pro Jahr und steigt in 16 Jahren auf 12 000 Mark. Dazu kommt ein Ortszuschlag von 1200 bis 3200 Mk. im Anfangsgehalt und 1500 bis 4000 Mark im Endgehalt. Zu Grundgehalt und Ortszuschlag gesellt sich ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent für die ersten 10 000 Mark Diensteinkommen und 20 Prozent für den Rest. Je nach der Beamtenqualität bewegen sich Grundgehälter, Orts- bezw. Teuerungszuschläge in 13 Besoldungsgruppen und teilweise als Einzelgehälter in aufsteigender Linie.

Für die Diätare gilt eine Diätenordnung. Die darin enthaltenen, verhältnismäßig niedrigen Diätensätze werden aber durch Ausgleichszulagen in der Weise erhöht, daß ein Diätar im ersten und zweiten Diätariendienstjahr je 95 und im dritten 98 Prozent der Bezüge des planmäßigen Beamten seiner Gruppe erhält.

Schließlich sei noch erwähnt, daß den Beamten Kinderzulagen gewährt werden, die pro Kind bis zum 6. Lebensjahre 2160 Mark, bis zum 14. 2880 Mark und bis zum 21. 3600 jährliches Mehreinkommen ergeben.

Der Reichstag hat soeben den 4. Nachtrag zum Etat für 1921 angenommen und damit die mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vereinbarte Gehaltsverbesserung sanktioniert. Wie schon betont, sind in den vorstehenden Lohn- und Gehaltssätzen die Neuregelungen bereits berücksichtigt, wesentlich ist, daß die Regierung dem Reichstag versprochen hat, sobald wie möglich in eine Erörterung über alle aktuellen Beamtenfragen: Grundgehaltslöhne, gleitende Skala usw. einzutreten. Damit ist die Möglichkeit noch immer offen, endlich zu einer Regelung zu kommen, die den berechtigten Wünschen des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe entspricht.

Wilder Eisenbahnerstreik und Regierungsorgane.

Der „Vorwärts" schreibt:

Der im Hirsch-Dunckerschen Fahrwasser segelnde Allgemeine Eisenbahner-Verband übermittelt uns einen Waschzettel, in dem unter der Ueberschrift: „Förderung wilder Eisenbahnerstreiks durch Regierungsorgane" darüber Beschwerde geführt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband durch die Eisenbahnverwaltung begünstigt wird. Zu dieser Auffassung kommt der Verband durch einen Vorgang, der sich am 23. Januar in der Eisenbahndirektion Breslau abgespielt hat. Der Eisenbahndirektionspräsident hatte die Eisenbahnerorganisationen zu einer Besprechung über die Streikfolgen und zur Feststellung des Begriffes des gewalttätigen Eingriffes in den Betrieb eingeladen. In dem Waschzettel wird nun über den Verlauf der Sitzung gesagt, die Vertreter der anderen Eisenbahnerverbände hätten erklärt, mit Vertretern des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nicht zu verhandeln, weil dieser polizeilichen Schutz für die arbeitswilligen Mitglieder seiner Organisation nachgesucht hatte. Daraufhin habe der Direktionspräsident die Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nach Hause geschickt, indem er ihnen ein Protokoll über die Sitzung und eine spätere persönliche Aussprache in Aussicht stellte. Wörtlich heißt es dann:

„Der Mann also, der während der wilden Streikbewegung seine Pflicht gegenüber der Eisenbahn und gegenüber dem Vaterlande erfüllte, mußte auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung dafür die Sitzung verlassen, und diejenigen, die in unverantwortlicher Weise den wilden Streik propagierten, durften triumphierend zurückbleiben".

Zum Schluß wird die Frage aufgeworfen, ob die Regierung ein derartiges Verhalten ihrer Organe, das geradezu fördernd auf wilde Streiks wirke, billigt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes stellt hierzu fest, daß der geschilderte Vorgang in der Eisenbahndirektion sich wie folgt zugetragen hat:

„Der Eisenbahndirektionspräsident Vogt hatte am 17. Januar an der vom Minister Gröner einberufenen Präsidentenbesprechung in Berlin teilgenommen, die sich mit dem letzten Eisenbahnerstreik beschäftigte, und nach seiner Rückkehr die Organisationsvertreter zu sich geladen, um über den Begriff gewalttätiger Eingriffe in den Betrieb zu verhandeln. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes verlangte nun, daß nur am Streik beteiligte Organisationen zugelassen werden, weil doch nicht gut Arbeitswillige über die Streikenden zu Gericht sitzen könnten. Der Allgemeine Eisenbahnerverband hatte sich am Streik nicht beteiligt, hatte deshalb auch kein Recht, zu verlangen, in dieser Angelegenheit gehört zu werden."

Dazu teilt uns die hiesige Ortsgruppe des „Deutschen Eisenbahner-Verbandes" mit, daß der Vorgang am 23. Januar bei der Eisenbahndirektion Breslau sich genau so abspielte, wie der Zentralvorstand in Berlin dem „Vorwärts" mitteilte. Auch handelt es sich nicht um einen wilden Streik, sondern die Bewegung war vom Zentralvorstand genehmigt und finanziert. Wie korrekt der DEV. handelte, geht daraus hervor, daß Tausende von Mitgliedern des „Allgemeinen Eisenbahnerverbandes" zum DEV. übertraten. Daran ändert nichts die Tatsache, daß Vorstandmitglieder des AEV. im Lande herumreisen und zu retten versuchen, was zu retten ist.

Streikdrohung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Meldungen, daß der Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten bereits heute nach erledigter Vorbereitung zum Ausbruch kommt, entsprechen nicht den Tatsachen. Die Reichsgewerkschaft hat ihren erweiterten Vorstand zum kommenden Mittwoch erneut nach Berlin berufen, wo jedenfalls der endgültige Beschluß, ob Streik oder Nichtstreik, gefaßt werden soll. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen traten am Sonntag zu unverbindlichen Vorbesprechungen zusammen. Ein Beschluß wurde vertagt, bis die Reichsgewerkschaft offiziell zu der Haltung der Regierung Stellung genommen hat. An amtlichen Stellen, vor allem im Reichsverkehrsministerium, gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Streik nicht zum Ausbruch kommt.

Inzwischen hat der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin einen Aufruf an die Eisenbahner seines Bezirkes erlassen, in dem auf die schweren Folgen eines Streikes hingewiesen und u. a. auch auf die Folgen für den Streikenden und seine Familie aufmerksam gemacht wird. Zum Schluß des Aufrufes wird an das Treueverhältnis zum Staate gemahnt und der Bitte Ausdruck gegeben, den Streik abzulehnen.

Vor der Beendigung der Aussperrung im Eulengebirge.

Die unter Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Dr. Fischer-Breslau am Montag, den 16. Januar, vertagten Verhandlungen wurden am Montag, den 23. Januar, im Regierungsgebäude fortgesetzt. Ein hartes Ringen war es, was am Verhandlungstische geführt wurde; denn länger als zwei Tage, am Dienstag bis nach 12 Uhr nachts, wurde verhandelt. Die Arbeitgeber wollten zunächst eine Lohnerhöhung erst ab 15. Februar zugestehen und dann so minimal, daß eine Aussicht auf Einigung aussichtslos erschien; denn sie boten ab 15. Februar Spitzenlohn Männern über 25 Jahre 70 Pfennig und Frauen 50 Pfennig Zuschlag. Gesagt wurde von dem Vertreter der Arbeitgeber, daß sie, die Unternehmer, mit der Lohnaufbesserung im voraus seien, da der Reichsindex für die Teuerung 1921 nur um 64 Prozent gestiegen sei, während die Lohnerhöhungen schon 78,2 Prozent betrügen. Daß nebenbei im Bezirk die höchsten Löhne gezahlt werden, wurde wiederum als Argument vorgeführt. Andere wichtige Fragen nahmen einen breiten Raum ein, z. B. die Fragen der Ueberstundenleistung, der Vorlage der Webereitabelle, Akkordüberverdienste, ja sogar etliche Maßregelungen fehlten nicht. Und wie die Unternehmer mit mehreren Syndizis herausschälten was sie erstreben, nur ein Beispiel. Es wurden oft schriftliche Erklärungen gewechselt. Eine davon hatte u. a. folgende Stelle: „Wenn die Arbeitgeber erneut dem Wunsche nach Erhöhung des Tariflohnes ab 1. Februar Ausdruck verliehen haben, so müssen die Arbeitgeber ein Eingehen darauf als ganz besonderes Entgegenkommen ihrerseits bewerten. Die Gründe für die Auffassung der Arbeitgeber dürften ohne weitere Erklärung klar zu Tage treten. Die Arbeitgeber sind bereit, ab 1. Februar in gewissem Umfange eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Eine ziffernmäßige Bemessung der Erhöhung kann jedoch erst erfolgen, wenn Einigkeit über die ab 15. Februar zu zahlenden Löhne besteht." So ging es Stunde um Stunde, bis in später Nachtstunde eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kam:

ab 1. Februar	1922	männl.	0,50 Mk.,	Ecklohn	= 7,30 Mk.
„ 1. „	1922	weibl.	0,30 „	„	= 6,70 „
„ 15. „	1922	männl.	1,— „	„	= 8,30 „
„ 15. „	1922	weibl.	0,70 „	„	= 7,10 „
„ 1. März	1922	männl.	1,70 „	„	= 9,— „
„ 1. „	1922	weibl.	1,40 „	„	= 7,80 „

Staffelung der anderen Altersklassen entsprechend.

In einer Vertrauensleutesitzung des Bezirks am Mittwoch war man sich schlüssig, daß eine Abstimmung in Mitgliederversammlungen und Betriebsversammlungen erfolgen solle.

Die Löhne der Handwerker sind noch nicht geregelt, da man in Breslau so weit nicht gekommen ist.

Erst wenn die Unternehmer eine Einigung mit den Handwerkern ermöglichen, stehen bei Zustimmung der Ausgesperrten über die obigen Zugeständnisse der Wiederaufnahme der Arbeit nur noch technische Fragen im Wege.

Wir werden nach der Abstimmung weiter berichten.

Aus aller Welt.

Die Ostsee vereist!

Durch den anhaltenden Frost ist die Ostsee-Schiffahrt äußerst gestört. Im Stettiner Hafen hat das Eis bereits eine Stärke von 8 Zoll erreicht. Die Oberschiffahrt ruht völlig, was für die Kohlenversorgung von den bedenklichsten Folgen begleitet ist. Die großen Seegelschiffe können in dem Stettiner Hafen nur mit Hilfe großer Eisbrecher und Schlepper verkehren. Die Ostsee selbst ist von einer kilometerbreiten Eisdecke bedeckt. Zwischen Stralsund und der Insel Rügen hat sich eine Eisbrücke gebildet, so daß der Verkehr bereits mit Schlitten aufgenommen wurde. Der Kieler Dampfer „Senta" ist in der Nähe von Saßnitz im Eise eingeschlossen.

Theaterbrand in Newyork. Einem Newyorker Funkspruch der Montagpost zufolge brach am Sonnabend abend während der Vorstellung im Knickerbocker Theater in Newyork Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und das ganze Theater alsbald in ein Flammenmeer hüllte. Bis Sonntag früh 2½ Uhr waren aus dem Theater 40 Leichen geborgen. Die Zahl der tödlich Verunglückten wird auf 50 bis 100, die der Verletzten auf 100 bis 200 geschätzt.

Todesurteil im Heidelberger Prozeß. Der Schmied Siefert wurde gestern vom Schwurgericht in Heidelberg wegen Raubmordes an den Bürgermeistern Werner und Bulle zweimal zum Tode und wegen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. In der Anklage wegen Raubmordversuches an dem Ingenieur Link erfolgte Freisprechung.

Familiennachrichten

Am 26. Januar, abends 9 Uhr, verstarb nach langem, schweren Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Else Wrzsniovski

im 22. Lebensjahre.

Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Kollegianen und Kollegen der Firma H. Meinecke A.-Ges., Breslau-Carlowitz.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der neuen Leichenhalle in Oswitz statt. 11360

Nach fast 8jährig. ärztlicher Tätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der inneren Medizin und der Kinderheilkunde, zuletzt Univ.-Kinderklinik Breslau (Dir. Prof. Dr. Stolte) u. Städt. Säuglingsheim Breslau (Primärarzt Dr. Freund) habe ich mich als

Spezialarzt für Kinderkrankheiten

niedergelassen. – Sprechstunden: **Montag–Freitag 11–12 Uhr, Sonnabend u. Sonntag 9–10 Uhr** und nach Verabredung. 10358

Ich beteilige mich auch an Kassenpraxis.

Dr. med. H. Falk, Königsplatz 3b

Ecke Friedr.-Wilhelmstr. – Telefon Ring 2011.

Bekanntmachung.

Körperschaftssteuer.

I. Aufforderung zur Anmeldung steuerlich wichtiger Vorgänge.

Die körperschaftssteuerpflichtigen Personenvereinigungen und Zweckvermögen, die im Bezirke des Finanzamts Breslau Stadtkreis den Ort der Leitung oder, wenn der Ort der Leitung im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71 der Reichsabgabenordnung bestellten Vertreter oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, folgende für die Steuerpflicht wichtige Vorgänge jeweils binnen drei Wochen nach ihrem Eintritt dem unterzeichneten Finanzamt anzuzeigen:

1. ihre Gründung, sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben,
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Uebergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere, sowie die Verschmelzung (Fusion) mit einer anderen Gesellschaft,
3. die Verlegung des Ortes der Leitung oder des Sitzes in das Inland, sowie die Verlegung beider in das Ausland,
4. die Beschlußfassung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus anderen Gründen,
5. die Beendigung der Vermögensauseinandersetzung (Liquidation) und die Löschung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

Die Pflicht zur Anzeige trifft die gesetzlichen Vertreter, Vorstände, Geschäftsführer oder, wo solche bei Personenvereinigungen nicht vorhanden sind, die Mitglieder oder Beteiligten (§§ 84, 86 der Reichsabgabenordnung).

Die Unterlassung der Anzeige ist nach § 27 des Körperschaftssteuergesetzes und § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 100 Mark bedroht. Sie kann eine Haftung für den Steuerausfall zur Folge haben (§ 80 der Reichsabgabenordnung).

Körperschaftssteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbautreibende rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige Berggewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe (gewerblicher, kaufmännischer, land- und forstwirtschaftlicher Art), deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),
2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechtes, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen,
4. juristische Personen des öffentlichen Rechtes, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen
5. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckvermögen mit Ausnahme der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebes anzusehen sind.

Liegt der Sitz und der Ort der Leitung im Ausland, so beschränkt sich die Steuerpflicht auf das Einkommen aus inländischem Grundbesitz und aus einem Gewerbebetriebe, für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß sie jeweils nach Ablauf ihres Geschäftsjahrs (Wirtschaftsjahrs) eine Steuererklärung abzugeben haben. Wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu nicht zugeht, ist die Steuererklärung binnen der Frist von drei Monaten nach Ablauf des Tages abzugeben, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluß) von den zuständigen Organen festgestellt worden ist.

II. Vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer.

(Gesetz vom 26. März 1921, Reichsgesetzblatt Seite 342.)

Die Erwerbsgesellschaften zu 1 (Absatz 4 Nr. 1) haben ohne besondere Aufforderung binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz oder des sonstigen Abschlusses durch die zuständigen Organe

zehn v. H.

des Reingewinns als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftssteuer zu entrichten. Die Beträge sind an die Finanzkasse, Breslau-Stadt, Neue Taschenstraße 2, Postscheckkonto Nr. 42 000, abzuführen. Die vorläufige Zahlung wird auf die endgültig festgesetzte Körperschaftssteuer bei der Veranlagung zur Körperschaftssteuer angerechnet. Nicht rechtzeitige Entrichtung hat einen Zuschlag von zwanzig v. H. der endgültig festgesetzten Steuer zur Folge.

Erwerbsgesellschaften, bei denen der Sitz und der Ort der Leitung im Ausland liegt, haben die in den §§ 1, 2 des Gesetzes über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer vom 26. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 342) vorgeschriebenen Zahlungen zu entrichten

bei Einkommen aus inländischem, selbstbewirtschaftetem Grundbesitz von dem Betriebsgewinne (§§ 32, 33a des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes),

bei Einkommen aus sonstigem inländischem Grundbesitz von der Einnahme im Sinne des § 6 Nr. 1, 4, § 31 des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes,

bei Einkommen aus einem Gewerbebetriebe, für den im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird, von dem Gewerbeertrage dieser Betriebsstätte (§§ 33, 33a des Einkommensteuergesetzes, § 9 des Körperschaftssteuergesetzes).

Erwerbsgesellschaften haben auch nach dem Ausscheiden bezüglich der nach Zahlung auf die Körperschaftssteuer von dem Gewinn zu entrichten, der in den nach dem Ausscheiden [illegible] Bilanzen, den Gewinnverteilungsbeschlüssen, ausgewiesen wird.

Finanzamt Breslau-Stadt.

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Hans Heiling.
Dienstag 7 Uhr: Mozartreihe.
Mittwoch 7 Uhr: Die Zauberflöte.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Heute u. tägl. 7½ Uhr:
Die Straßensängerin.
Dienstag 7½ Uhr:
Die Tanzgräfin.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Wenn Liebe erwacht.

Großer Weiderhamm
MONTAG DONNERSTAG SONNTAG
TANZ 11129

PALAST Theater
Von Montag bis Sonntag!
Der große Erfolg!
Im Reich der abertausend Lebenslichter 8 Akte
Die Geschichte dreier Lebenslichter nach dem Roman: 5296
Der müde Tod.
Kalifornische — Mehrenrache — Schlitzaugenrache
Außerdem:
Heiratsbüro Süßlein
3 tolle Akte.

Maurer
der ehemaligen Krankenkasse. Die Auszahlung findet am **2. März, vormittags von 9–12 Uhr, Messergasse 29,** in Zwillings Brauerei statt.
Die Liquidatoren.
Jahn u. Rose.

Möbel auf Kredit
einzelne Stücke
ganze Einrichtungen
preiswert u. gediegen
Karnasky & Co.,
Beuthenstr. 21

Wir empfehlen für
Grog Punsch
und zum
Tee
Jamaika-Rum-Verschnitt
„Grünkapsel"
Liter-Fl. 64.— Mk.
" 31.— "
„Rotsiegel"
Liter-Fl. 72.— Mk.
" 37.— "
Stiebler's Weinbrand-Verschnitt
Liter-Fl. 48.— Mk.
" 25.— "
Stiebler's Weinbrand „3 Kronen"
Liter-Fl. 62.50 Mk.
" 32.— "
Stiebler's „Rüdesheimer" Qualität Weinbrand
Liter-Fl. 82.— Mk.
" 42.— "
Rum- und Weinbrandpreise werden eine empfindliche Erhöhung durch Zoll- u. Monopolmaßnahmen erfahren! 5227
Otto Stiebler
Breslau, Zeisigwinkel 3 und Filialen.

Parfümfreunde
kaufen Bakuköln, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht.

Vereinigte Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnay.

Lobe-Theater. Tel. R. 6774.
Montag, 30. Januar, 7½ Uhr:
„Maria Stuart"
Dienstag, 31. Jan., 7½ Uhr:
(Kunstgemeinde Gruppe G)
„Der Feldherrnhügel"

Thalia-Theater.
Montag, 30. Januar, 7½ Uhr
Gastspiel Oskar Willi
„Im weißen Rößl"
Ermäßigte Preise!
Dienstag, 31. Jan., 7½ Uhr:
„Gretchen"

Zum Jahrmarkt im Riesengebirge !!
der am 11361
11. und 13. Februar
in den im Gebirgscharakter dekorierten Sälen des **Gewerkschaftshauses** stattfindet, sind alle Freunde eines wirklichen Volksvergnügens eingeladen vom
Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Karten bei den Mitgliedern, in den Vorwärts-Konsumlagern und im Gewerkschaftshause.

CIRCUS BUSCH
Tagesch. 7½, Sonntags auch 4 Uhr. 5223
Noch 2 Tage der Januar-Spielplan.
Neue Ueberraschungen!
Besuchen Sie gleich Circus Busch, die volkstümliche Unterhaltung Breslaus.
Vorverkauf: Barasch und Circuskasse.
Der Circus ist gut geheizt.

CHAUBURG | **DK**
In beiden Theatern ab ½5 Uhr!
2 sensationelle Erstaufführungen!
Stuart Webbs
der Meisterdetektiv
in dem Kriminal-Drama
Das Rattenloch — 6 Akte — oder:
Die Räucherkammer der Apachenzentrale 5223
Außerdem: Noch nie in Breslau gezeigt!
Haciste in Ehefesseln — 6 Akte
Der immer Hilfsbereite im Angesicht des Todes durch Franzosenhand dem Leben wiedergewonnen
Ab Dienstag:
Die Schlußepisoden des Riesen-Amerikaners
Der geheimnisvolle Dolch 8 Akte.
Der menschliche Fisch — Im Kampf mit Haifischen unter Wasser. — Unter Bestien im Dschungel.
Schauburg: — Variétéschau — DK-Theater:
Miss Volta das elektr. Wunder. | **M. Ecknitz** die Original-Type.
Ab Freitag: Gastspiel Irene Fidler.

Jede Nähmaschine
neu, alt oder reparaturbedürftig 10352
kauft sofort
zu höchsten Preisen
Oppermann, Große Groschengasse 9, III.

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6

Bei Lungenleiden, Tuberkulose, Husten, Halsen, Heiserkeit
und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane wende Dr. O. Wagner's pneumat. Lungenmassen-Kompressor (gesetzl. geschützt) in kurzer Zeit Hilfe. Der schmerzende Auswurf hört auf, der lästige Husten verschwindet, der Appetit hebt sich und die schädlichen Bazillen werden vernichtet. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, ärztlich verordnet und empfohlen. Zeitgemäße Broschüre gegen Mk. 20.—. Große Flasche Mk. 50.—. Nur zu beziehen durch die Apotheken-Apotheker, Zweigniederlassung L. 124. 5192

Soeben erschienen!
Hungerland
Sozialer Roman
aus dem Leben der Bergarbeiter
von **Georg Werner.**
Preis Mk. 4.—
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Alle Achtung, wie vorteilhaft . . .
Ja, und dabei selbst geschneidert nach Vobach-Schnitt A 5409. Es war so einfach in der Herstellung und spart uns obendrein 'ne Menge Geld.

VOBACH-SCHNITTE
sind zu haben bei
Karl Wiesner, Breslau, Gräbschener Straße 75a
„Kaufhaus Merkur" Kurt Goerke, Breslau, Matthiasstraße 51
„Kaufhaus Süd-Ost" Adolf Herzfeld, Breslau, Bohrauer Straße 47 11278

Die allerbilligsten Anzüge Cutaways gestr. Hosen
kaufen Sie am besten direkt aus der Werkstatt im 11200
Herren-Bekleidungshaus Nikolaistraße 48 am Königsplatz
Inh.: Herm. Partetzke.

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Zu kaufen ges.
Alt-Metalle
kauft u. zahlt höchst. Preis 10359 **Otto, Kohlenstr. 8.**

Grammophonplatten, auch Bruch, kauft à Kilo 20 M., auch tauscht zu günst. Bedg. **M. Liedecke, Stadtgasse 5.**

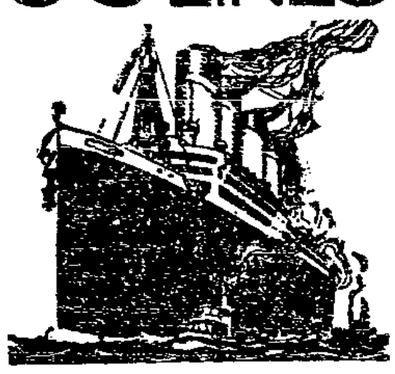
Arbeitsmarkt

Ehrliches Mädchen
nicht unter 16 Jahren, sofort tagsüber für Haushalt und Kind gesucht. 10354
Hirt,
Kaiser Wilhelm-Platz 2,
3. Etage, Vordereingang.

Lehrling
mit guter Schulbildung zum 1. April cr. suchen
Hahn & Schöffau
Handschuhe, Strümpfe
Trikotagen en gros
Graupenstr. 1

Junges Mädchen zu leichter häuslicher Arbeit den Tag über p. 1. Febr. gesucht. Bohnau, Friedr.-Wilhelmstr. 94, II.

Verein Breslauer Detaillisten E. V.
Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, Neue Börse:
Haupt-Versammlung.
Jahresbericht. — Vorstandswahl. — Statutenänderung.

U·S·LINES

Regelmäßige Abfahrten
BREMEN NEW YORK
Vorzügliche Reisegelegenheit
mit den **größten** zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America" u. a.
ab deutschem Hafen
Auskunft und Fahrscheine durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in **Breslau: Norddeutscher Lloyd**
Generalagentur: 11519
Neue Schweidnitzerstr. 6 (Hansa-Haus).

Zeitungsträgerinnen
für **Gräbschener- u. Ohlauer-Tor**
sofort gesucht
Expedition der „Volkswacht", Flurstr. 4/6.

Für unsere **Kammgarnspinnerei, Lorenzgasse 19,** suchen wir zum sofortigen Antritt, für vorübergehende Beschäftigung 11368
ca. 150 gelernte Arbeiterinnen
Schoeller'sche u. Ettorfer Kammgarnspinnerei

Verantwortlicher Redakteur Emil Pierer. — Redaktion: Flurstraße 4. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute, abends 7½ Uhr, wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre der Abteilungen Odertor, Sandtor und innere Stadt.

Alle Parteifunktionäre der übrigen Abteilungen Dienstag, den 31. Januar, abends 7½ Uhr, in nachstehenden Lokalen:

Nikolaitor, bei Sambal, Friedrich-Karlstraße 26;
Pöpelwitz, bei Springer, Promnitzstraße 54;
Scheitnig, bei „Schwarzer Paul", Paulstraße 42;
Ohlauer Tor, bei Görlich, Löschstraße 13;
Strehlener Tor, bei Schmidt, Hubenstraße 50;
Süden, bei Kirchner, Goethestraße 104;
Südwest, Gräbschen, bei Klante, Hochstraße 7.

Sämtliche Funktionäre der Partei müssen anwesend sein.

Engerer Parteivorstand Sitzung, Mittwoch, den 1. Februar, um 6 Uhr.

Der Arbeiterjugendverein hält seine nächste Funktionärbesprechung am Sonnabend, den 11. Februar, abends 7½ Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses ab! Erscheinen aller ist Pflicht!

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft findet am Sonnabend, den 18. Februar 1922, abends 7 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses statt.

Mieter-Protestversammlung.

Die Mieter Breslaus hatten sich am Sonntag vormittag außerordentlich zahlreich bei „Exner" versammelt, um gegen die Forderung der Breslauer Hausbesitzer auf Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen energisch zu protestieren.

Der Vorsitzende der Schlesischen Mieterschutzvereine, Oberbergamtssekretär Moeller, wandte sich zunächst mit aller Schärfe gegen die Berichterstattung in der „Schlesischen Zeitung", die ganz einseitig zugunsten der Hausbesitzer Stellung nahm und betonte, daß die Mieter den Hausbesitzer durchaus nicht bekämpfen wollen. Hätten sich die Hausbesitzer mit den Mietern an einen Tisch gesetzt, so wäre gewiß eine Verständigung erzielt worden. So lassen sich aber die Hausbesitzer von den Großkapitalisten und Bodenspekulanten vor ihren Wagen spannen, damit sie ihre Ziele erreichen und die Hausbesitzer merken dies Manöver garnicht. Allerdings ist der Hausbesitz kein Gewerbe und kein Beruf, sondern nur eine Kapitalsanlage; woraus ihnen natürlich kein besonderer Nutzen zugestanden werden kann. Folgende Entschließung wurde angenommen:

Die heute im Gesellschaftshause „Wratislawia" versammelten Breslauer Mieter haben Kenntnis genommen von den Entschließungen der Breslauer Hausbesitzer vom 15. Januar d. J.

Die Breslauer Mieter fordern:

1. Unbedingte Festhaltung an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, solange das Angebot von Wohnungen hinter der Nachfrage zurückbleibt.
2. Festhaltung an der Grundmiete, welche nur zur Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals, soweit es die übliche Belastung nicht übersteigt, dient.
3. Ausbau der bestehenden Mietseinigungsämter und Verweisung aller Mietsstreitsachen an diese.
4. Aufmerksamkeit der Behörden auf das als geradezu hochverräterisch zu bezeichnende Treiben von Hausbesitzern in führenden Stellen der Hausbesitzerorganisationen, welche mit Anrufung der Entente zur Aufhebung der Zwangswirtschaft drohen.
5. Die Mieter sind bereit, den Hausbesitzern zu zahlen, was zur Verwaltung des Hauses notwendig ist.

Sie fordern aber als Gegenleistung ein Mitbestimmungsrecht und ein Kontrollrecht über die Verwendung der von ihnen aufgebrachten erheblichen Mittel.

Von einer Vergewaltigung und Erpressung gegenüber dem Hausbesitzer-„Stand" kann gar keine Rede sein. Einen „Stand" der Hausbesitzer gibt es nicht. Das in Hausbesitz angelegte Kapital darf keine anderen Vorrechte genießen, als das Kapital jedes anderen Sparers.

Gegenüber der Drohung der Hausbesitzer auf Einstellung der Zahlung von Steuern und Abgaben, fordert die Mieterschaft tatkräftiges Vorgehen der zuständigen Behörden, Beschlagnahme der Mieten und Zuschläge und sofortige Einsetzung von Zwangsverwaltern.

Die jammervolle Lage der Privatschwestern.

Uns wird geschrieben:

In der Oeffentlichkeit wird man wohl der Meinung sein, daß die Schwestern sehr gut leben können und daß sie hohe Löhne beziehen. Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, sollen nachstehende Zeilen beweisen.

Jeder Mensch wird zugeben müssen, daß man, um all den Anforderungen dieser schweren Zeit gerecht werden zu können, ein Existenzminimum haben muß. In unserem Berufe ist es aber leider anders. Da gibt es nur ein kleines Trinkgeld — denn Lohn kann man es nicht nennen — als Bezahlung für diese so schwere aufopfernde Tätigkeit. Wir können nicht sagen, jetzt ist die Frühstücks- oder Mittagspause, oder jetzt sind meine acht Stunden herum; nein, Tag und Nacht geht es oft ohne Unterbrechung. An Schlaf und regelmäßiges Essen ist fast nicht zu denken, so daß vollständige Zerrüttung des ganzen Nervensystems der Erderfolg ist. Da sich bis jetzt weder Staat noch Kommune dazu haben bewegen lassen, in eigener Regie die Vermittelung und Unterbringung des weiblichen Krankenpflegepersonals zu übernehmen, so sind wir noch verpflichtet, in den sogenannten „Schwesternhäusern" unsere Zuflucht zu nehmen, wo wir bis aufs Blut ausgesogen werden.

Für diese oben geschilderte aufreibende Tätigkeit zahlen diese privatkapitalistischen Unternehmungen Monatsgehälter von „80 Mark" nebst einem Pflegegeld von „5 Mark pro Tag" (der Tag mit 24 Stunden gerechnet). Auf Rechnung werden dem Patienten 25 Mark, 30 Mark oder auch mehr gesetzt. Ohne also einen Finger krumm zu machen, verdient so ein Institut das Fünf- und Mehrfache. Gewöhnlich kommt, wenn wir volle dreißig Pflegetage haben, ein Monatsgehalt von 230 Mk. zusammen. Zieht man die ortsüblichen Beiträge und Steuern ab, so verbleiben noch ungefähr 184 Mark. Da nun einmal von einer Krankenschwester peinlichste Sauberkeit auf Kleidung verlangt wird, so müssen wir mindestens jede acht Tage ein Kleid und je nach Bedarf 1 bis 2 Schürzen täglich in die Wäsche geben, was wiederum nicht ganz 100 Mark ausmacht, so daß ungefähr 84 Mark für den ganzen Monat verbleiben. An Neuanschaffungen ist garnicht zu denken, das Geld reicht kaum für Schuhreparaturen. So also geht es uns, so werden wir in diesen Schwesterhäusern ausgepowert, und es findet sich kein Mensch, keine Behörde, um diesem skandalösen Treiben ein Ende zu machen. (Das ist ein Irrtum. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat eine Sektion, die auch die in Privatkrankenhäusern beschäftigten Schwestern erfaßt. D. Red.) Das beste Mittel zur Behebung dieser traurigen Zustände wäre die Schließung dieser Institute und Uebernahme in staatliche Regie. Hoffentlich werden die maßgebenden Stellen durch diese Zeilen aufmerksam gemacht, sich bald mit dieser Materie zu beschäftigen.

Auch wäre wohl der Zusammenschluß sämtlicher Privatschwestern zu einer Organisation zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für uns von großem Nutzen. Denn nur geschlossen können wir etwas erreichen. Darum auf, Kolleginnen, ans Werk! Es geht um unsere Existenz, es geht um unsere Zukunft.

Sport am Sonntag

Fußball-Sport.

F.-A. Süd — S.-C. Sparta 2—4 (1—3).

Auf dem Gandauerplatz standen sich obige Vereine gegenüber. Der Kreismeister mußte sich der tüchtigen Spartamannschaft beugen. Nach Anstoß hatte Sparta mehr vom Spiel, ist zeitweise überlegen und kann bis Halbzeit 3 Tore erzielen, dem Süd nur eins entgegensetzen kann.

Nach der Pause ist Süd zeitweise überlegen, das Heiligtum Spartas wird öfters bedrängt und kann Süd noch einen Erfolg aufholen. Sparta gibt sich aber nicht zufrieden und nach kurzem Drängen ist ihnen noch ein Erfolg vergönnt.

Zwei völlig gleichwertige Gegner standen sich gegenüber und dürfte Süd den Kampf von vornherein zu leicht genommen haben. Sparta verbessert zusehend seine Form, leider zu spät. Der Schiedsrichter hatte das Spiel völlig in der Hand.

Sturm I — Silesia I 4—1 Halbzeit (2—0).

In Leerbeutel führten Silesia und Sturm ein interessante Momente zeigendes Spiel vor. Silesia gab alles aus sich heraus, um vom letzten Platz wegzukommen. Doch konnte der Torwächter nicht verhindern, daß Sturm vor Halbzeit zweimal erfolgreich ist. Zwei gut getretene Ecken für Sturm werden vom Tormann hervorragend abgewehrt. Nach Halbzeit erzielt Silesia das Ehrentor und mit frischem Mut greifen sie an. Doch Sturm vereitelt jeden Erfolg.

Indessen ist aber Sturm nicht müssig und ist es ihnen vergönnt, noch zweimal einzusenden und so den Sieg sicherzustellen. Leider verhinderte der auf dem Silesiaplatz liegende hohe Schnee jede technische Feinheiten.

Der Unparteiische leitete in einwandsfreier Weise das Spiel.

Stern I — F.-T. Oels I 5—2 Halbzeit 2—0.

Am Sonntag langte Stern in Oels an und trug zwei Spiele gegen die Oelser Turner aus.

Stern mit 3 Mann Ersatz antretend, hatte Anstoß und ist gleich vor dem Heiligtum Oels, kann aber nichts erreichen, denn Verteidigung und Tormann von den Turnern sind auf der Hut. Nach ungefähr einer Viertelstunde Spieldauer kann der Mittelstürmer von Stern durch langen Schuß das erste Tor erzielen. Kurz darauf verhilft ein Elfmeter zum zweiten Erfolg.

Mit diesem Resultat geht es in die Pause. Oels nimmt nun Umstellung vor, kann aber nicht verhindern, daß Stern dauernd vor sein Heiligtum zieht und bald sitzt auch Numero 3. Nun besinnt sich Oels, daß es auch dabei ist und durch tadellosen Schuß des Halbrechten erzielt es den ersten Erfolg. Stern stößt an und ist wieder überlegen und kann noch zweimal erfolgreich sein. Kurz vor Schluß rollt ein dem Stern-Tormann zurückgegebener Ball über die Hände desselben und Oels hatte schmunzelnd den zweiten Erfolg.

Die zweite Mannschaft von Stern gewann 6—0 gegen Oels II.

West I — F. T. Brieg I 4:2 Halbzeit 0:0

West war mit 2 Mannschaften in Brieg zu Gast. 12 Uhr trafen sich die zweiten Mannschaften und konnte hier Brieg einen 4 : 1 Erfolg erzielen.

Um 2 Uhr traten die ersten Mannschaften an. Hier entwickelte sich ein schönes technisches Spiel. Beide Mannschaften äußerst schnell, lieferten sich einen zähen Kampf, bis Halbzeit war das Spiel vollständig offen und keine Partei konnte etwas zählbares erreichen.

Nach Halbzeit wird West merklich überlegen und der Sturm bringt den Ball in schönem Kombinationsspiel immer wieder vor das Heiligtum von Brieg.

Die Brieger sind das erste Mal erfolgreich, der Gegner läßt aber unmittelbar den Ausgleich erfolgen. Brieg ist wieder dran und schon sitzt das Leder im Westtor. West läßt sich nicht entmutigen und in kurzer Zeit ist wieder der Ausgleich geschaffen.

Nun klappt Brieg zusammen. West ist nun dauernd überlegen und kann nach schönem Zuspiel noch 2 Mal erfolgreich sein. Brieg stellte eine gute schnelle Mannschaft. West dagegen verlegt sich auf gutes Kombinationsspiel, was manchmal schon an Ueberkombination grenzt. Besonders vor dem Tore wird zu wenig geschossen. Erfreulich an der Mannschaft ist die Geschlossenheit des vorgehenden Sturmes.

Resultate:

Sonderklasse:

Stern I	— F. T. Oels I	5:2
Stern II	— T. T. Oels II	6:0
Sparta I	— F. V. Süd I	4:[illegible]
Sparta II	— F. V. Süd II	kampflos für Sparta
West I	— F. T. Brieg I	4:2
West II	— F. T. Brieg II	1:4
Sturm I	— Silesia I	4:1
Sturm II	— Silesia II	kampflos für Sturm

A-Klasse:

Diana I	— Kickers I	6:1

B-Klasse.

Eichenlaub I	— Hellas I	14:0

III. Bezirksmannschaften:

Britannia III	— Vorwärts III	5:1
West III	— Kickers III	6:0

Britannia-Breslau gegen Vorwärts-Kreuzburg. Resultat: 6:1 für Britannia. Halbzeit 3:1.

Ein schönes Spiel, in dem sich allerdings die Breslauer überlegen zeigten. Die Vorwärtsmannschaft hat bei ihren guten Fähigkeiten Zukunft.

Stadtverordneter Professor Dr. Wohlauer †.

Soeben nach Redaktionsschluß erreicht uns die Nachricht, daß Professor Dr. Wohlauer heute morgen in der 10. Stunde auf dem Wege zum Stadtverordnetenbüro auf der Treppe einen Schlaganfall erlitt, der inzwischen den Tod herbeigeführt hat.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Sorgt für Besuch der Kinderveranstaltungen in der Margaretenschule!

Am letzten Mittwoch, wo wir zum Märchenerzählen, Geschichtenvorlesen, Rätselraten usw. auch in die Margaretenschule,

Tauentzienstraße 82, fast Ecke Grünstraße,

kamen, waren dort sehr wenige Kinder. Wenn Eltern und Kinder von der Grün-, Palm-, Paradies-, Vorwerk-, Clausewitz-, Taschen-, Feldstraße usw. nicht dafür sorgen, daß am kommenden Mittwoch um 5½ Uhr die Veranstaltung in der Margaretenschule besser besucht wird, dann werden wir diese Schule wieder aufgeben und lieber eine zweite Schule in der Westendgegend hinzunehmen.

Für die Margaretenschule gibt es von 5 Uhr ab die 20-Pfg.-Eintrittskarten am Eingang in den Zeichensaal.

Religion des Sozialismus.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses sprach im Auftrage des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft Herr Dr. Hoffmann über „Religion des Sozialismus". In den Mittelpunkt seiner von warmem Pathos getragenen Rede stellte er das Prinzip der Einheit der Persönlichkeit in der Gesamtheit, die allein zu wahrer Freiheit führen könne. Der Weg zu dieser Freiheit ist Kampf, und zwar Kampf im Innern wie Kampf nach Außen.

Damit ein jeder ein positives Ganzes in der Allgemeinheit sein könne, müsse er zunächst wirtschaftlich frei sein. Die Voraussetzung für eine solche wirtschaftliche Freiheit sei die Sozialisierung, die wirtschaftlich egoistische Triebe immer mehr unmöglich mache. Der Mensch müsse ferner geistig frei sein, er dürfe nicht verkümmern in ihm fremdem Tun. Zu der wirtschaftlichen und geistigen Freiheit müsse seelische Freiheit hinzukommen, die das frohe Genießen alles Schönen, was Natur, Kunst, Familie bietet, ermögliche. — Wir brauchen ein wahrhaft natürliches, religiöses Erleben, das nur möglich ist in einer harmonisch ausgeglichenen Welt. Die Welt von heute steht unter dem Bann des Egoismus. Daher sei eine Umstellung des heutigen Lebens nötig, um zu einer Welt der Natürlichkeit zu kommen. Natürlich muß die Justiz werden, d. h. Richter, die aus dem Volke hervorgegangen sind, müssen nach dem gesunden Sinn des Volkes richten. Ebenso sei eine Umgestaltung der Verwaltung, für die die organisatorischen Kräfte, die unten im Volke schlummern, nutzbar gemacht werden müßten und eine Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens notwendig. Die Natur will die Heraushebung der Einzelpersönlichkeit, doch in dem Sinn, daß die Persönlichkeit um ihrer selbst willen gepflegt werde; nicht der Besitz soll beglücken, sondern das Glück muß in uns selbst liegen. Wir brauchen eine proletarische Naturreligion, in der das Gefühl nicht durch dogmatische Fesseln eingeengt wird: „Das ganze Leben muß zur Religion werden durch tätiges Schaffen für die Menschheit". Dies ist eine Religion, die Herz und Hirn befriedigt. Ihr Ziel ist die Freiheit aller Menschenbrüder. Unschätzbar ist das Erleben in dem Kampf um das Bruderium, auch im äußeren, politischen und gewerkschaftlichen Kampf. Dort kann sich wahre proletarische Treue bewähren. Nicht zu unterschätzen ist der Wert der Organisation, die richtig aufgefaßt, einen Kämpferbund für Freiheit und Brüderlichkeit darstellt.

Die rege Beteiligung an der sich an den Vortrag anschließenden Debatte bewies, daß die Arbeiterschaft an solchen Fragen aufs lebhafteste interessiert ist und neben dem äußeren Kampf die inneren, tiefen Werte des Sozialismus erkennt.

Der verwegene Kassenraub im Eisenbahnwerkstättenamt.

Eine unerwartete Wendung.

Bei der Zeugenvernehmung am Sonnabend meldete sich mittags gegen 2 Uhr Amtsgerichtsrat Schmidt aus Gottesberg bei dem Staatsanwalt. Er ersuchte um Vernehmung als Zeuge, da er wichtige Angaben zu machen habe. Bei seiner sofortigen Vernehmung machte nun Amtsgerichtsrat Schmidt die Angabe, daß im Gerichtsgefängnis in Gottesberg eine Anzahl Untersuchungsgefangener sitze, die der Brandstiftung und des Mordes beschuldigt sind. Einer der Gefangenen hatte nun bei seiner Vernehmung gestanden, daß er, in Gemeinschaft mit den anderen, auch den Kassenraub im Eisenbahn- und Werkstättenamt in Breslau ausgeführt habe. Nach der Vernehmung des Amtsgerichtsrats Schmidt, vertagte das Gericht die Verhandlung, um nach dieser Richtung hin, Ermittelungen anzustellen. Da nun kein dringender Verdacht für die Täterschaft für die Angeklagten mehr vorliegt, beschloß das Gericht, die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Unter den Untersuchungsgefangenen in Gottesberg befindet sich auch ein Mann namens Wilhelm König.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche

Donnerstag, den 2. Februar, von 1/24—1/25 Uhr, statt.

Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung des Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* **Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion** hält Dienstag, abends 8 Uhr, ihre Sitzung im Gewerkschaftshause ab.

* **Zu den Entlassungen in den Vereinigten Theatern.** Von Frl. Hertha Nordheim erhalten wir folgende Zuschrift: Im Anschluß an die Notiz, daß ich von der Direktion Barnay entlassen sei, gestatte ich mir, Ihnen höflichst mitzuteilen, daß ich infolge andauernder unsachgemäßer Beschäftigung vor 8 Tagen bereits schriftlich um meine Entlassung gebeten habe. Wegen meines angeblichen Kontraktbruches werde ich beim Schiedsgericht vorstellig werden.

Direktor Barnay und das Stadttheater. Der Direktor der Vereinigten Theater, Herr Paul Barnay, bittet uns, festzustellen, daß die Nachricht, er hätte sich um die Pacht des Stadttheaters in Breslau beworben, nicht zutrifft.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Vereinigte Theater. Am Montag abend wird „Maria Stuart" gespielt; in der Titelrolle gastiert Fräulein Charlotte Pils auf Anstellung, ferner wird in dieser Aufführung der Mortimer zum ersten Male von Rudolf Renfer, der Dawison von Herbert Böhme dargestellt.

Für das Thalia-Theater wird als nächste Neuheit die überall mit ungemeinem Erfolg aufgenommene Familienkomödie „Doktor Stieglitz", in einer Inszenierung von Wilhelm Lichtenberg vorbereitet. Kunstgemeinde im Lobe-Theater. (Serienfolge siehe Inserat.)

Ball der Presse. Der „Ball der Presse" am kommenden Dienstag ist völlig ausverkauft; es gelangen am Montag zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags nur noch die vorbestellten, bisher noch nicht abgeholten Karten zur Ausgabe. Da zum „Ball der Presse" nur geladene Gäste Zutritt haben, ist der Eintritt ohne Karten nicht möglich; sich am Festabend ohne Karte um Eintritt zu bemühen, ist daher zwecklos. Eine sogenannte Abendkasse findet nicht statt. Das Etablissement „Wappenhof" ist am Balltage für jeden öffentlichen Verkehr geschlossen.

Zirkus Sarrasani [illegible] dem dankbaren Kreise von Breslauer Freunden zirzensischer Kunst. Noch spielt das erfolgreiche Januar-Programm, aber nur bis morgen.

Kleine Breslauer Nachrichten.

* **Beraubter Wächter.** In den Anlagen des Waschteichs ist am 20. d. M. gegen 11 Uhr nachts ein Wächter von zwei unbekannten Burschen angefallen, mit einer Holzlatte niedergeschlagen und um seine Barschaft von 250 Mark und seine silberne Uhr beraubt worden. Meldungen erbeten nach Polizei-Präsidium, Zimmer 57.

* **Festgenommener Diebstahlsanstifter.** Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß in einem Grundstück auf der Sternstraße ein Arbeiter gefaßt worden ist, der sich dort hat einschließen lassen, um zwei Pferde eines Kohlenhändlers zu stehlen. Vorgestern erfolgte die Festnahme eines Droschkenkutschers, der den Arbeiter zur Ausführung des Diebstahls angestiftet hat, indem er ihm den Schlüssel zum Stall auslieferte.

* **Ein Zechpreller.** Auf den Bahnsteig III des hiesigen Hauptbahnhofs hat am Mittwoch ein Herr den dortigen Erfrischungsraum aufgesucht und eine Zeche von 14 Mark gemacht; als er aber bezahlen sollte, stellte sich heraus, daß er das Geld dazu nicht besaß. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Landwirtschaftsgehilfen handelte; er wurde wegen versuchten Betruges festgenommen.

* **Geplünderte Wohnungen.** Aus einer Wohnung Blücherstraße 14 haben Einbrecher am 24. d. M. fortgeschleppt: einen Reisekorb, einen schwarzen Winterüberzieher mit Samtkragen, einen grauen und einen schwarzen Anzug, eine goldene Damen- und eine silberne Herrenschlüsseluhr, eine goldene Brosche, ein Paar Granatohrringe, etwa sechs weiße und sechs blauweiß gekästelte Bettbezüge, etwa fünf weiße Kopfkissenbezüge, fünf Handtücher und etwa sieben braun gestreifte Männerhemden. Die Wäsche ist gezeichnet F. G. oder F. B. — In der Nacht zum 25. d. M. wurden aus einer Wohnung Westendstraße 25 geraubt: ein kleingekästelter Tuch-, ein schwarzer Marengo-, ein grauer großgekästelter Stoff- und ein Gehrockanzug, eine gestreifte Weste, zwei weiße Westen, ein schwarzes Lüsterjackett, ein grauer Sommerüberzieher, ein grauer Ulster mit schwarzem Samtkragen, ein Straßenbahner-Uniformmantel, ein Schafpelz, eine braune Schlafdecke, eine Inkeruhr, ein Jackett und eine Weste.

Filmschau.

Das Ufa-Theater führte gestern einen Fortsetzungsfilm „Se. Exzellenz von Madagaskar" zu Ende. Der Film trägt den Untertitel „eine wilde Sache". Und das ist sie auch. Besonders wild sind natürlich die vielen Szenen, die bei dem schwarzen Scheusal, dem König von Madagaskar" spielen. Hier, wo die ganze Pracht südländischen Menschenreichtums entfaltet wird, soll auch das „Baby" als Haremsdame ihr Ende finden. Aufregende Auftritte, denen mitunter ein gesunder Humor anhaftet, der alles zum Lachen bringt, wechseln mit farbenprächtigen Prunkbildern. Die Fortsetzung, die zum Schluß gut ausläuft, ist keine Enttäuschung. — Voran ging ein kurzes, aber viel belachtes und sehr lustiges Lustspiel: „Knoppchen, der Verführer".

Tauentzien-Theater. Diese Woche läuft ein italienischer Monumentalfilm, der das Judasproblem zum Thema hat und es auf eine spannende Art behandelt. Geschichtliche Episoden aus der Zeit des Pontius Pilatus sind frei mit prunkhaftem Aufgebot und landschaftlich reizvollem Hintergrunde behandelt. Der Darsteller des Judas gibt eine ganz hervorragende Charakterstudie, nicht minder aber der Darsteller des Barrabas.

„Chaplin bei der Feuerwehr" bedeutet wieder ausgelassenste Heiterkeit. Dieser ganz famose Komiker bürgert sich mit Recht in Deutschland ein.

In der Schauburg werden Macistes neueste Abenteuer vorgeführt. Der brave Kerl verübt noch ein paar wunderbare Kraftleistungen, fängt und hängt zum Beispiel ein Automobil mit Insassen in einem Fischnetz auf, und schließlich soll er totgeschossen werden, „wenn die Uhr sechs schlägt". Sie schlägt aber nicht sechs, denn einer klettert auf den Turm und hält mit dem Fuße den Zeiger auf. Plötzlicher Regierungswechsel, und Macistes ist frei. Natürlich heiratet er jetzt und sein hübsches Weib wird den Starken wohl zu fesseln wissen. Es folgen dann sechs Akte „Das Rattenloch", die das beim Kino beliebte Thema einer Jagd zwischen Verbrechern und Detektiv behandeln. Im Varieteteil arbeitet Miß Volta mit elektrischem Starkstrom, läßt Lampen und Fackeln an ihrem Körper entzünden, und sitzt wohlgemut auf dem elektrischen Stuhl, um eine amerikanische Hinrichtung munter zu überstehen. Da hat es der nachfolgende Komiker doch leichter. Er singt von Rosen und anderen Cholen, und ist der Freund des Publikums.

Im D. K.-Theater läuft dasselbe Filmprogramm wie in der Schauburg. Das Varieteprogramm weist auf den Humoristen Hugo Eckritz mit neuem Repertoir.

Odeon-Kino. Ohne der modernen fürchterlichen Reklame, die nach unserer Auffassung mehr abstoßend als anziehend wirken muß, bietet das Odeon-Kino eine Erstaufführung, die als Illustration des Aberglaubens bezeichnet werden darf. „Die Frau ohne Dienstag" ist eine junge Gattin, die durch den Todesblick eines von ihrer Hand geschossenen Rehes eine Geistesstörung erfährt, und immer an dem Jagdtage (Dienstag) im bewußtlosen und durch die Abwesenheit des Gatten hervorgerufenen Angstzustande Menschen sucht und dabei gewissenlosen Männern in die Hände fällt. Durch den Blick in das Auge eines sterbenden Rehes gesundet sie gemäß der Erzählung des Försters, in dessen Revier sie das Reh geschossen hat. Im Fieber offenbarte sie ihre Handlungen und wird von dem verstehenden und verzeihenden Gatten erneut heimgeführt. Als Beiprogramm rollt ein ganz nettes Drama „Der Todfeind" ab, der von den üblichen Kriminalfilmen wohltuend abweicht.

Fledermaus-Lichtspiele. Maheli, der Grausame, ist ein Mongole, der seinen Reichtum benützt, um einem europäischen Bankfilialleiter aus der Patsche zu helfen. Dieser ist durch Kokaingenuß verbummelt und muß ein Manko decken. Den Betrag gibt ihm der Mongole nur nach Ueberlassung dessen bildschöner Tochter, die er zu ehelichen wünscht. Er mordet seine bisherige gelbe Liebe und wird nunmehr Ehemann — ohne Liebe. Die schöne Maud bleibt nämlich ihrem Verlobten treu. Nach Paris zurückgekehrt naht das Ende. Um seine Hoffnung betrogen, vollführt er einen teuflischen Racheplan. Aber nicht das überraschte Liebespaar muß sterben, sondern er fällt selbst zum Opfer. Die Bilder sind technisch vollendet und bieten wundervolle Szenerien. Warum diese furchtbare Titulatur? Justitia sind Abenteuer einer schönen Frau, die als moderner weiblicher Herkules Dinge tut, die eben nur im Film möglich sind. Halb Drama, halb Lustspiel läßt die Handlung uns erst am Ende die Lösung erraten. Trotz ernsten immerhin möglichen Vorgängen darf man tüchtig lachen, was das Beste ist, wenn man vom Kino etwas haben will. Eine sehr gute musikalische Begleitung macht den Aufenthalt angenehm.

Lichtspielhaus und Matthiaskino. „Die brennende Akrobatin" zeigt uns die verwickelte Lebensgeschichte einer schönen Zirkuskünstlerin. Halb Gesellschafts-, halb Zirkusroman, bleibt der Film allerdings zum Teil im Konventionellen stecken, doch sind die dramatischen Höhepunkte gut herausgearbeitet. Nebenher treibt „Die rote Katze" ihr Unwesen. Ein Detektivfilm, mit reichlichen Unwahrscheinlichkeiten gewürzt und wenig sorgfältig aufgebaut. Für die nötige Spannung ist natürlich ausgiebig gesorgt. Beide Filme dürften ihr Publikum finden.

Wartburg-Lichtspiele. Dieses vor kurzem auf der Gräbschenerstraße neu eröffnete Theater in einem großen, schönen Saal zeigt zwei Detektivfilms: „Der Kurier von Lissabon", eine Geschichte, die durch sechs Akte sorgfältig die Spannung hält und „Die Totenmaske", deren Handlung durch eine gute Darstellung (u. a. Grete Weixler) wirksam gefördert wird.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Groß-Mochbern. Elternversammlung. Eine sehr große Anzahl Eltern unserer Gemeinde hatten sich, einer Einladung des Elternbeirats der evangelischen Schule folgend, am Donnerstag, den 26. Januar, im Schreierschen Lokal versammelt, um über die Zukunft unserer Schule zu beraten. Es waren zwei Vorträge über den Nutzen der verschiedenen Systeme angekündigt worden. Als erster Redner kam der Pastor Dr. Haak von der Pauluskirche in Breslau zum Worte. Er schilderte in einem einstündigen Vortrage seine Weltanschauung und ihre Nutzanwendung auf die Schule. Seine Ausführungen, welche den Beifall der Anwesenden nicht zu finden schienen, gipfelten in der Aufforderung, alle Anwesenden möchten in einen zu gründenden Elternbund mit dem Ziele, eine reine Bekenntnisschule zu verlangen, eintreten. Dann kam der Lehrer Genosse Kaufmane, Breslau, zum Worte. Schon am Anfange seines gut durchdachten Vortrages ging der wirkliche Freund und genaue Kenner der Volksschule hervor. Seine Ausführungen, die im klaren Bekenntnis zur weltlichen Schule gipfelten, waren denn auch allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Um aber unter den gegenwärtigen Umständen für die Schule am Orte einen Fortschritt zu erreichen, schlug er vor, dieselbe in eine Simultanschule umzuwandeln, um auch den Freunden der Bekenntnisschule gerecht zu werden. Außer dem Ortsgeistlichen, der in nicht sehr geschickter Weise für die Religionsschule sprach, fand sich kein einziger für eine solche. Die Lehrer traten warm für eine voll ausgebaute Simultanschule ein und auch der Gemeindevorsteher empfahl sie aus finanziellen Gründen. Eine darauf folgende Auseinandersetzung zwischen den Geistlichen und einzelnen Rednern über das Wesen der Religion bestärkte die Versammlung noch mehr in ihrem Wunsche, festzuhalten an der Simultanschule. Die Herren Pastoren dürften die Ueberzeugung mit nach Hause genommen haben, daß in unserem Dorfe kein Boden für ihre Bestrebungen ist. Hoffen wir, daß sie auch die nötigen Lehren ziehen und uns in Zukunft in Ruhe lassen. Wenn aber nicht, sind wir zur Abwehr bereit und es dürfte sich zeigen, wer den Kürzeren zieht. Wir haben den Kampf nicht zu fürchten.

Aus der Provinz Schlesien.

Die Not der Flüchtlingsbeamten und -Lehrer

Anläßlich der Behandlung einer großen Anfrage betreffend die Verhältnisse Oberschlesiens sollte im Preußischen Landtage die traurige Lage der oberschlesischen Flüchtlingsbeamten und -Lehrer mit zur Beratung kommen. Aus allgemeinen politischen Gesichtspunkten heraus wurde jedoch vom Hause die ganze Angelegenheit bis auf weiteres zurückgestellt. Um nun aber die vielen durchaus berechtigten Klagen der Flüchtlingsbeamten und namentlich der Flüchtlingslehrer zu beheben, kamen alle Parteien des Landtages ausschließlich der Kommunisten dahin überein, im Beisein zuständiger Regierungsvertreter Maßnahmen zu verabreden, um das Los der Flüchtlinge tunlichst zu erleichtern und die Ursachen der Klagen zu beseitigen. Mit der Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion wurde Genosse Abgeordneter Gaertig beauftragt. In einer am 25. Januar abgehaltenen interfraktionellen Konferenz, an der u. a. auch die Regierungsräte Dankwerts und Schwedendieck teilnahmen, wurden im wesentlichen folgende Vereinbarungen getroffen:

Die Rückberufung eines Flüchtlingsbeamten oder -Lehrers in das abgetretene Gebiet kann nur mit seinem Einverständnis erfolgen. Um festzustellen, ob der betreffende Beamte oder Lehrer als „gefährdet" zu gelten hat, sind auch von ihm vorgeschlagene Zeugen zu vernehmen. Grundsätzlich werden Personen- und Sachschäden nach dem jeweiligen Valutastande berechnet. Sind Ersatzansprüche übermäßig lange unberücksichtigt geblieben, dann kann eine Neuaufstellung erfolgen. Neue, ausreichende Vorschüsse werden in Aussicht gestellt, falls die Nachprüfung der angemeldeten Schäden länger auf sich warten läßt. Bei der Vertretung der Flüchtlinge in Fürsorgeämtern werden die Wünsche der Beteiligten weitgehend berücksichtigt werden. Um das entsetzliche Wohnungselend der Flüchtlinge zu mildern, soll auf Inhaber größerer Wohnungen von Seiten der Behörden und mit Hilfe charitativer Organisationen eingewirkt werden, jedoch dürfte eine günstige Regelung dieser Frage an der allgemeinen Wohnungsnot scheitern.

Als letzter und wichtigster Punkt stand zur Besprechung ein gemeinsames Vorgehen aller genannten Landtagsfraktionen bei den Reichstagsfraktionen zwecks Herbeiführung eines Gesetzes, das die übrigen Länder zwingen soll, Flüchtlingslehrer anzustellen. Durch den Verlust fast ausschließlich von Katholiken bewohnter Provinzen sind überwiegend katholische Lehrkräfte frei geworden. Preußen ist bei seiner verhältnismäßig geringen Anzahl von katholischen Lehrerstellen nicht in der Lage, über 4000 katholische Flüchtlingslehrer in auch nur entfernt absehbarer Zeit anzustellen und doch wird erst bei den Flüchtlingen dann volle Ruhe und Befriedigung eintreten, wenn sie wieder beruflich tätig sein können. Gütliche Verhandlungen mit den Ländern — Bayern, Württemberg, Baden, Hessen — haben u keinem Ergebnis geführt. Es bleiben nur gesetzliche Maßnahmen übrig. Ein dahingehender Antrag des Abgeordneten Gaertig fand einstimmige Annahme.

Nun erscheint aber die letztgenannte Aktion durch ein geradezu unverständliches Vorgehen des deutschnationalen Abgeordneten Herrn Lukassowitz stark gefährdet. Aus rein parteiagitatorischen Gründen hat genannter Herr die in der Besprechung vom 25. Januar gewonnenen Ergebnisse schnell in einer Kleinen Anfrage zusammengestellt, um wohl aller Welt zu zeigen: Nur die Deutschnationalen wollen die Not der Flüchtlingslehrer und Beamten beseitigen. Bei allen Parteien hat diese Handlungsweise starke Entrüstung hervorgerufen. Die Leidtragenden können unter Umstande die Flüchtlinge sein; zum mindesten ist die schnelle Einbringung des oben kurz skizzierten Gesetzes in Frage gestellt.

Es zeigt sich doch immer wieder: Ein ernstes, erfolgversprechendes Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen ist unmöglich. Worte und Gesten, Versprechungen und Verdächtigungen sind ihre stärkere Seite.

Eingemeindungsfragen.

Einem Wunsche des Verbandes der preußischen Landkreise entsprechend, hatte der Vorsitzende des Gemeindeausschusses des Preußischen Landtages am 25. d. Mts., abends, im Festsaal des Abgeordnetenhauses eine allgemeine Besprechung über Eingemeindungsfragen anberaumt.

Zu dieser Besprechung waren außer den Mitgliedern des Gemeindeausschusses und des Verbandes der Landkreise sämtliche Abgeordnete des Landtages, die Staatsregierung und der Städtetag eingeladen. Den Vertretern der Landkreise war hier Gelegenheit geboten, im Anschluß an die Erörterung eines konkreten gegenwärtig schwebenden Eingemeindungsplanes die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen der Landkreise für die Praxis der Eingemeindung von kreisangehörigen Gemeinden in benachbarte Stadtkreise und für eine Neuregelung des gesetzlichen „Eingemeindungsrechtes" vorzutragen. Im Laufe der nach mannigfachster Richtung anregenden Aussprache wurde von dem Landkreisvertreter gefordert, daß die Landkreise als den Stadtkreisen völlig gleichberechtigt von vornherein an den Eingemeindungsverhandlungen beteiligt, daß ihre Verhältnisse in derselben Weise wie die der eingemeindenden Stadtkreise geprüft und gegen Leistungsunfähigkeit und Zerstückelung geschützt werden.

Diese Forderungen wollen die Landkreise bei der bevorstehenden Reform der preußischen Gemeinde-Verfassungsgesetze berücksichtigt sehen. Sie hoffen, daß ihnen auch schon vorher von der Staatsregierung und dem Parlament bei schwebenden Eingemeindungsfällen Rechnung getragen wird.

Liegnitz. Eisenbahnunglück. Dienstag nacht 1 Uhr 54 Minuten überfuhr der Güterzug 5024 das „Halt" zeigende Einfahrsignal auf Bahnhof Oberleschen und fuhr auf den am Bahnhof stehenden Güterzug 5064 auf, wobei etwa zehn Wagen entgleisten und einige zertrümmert wurden. Zwei Zugbeamte sind leicht verletzt. Der Zugverkehr ist nicht gestört. — Tödlich abgestürzt ist in einem hiesigen Lichtspieltheater die Platzanweiserin, eine Witwe Hüttner. Die Frau fiel über die Brüstung des Balkons in die Stuhlreihen so unglücklich herab, daß der Tod sofort eintrat.

Vereinskalender.

Sozialistische Studentengemeinschaft. Donnerstag, den 2. Februar abends 8 Uhr, in der Brauerei „Schwarze Krähe", Neumarkt 35, Gemeinschaftsabend. Dr. Eckstein wird ein Referat über das Görlitzer Parteiprogramm halten. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Achtung! Steinarbeiter! Mittwoch, den 1. Februar 1922, abends 6½ Uhr, Uferstraße 26: Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Dienstag, den 31. Januar 1922, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung statt. Tagesordnung überaus wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Großmann.

Naturfreunde. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Gewerkschaftshause. Der Vorstand.

Achtung, Bauarbeiter. Dienstag, den 31. Januar, Generalversammlung in der „Wilhelmsburg", Neudorfstraße. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. (Näheres siehe Inserat.)
Die Ortsverwaltung.

Beim Nachfüllen von MAGGI's Würze
achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze fellgehalten werden.

In den meisten Fällen Sicheres Zeichen! R. Barthelt, Breslau I. Ohlauerstraße 10004

Frauen verlangen sofort bei beschwerlichen Störungen und Unregelmäßigkeiten meine altbewährten Präparate. Preis 15.— und 12.— M. Viele freiwillige Dankschreiben. Herren: 10059 Gummiwaren jeder Art, Spülspritzen, Irrigatoren, Leib- und Monats-Binden. Katalog gegen 2.— M. Franz A. Gebauer

Anzüge Große Auswahl Leo Nathan Neue Schweidnitzerstr. 6

Bis 50% Kochgasersparnis erzielt man beim Gebrauch der 11356 Gehl-Kochgas-Spardüse. Von Sachverständigen u. von der Presse glänzend begutachtet u. empfohlen! Abertausende von prima Privatreferenzen! Prämiiert in sämtlichen Kulturstaaten der Welt ausgezeichnet. Allein echt sind die hervorragenden Eigenschaften der Gehl-Kochgas-Spardüse. Der größte Millionenerfolg auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1921. An jedem Gasherde anzubringen, ob neu oder alt! Kein Zerbröckeln der Flamme! — Kein rußen! Die „Gehl-Kochgas-Spardüse" ist eine Erfindung von volkswirtschaftlicher Bedeutung! In kurzer Zeit über 4000000 Stück verkauft.

Sozialdemokratie u. Kirchentum Preis 45 Pfg. — auswärts 10 Pfg. Porto. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes, sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Allen denen, welche an 6108 Herzschwäche leiden, empfehle ich mein bewährtes Herz-Tonikum. Kein Obermeyer's Original-Herz-Tonikum auf's beste empfiehlt sich Fr. Hochert, Breslau, Kurze Rechtebahn, Hochstraße 31. Ein Versuch wird auch Sie überzeugen. Ein Versuch, Drogerie zum Deutschen Kaiser.

Frauen-Artikel Spülspritzen Irrigatoren 10068 Leib- und Monatsbinden Gummiwaren für Damen und Herren. Katalog kostenlos gegen 60 Pfg.-Marke. Fr. Barthel Breslau 7, V. Sadowastr. 67

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen